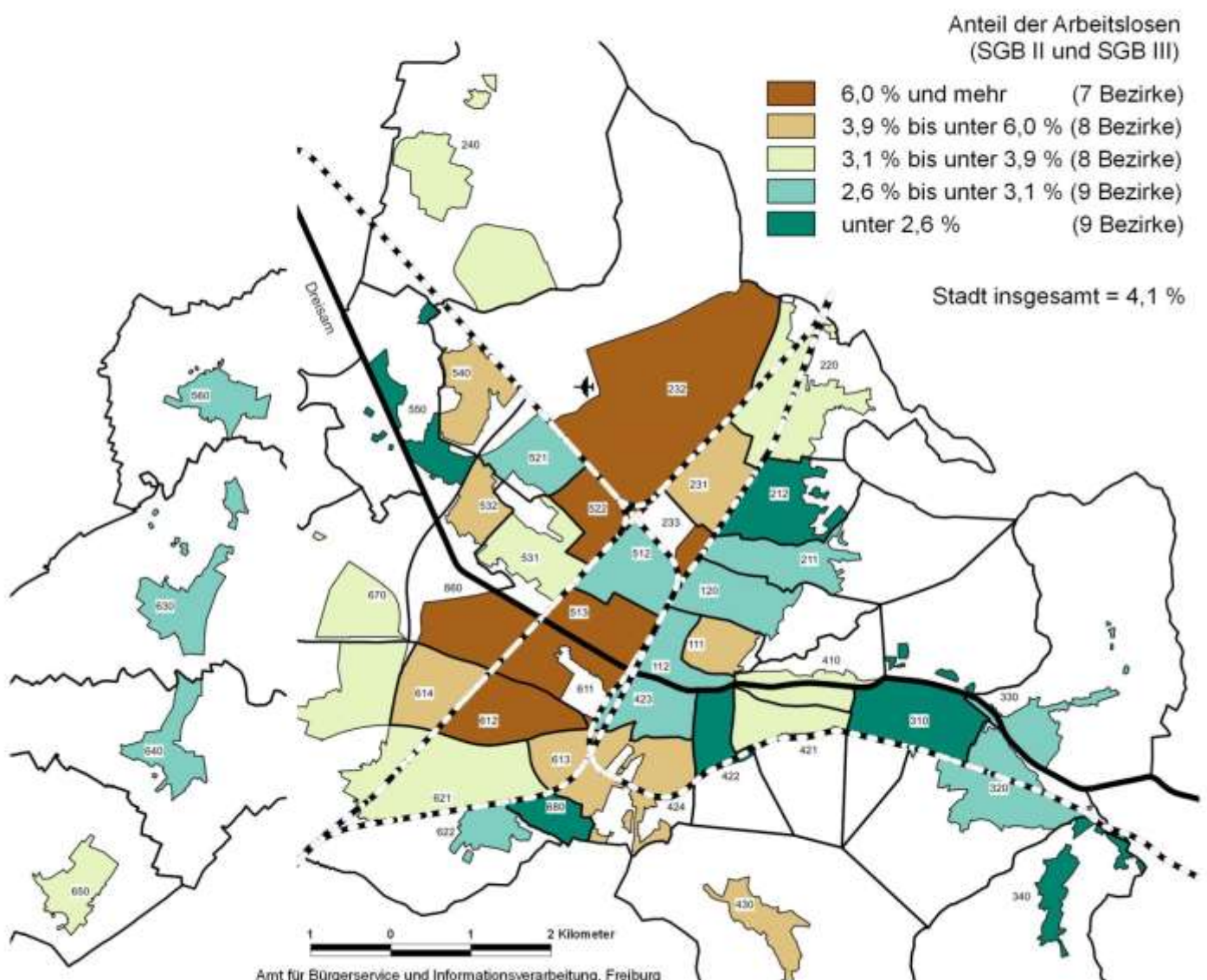


Beiträge zur Statistik

Sozialbericht - DatenReport 2017 -

Anteil der Arbeitslosen (SGB II und SGB III) an der Wohnbevölkerung
im Alter von 15 bis unter 65 Jahren am 31.12.2016 in den Stadtbezirken von Freiburg



**Sozialbericht
- DatenReport 2017 -**



Herausgeber: Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung und
Dezernat III, Sachgebiet Soziale Stadtentwicklung der Stadt Freiburg im Breisgau

Verantwortlich: Thomas Willmann und Manfred Meßmer

Reihe: Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg im Breisgau ISSN 1866-6485

Herausgeber: Stadt Freiburg im Breisgau
Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung
und Dezernat III
79095 Freiburg

Hausanschrift: Fehrenbachallee 12-14, 79106 Freiburg

Bestellungen: Telefax: (0761) 201-5598
E-mail: statistik@stadt.freiburg.de

Statistische Informationen auch:
Internet: <http://www.freiburg.de/statistik>

Gebühr dieses Heftes: € 15,-- (ohne Versandkosten)

Copyright beim Herausgeber

Freiburg 2018

Alle Rechte vorbehalten. Es ist insbesondere nicht gestattet, ohne ausdrückliche Genehmigung des Herausgebers diese Veröffentlichung oder Teile daraus für gewerbliche Zwecke zu übersetzen, zu vervielfältigen, auf Mikrofilm/Mikrofiche zu verfilmen oder in elektronische Systeme einzuspeichern.

Gedruckt auf 100 % chlorfrei gebleichtem Papier

Sozialbericht - DatenReport 2017 -

I N H A L T

Seite

	Einführung	1
I.	Bevölkerung / Haushalte	5
II.	Erwerbstätigkeit / Arbeitslosigkeit	27
III.	Grundsicherung SGB II	43
III.1	Personen in Bedarfsgemeinschaften	44
III.2	Bedarfsgemeinschaften	59
IV.	Soziale Sicherung SGBXII und Armutsgefährdung	69
V.	Familie, Kinder, Jugendliche	87
VI.	Interkommunaler Vergleich	109
VII.	Fokus Migration und Flüchtlinge	121
VIII.	Fokus Sozialraum: kleinräumiges Sozialmonitoring	131

Gliederung des Stadtgebietes (Plan mit statistischen Grenzen)

Sozialbericht - DatenReport 2017 -

von C. Janzer, M. Meßmer, S.M. Werner

Einführung

Der Freiburger Sozialbericht stellt anhand von ausgewählten Indikatoren und Kennzahlen Informationen zur sozialen Lage von Personen und Haushalten in der Stadt Freiburg bereit.

Der Bericht versteht sich in diesem Sinne als DatenReport, dessen wesentliche Berichtsinhalte in Zahlen, Anteilswerten und Quoten bestehen. Diese beziehen sich auf einen jeweils aktuellen Berichtsstand, sind auf Entwicklungen ausgelegt und finden sich – soweit Daten zur Verfügung stehen – auch kleinräumig auf das Stadtgebiet gegliedert und aufbereitet.

Wesentliche Grundlage und Orientierung für den DatenReport bildet das theoretische Indikatorenkonzept „Freiburger Sozialbericht - Basiskonzept für ein Freiburger Sozial-Monitoring“, das für die Stadt Freiburg im Rahmen einer externen Beauftragung entwickelt, in einem breiten Beteiligungsprozess mit Vertreter_innen aus dem Gemeinderat und einer interessierten Fachöffentlichkeit abgestimmt und vom Kinder- und Jugendhilfeausschuss und Sozialausschuss in 2009 zur Umsetzung empfohlen wurde.

Mit dem DatenReport 2010 konnte erstmalig sehr umfänglich zur sozialen Lage in der Stadt berichtet werden. Ein auf fortgeschriebenen Zahlen basierender und um inhaltliche Berichtsteile ergänzter Folgebericht wurde 2014 vorgelegt. Mit dem aktuellen Report 2017 liegt der dritte Bericht vor, der mit Zahlen und Entwicklungen aus den Jahren 2013 bis 2016 fortgeschrieben und um zwei Themen ergänzt wurde.

Im vorliegenden DatenReport sind alle Daten einbezogen, die in den Ämtern und Dienststellen der Stadt geführt und für Berichtszwecke genutzt werden können. Darüber hinaus wurde auf Zahlen und Statistiken aus der amtlichen Statistik (Statistische Bundesamt, Statistisches Landesamt) sowie der Bundesagentur für Arbeit zurückgegriffen, soweit dort für die Stadt Freiburg selbst Informationen zur Verfügung standen.

Ein zentrales Themenfeld bildet das Zweite Buch Sozialgesetzbuch SGB II, das die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende („Hartz IV“) umfasst. Dazu kann in diesem Report eine umfängliche Informationsgrundlage zu Zahl und Umfang der Leistungsempfänger_innen bereitgestellt werden. Die bei der Kommunalen Statistikstelle im Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung (ABI) der Stadt zum Bereich des SGB II geführten Daten wurden für diesen Report erneut gezielt zielgruppenspezifisch und kleinräumig ausgewertet.

Berichtsstand ist – soweit keine anderen Angaben benannt sind – der 31.12.2016. Da die Aufbereitung und Verfügbarmachung der Daten aus den verschiedenen Quellen selbst einige

Zeit beansprucht, steht der Berichtsstand der Veröffentlichung des Reports immer zeitlich nach, so dass die Aktualität der Daten nur bedingt möglich ist.

Der DatenReport umfasst **8 Berichtsteile**, die mit jeweils spezifischen **Kennzahlen** unterlegt sind:

- Bevölkerung und Haushalte
- Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit
- Leistungen der Grundsicherung - SGB II (Hartz IV)
- Leistungen nach SGB XII (Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter etc.) und Armutsgefährdung
- Situation von Familien, Kindern und Jugendlichen
- Interkommunaler Vergleich
- Migration und Flüchtlinge (=Fokusthema)
- Kleinräumiges Sozialmonitoring (=Fokusthema)

Es ist ein Teil des Berichtskonzeptes, dass im Rahmen eines Fokusthemas mit jeder neuen Fortschreibung ein in den Berichtszeitraum fallendes aktuelles Thema aufgegriffen und vertieft dargestellt wird:

- 2015 und 2016 waren Jahre, in denen eine bis dahin noch nicht gekannte Zahl von Geflüchteten aus Kriegsgebieten in der Stadt wohnversorgt und betreut werden musste. Berichtet wird über die Entwicklungen bis 2017 und den damit verbundenen Herausforderungen für die Integration.
- Mit dem Sozialmonitoring wird ein Verfahren der Sozialraumanalyse unter Einbezug statistischer Kennzahlen vorgestellt. Auf der Ebene der Stadtbezirke (insgesamt 41 ohne Mundenhof) wurde für jeden Bezirk ein individueller Indikatorenwert ermittelt. Der Wert dient als „Anzeiger“ für die soziale Lage im Gebiet und ermöglicht es, die Stadtbezirke miteinander zu vergleichen.

Für den Interkommunalen Vergleich stehen 21 Kennzahlen zur Verfügung. Im Vergleich mit den anderen Stadtkreisen in Baden-Württemberg wird deutlich, wo die Besonderheiten Freiburgs liegen. Ebenfalls in den Vergleich einbezogen sind die benachbarten Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen sowie das Land Baden-Württemberg insgesamt.

Der DatenReport stellt eine Daten- und Informationsgrundlage bereit, die auf einer rein beschreibenden Ebene von Sachverhalten verbleibt. Eine Bewertung und Einordnung der aus den Sachinformationen sich ergebenden Fakten und Trends durch Politik, Verwaltung und Fachöffentlichkeit muss einem anderen Rahmen vorbehalten bleiben.

Einen besonderen Anteil an diesem Report hat das Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung der Stadt Freiburg (ABI), das als örtliche kommunale Statistikstelle einen umfangreichen Bestand an Daten aufzuweisen hat und somit selbst viele Daten beisteuern konnte.

Die Aufbereitung und Darstellung der Daten erfolgte unter Berücksichtigung des Gender Mainstreaming. Alle Kennzahlen des Reports stehen auch über das interaktive Online-Angebot FR.ITZ zur Verfügung (unter <http://fritz.freiburg.de>). Über dieses Medium werden die Kennzahlen regelmäßig fortgeschrieben und können für zukünftige Nutzungen unter dieser Adresse abgerufen werden.

Legende

Berichtsinhalte

Zahlen = Absolute Werte

Anteil (in %) = aus Grundgesamtheit (rundungsbedingte Differenzen möglich)

Quoten (in % / ‰) = je 100 bzw. 1.000 der Bevölkerung

Datenquellen

Folgende Quellen sind überwiegend verwendet worden: Statistisches Bundesamt; Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Bundesagentur für Arbeit sowie verschiedene Ämter der Stadt Freiburg: Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung; Amt für Kinder, Jugend und Familie; Amt für Liegenschaften und Wohnungswesen; Amt für Schule und Bildung; Amt für Soziales und Senioren, Amt für Wohnraumversorgung und Amt für Migration und Integration.

Stadtbezirke

Die kleinräumige Darstellung der Daten erfolgt auf der Ebene der 41 Stadtbezirke. Die kleinräumige Gliederung des Stadtgebiets ist auf der hinteren Umschlagsseite (Innenlage) ersichtlich. Im Berichtsteil ist der Stadtbezirk Mundenhof aufgrund seiner geringen Größe nicht extra ausgewiesen, sondern dem Rieselfeld zugeordnet.

Städtevergleich

In den Städtevergleich sind die neun Stadtkreise in Baden-Württemberg (Freiburg, Stuttgart, Heilbronn, Baden-Baden, Karlsruhe, Heidelberg, Mannheim, Pforzheim, Ulm) einbezogen, ergänzt durch die Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen und das Land Baden-Württemberg insgesamt.

Zeitstände

Es wurden immer die zum Zeitpunkt der Berichtserstellung jeweils aktuellsten, verfügbaren Daten verwendet. Falls im Zahlenspiegel ein anderes Datum als das in der Kopfzeile abgebildete gilt, ist dies für die jeweilige Kennziffer in Klammern vermerkt. Entsprechend beziehen sich auch die Werte in der Spalte „Entwicklungen“ auf das in Klammern angegebene Jahr.



Bevölkerung / Haushalte

1. Kennzahlen	6
2. Fakten / Trends	7
3. Zahlenspiegel	9
4. Tabellen & Diagramme	12

1. Kennzahlen

Stadt:

- B1 Wohnbevölkerung: Insgesamt
- B2 Wohnbevölkerung: nach Geschlecht
- B3 Wohnbevölkerung: nach Altersgruppen, Zahl
- B4 Wohnbevölkerung: nach Altersgruppen, Anteil
- B5 Wohnbevölkerung: Migrationshintergrund, Zahl und Anteil
- B6 Wohnbevölkerung: Migrationshintergrund nach Gruppen, Zahl
- B7 Wohnbevölkerung: Migrationshintergrund nach Gruppen, Anteil
- B8 Haushalte: Insgesamt
- B9 Haushalte: nach Haushaltstyp, Anzahl
- B10 Haushalte: nach Haushaltstyp, Anteil
- B11 Haushalte: Wohnungen mit 5 und mehr Räumen, Anteil
- B12 Haushalte: Zahl der Wohngeldempfänger_innen
- B13 Haushalte: Zahl der Haushalte mit Wohnberechtigungsschein
- B14 Haushalte: Zahl der wohnungssuchenden Haushalte

Stadtbezirke:

- B15 Wohnbevölkerung: Zahl insgesamt
- B16 Wohnbevölkerung: Anteil unter 18 Jahre
- B17 Wohnbevölkerung: Anteil 60 Jahre und älter nach Stadtbezirken
- B18 Wohnbevölkerung: Migrationshintergrund nach Stadtbezirken, Anteil
- B19 Wohnbevölkerung: Ausländer_innen nach Stadtbezirken, Anteil
- B20 Wohnbevölkerung: Spätaussiedler_innen nach Stadtbezirken, Anteil
- B21 Haushalte: Einpersonenhaushalte nach Stadtbezirken, Anteile
- B22 Haushalte: Wohnungen mit 5 und mehr Räumen nach Stadtbezirk, Anteile

Erläuterungen

Migrationshintergrund

Umfasst folgende Gruppen: Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, Personen mit Geburtsort im Ausland, so genannte „Spätaussiedler_innen“ und Personen, die durch Einbürgerung die deutsche Staatsangehörige erworben haben. Nachweislich ist der Migrationshintergrund in Freiburg seit 2007. Das Konzept zur Ermittlung der Personenmerkmale wurde von KOSIS (gemeinsame Plattform des Verbands Deutscher Städtestatistiker) entwickelt unter Mitarbeit des Amts für Bürgerservice und Informationsverarbeitung der Stadt Freiburg.

Wohngeld

Wohngeld ist ein öffentlicher Zuschuss zu den sonst privat getragenen Kosten von Mieterinnen und Mietern (Mietzuschuss) bzw. Eigentümerinnen und Eigentümern (Lastenzuschuss) für den von ihnen eigengenutzten Wohnraum.

Wohnberechtigungsschein

Den Schein erhalten alle Personen, die aufgrund ihres Einkommens zum Bezug einer geförderten Wohnung (Sozialmietwohnung) berechtigt sind und über keinen bzw. einen nicht ausreichend großen Wohnraum verfügen.

Wohnungssuchende Haushalte

Umfasst alle Haushalte, die in der „Wohnungssucherdatei“ der Stadt Freiburg gemeldet sind. In der Wohnungssucherdatei können unter bestimmten Voraussetzungen (z.B. seit mindestens zwei Jahren wohnhaft in Freiburg und eine nicht selbst verursachte Wohnungsnot) dringende Wohnversorgungsfälle von Personen, die im Besitz eines Wohnberechtigungsscheins sind, vorgemerkt werden.

2. Fakten / Trends

Die Bevölkerung Freiburgs wächst seit Jahren stetig an. Zwischen 2013 und 2016 war ein Anstieg um 3,8 % auf nunmehr 224.079 Einwohner_innen zu verzeichnen. Im selben Zeitraum ist auch die Zahl der Haushalte um 3,5 % angewachsen.

Die drei bevölkerungsstärksten Stadtbezirke sind Weingarten (11.111), Rieselfeld (10.035) und St. Georgen-Nord (9.808). Die bevölkerungsärmsten sind Haslach-Schildacker (1.114), Brühl-Industriegebiet (1.430) und Günterstal (2.006).

52,2 % der Freiburger Bevölkerung ist weiblich, 47,8 % ist männlich. Die unter 18-Jährigen machen einen Anteil von 16,1 % an der Gesamtbevölkerung aus, die 18- bis unter 60-Jährigen 62,4 % und die über 60-Jährigen 21,5%.

28,9 % der Freiburger_innen haben einen Migrationshintergrund, was einem Anstieg von 2,8 %-Punkten gegenüber 2013 entspricht. Von diesen gehören über die Hälfte (16,7 %) einer anderen Nationalität an. Der Stadtbezirk mit dem größten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund ist Haslach-Schildacker mit 63,1%, gefolgt von Brühl-Industriegebiet (62,4%). Der Stadtbezirk mit dem geringsten Anteil ist Waltershofen mit 14,0 %.

Die recht hohen Anteile an Menschen mit Migrationshintergrund in Haslach-Schildacker und Brühl-Industriegebiet sind zurückzuführen auf die dort befindlichen Einrichtungen für Flüchtlinge und Asylbewerber_innen. Beide Stadtbezirke weisen zugleich den geringsten Bevölkerungstand aus.

Die meisten Haushalte in Freiburg sind Einpersonenhaushalte (53,8 %). Haushalte mit fünf oder mehr Personen gibt es vergleichsweise wenig (3,5 %). In 17,0 % aller Haushalte leben Kinder.

Die meisten Einpersonenhaushalte befinden sich in der Altstadt (Altstadt-Mitte 75,9 %, Altstadt-Ring 71,7 %). Die wenigsten Einpersonenhaushalte gibt es in Munzingen (32,3 %), Rieselfeld (33,1 %) und im Waltershofen (33,2 %).

In Munzingen (53,8 %), Waltershofen (52,6 %) und Opfingen (50,6%) gibt es prozentual die meisten Wohnungen mit fünf und mehr Räumen. Generell gilt: Große Wohnungen findet man vergleichsweise häufiger in den Randbezirken und in den Ortschaften, während es in der Innenstadt häufiger kleinere Wohnungen gibt.

Die Zahl der Wohngeldempfänger innen lag 2016 bei 2.976. Dies ist ein Anstieg von 16,6 % gegenüber 2013. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf die Wohngeldreform 2016 zurückzuführen mit der die Einkommensgrenzen zum Wohngeldbezug geändert wurden. Damit weitete sich der Kreis der Berechtigten aus.

2.618 Haushalte verfügen Ende 2016 über einen Wohnberechtigungsschein. Im Vergleich zu 2013 ist dies ein Anstieg um 3,2 %. Diese Haushalte können, wenn verfügbar, in eine Sozialmietwohnung ziehen.

1.455 wohnungssuchende Haushalte sind zum Jahresende 2016 in der „Wohnungssucherdtei“ eingetragen. Seit 2005 hat sich diese Zahl nahezu verdoppelt (+ 90 %). Im Zeitraum 2013 bis 2016 betrug die Steigerung 9,4 %.

3. Zahlenspiegel

Stadt insgesamt

Kenn- zahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Stand 31.12.2016	Entwicklung		Tabelle / Diagramm
			2013-2016	2005-2016	
B1	Wohnbevölkerung (WB) , Anzahl	224.079	+3,8%	+13,3%	S. 12
B2	WB nach Geschlecht , Anteil				
	- Frauen	52,2%			
	- Männer	47,8%			
B3	WB nach Alter, Anzahl				
	- unter 18 Jahren	36.100			
	- 18 bis unter 60 Jahre	139.904			
	- 60 Jahre und älter	48.075			
B4	WB nach Alter, Anteil				
	- unter 18 Jahren	16,1%			
	- 18 bis unter 60 Jahre	62,4%			
	- 60 Jahre und älter	21,5%			
B5	WB mit Migrationshintergrund,				
	- Anzahl	64.768	+ 15,0%		
	- Anteil	28,9%	+ 2,8%-P.¹		
B6	WB mit Migrationshintergrund nach Art des Hintergrundes, Anzahl				
	- Ausländer_innen	37.531			
	- Deutsche nach Einbürgerung	18.508			
	- Spätaussiedler_innen	8.747			
B7	WB mit Migrationshintergrund nach Art des Hintergrundes, Anteil				
	- Ausländer_innen	16,7%			
	- Deutsche nach Einbürgerung	8,3%			
	- Spätaussiedler_innen	3,9%			
B8	Haushalte , Anzahl	124.457	+ 3,5%	+ 10,7%	S.12

Kenn- zahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Stand 31.12.2016	Entwicklung		Tabelle / Diagramm
			2013-2016	2005-2016	
B9	Haushalte nach Gruppen, Anzahl				
	- Einpersonenhaushalte	66.936			
	- Haushalte mit 5 u. mehr Personen	4.414			
	- Haushalte mit Kindern	21.167			
B10	Haushalte nach Gruppen, Anteile				
	- Einpersonenhaushalte	53,8%			
	- Haushalte mit 5 u. mehr Personen	3,5%			
	- Haushalte mit Kindern	17,0%			
B11	Wohnungen , 5 u. mehr Räume, Anteil	27%			
B12	Wohngeldempfänger_innen , Anzahl	2.976	+16,6%	-3,6%	S.13
B13	Haushalte mit Wohnberechtigungs- schein , Anzahl	2.618	+3,2%	+20,8%	S.13
B14	Wohnungssuchende Haushalte , Anzahl	1.455	+9,4%	+89,7%	S.14

Stadtbezirke

B15	Wohnbevölkerung (WB) insgesamt , Anzahl				S.15
	- höchster Wert	Weingarten	11.111		
	- niedrigster Wert	Haslach-Schildacker	1.114		
B16	WB unter 18 Jahre , Anteil				S.16
	- höchster Wert	Rieselfeld	24,9%		
	- niedrigster Wert	Altstadt-Mitte	6,9%		

Stadtbezirke

B17	WB, 60 Jahre und älter, Anteil			
	- höchster Wert	St. Georgen-Süd	45,1%	S.17
	- niedrigster Wert	Brühl-Industriegeb.	6,2%	
B18	WB, Migrationshintergrund, Anteil			
	- höchster Wert	Haslach-Schildacker	63,1%	S.18/19
	- niedrigster Wert	Waltershofen	14,0%	
B19	WB, Ausländer_innen, Anteil			
	- höchster Wert	Brühl-Industriegebiet	56,9%	S.20/21
	- niedrigster Wert	Waltershofen	5,4%	
B20	WB, Spätaussiedler_innen, Anteil			
	- höchster Wert	Landwasser	11,6%	S.22
	- niedrigster Wert	Brühl-Industriegebiet	1,1%	
B21	Einpersonenhaushalte, Anteil			
	- höchster Wert	Altstadt-Mitte	75,9%	S.23/24
	- niedrigster Wert	Munzingen	32,3%	
B22	Wohnungen mit 5 u. mehr Personen, Anteil			
	- höchster Wert	Munzingen	54,9%	S.25/26
	- niedrigster Wert	Brühl-Güterbahnhof	10,5%	

1) %-P= Prozentpunkte

4. Tabellen & Diagramme

B1 Anzahl und Entwicklung der Wohnbevölkerung von 2005-2016

Jahr 31.12.	Anzahl	Veränderung in % (2005=100 %)
2005	197.726	100,0
2006	199.128	100,7
2007	201.090	101,7
2008	201.115	101,7
2009	203.240	102,8
2010	205.430	103,9
2011	210.277	106,3
2012	213.986	108,2
2013	215.950	109,2
2014	218.041	110,3
2015	222.082	112,3
2016	224.079	113,3

Quelle: Einwohnermelderegister

B8 Anzahl und Entwicklung der Haushalte von 2005-2016

Jahr 31.12.	Anzahl	Veränderung in % (2005=100 %)
2005	112.433	100,0
2006	113.406	100,9
2007	113.655	101,1
2008	113.641	101,1
2009	114.574	101,9
2010	115.600	102,8
2011	115.954	103,1
2012	118.760	105,6
2013	120.291	107,0
2014	121.302	107,9
2015	123.379	109,7
2016	124.457	110,7

Quelle: Einwohnermelderegister

B12 Anzahl Wohngeldempfänger_innen

Jahr 31.12.	Anzahl	Veränderung in % (2005=100 %)
2005	3.088	100,0
2006	2.777	89,9
2007	2.413	78,1
2008	1.986	64,3
2009	3.173	102,8
2010	3.274	106,0
2011	2.956	95,7
2012	2.719	88,1
2013	2.552	82,6
2014	2.488	80,6
2015	2.101	68,0
2016	2.976	96,4

Quelle: Amt für Liegenschaften und Wohnungswesen, Freiburg

B13 Anzahl Haushalte mit Wohnberechtigungsschein

Jahr 31.12.	Anzahl	Veränderung in % (2005=100 %)
2005	2.168	100,0
2006	2.192	101,1
2007	1.702	78,5
2008	2.214	102,1
2009	2.320	107,0
2010	2.511	115,8
2011	2.532	116,8
2012	2.654	122,4
2013	2.537	117,0
2014	2.486	114,7
2015	2.537	117,0
2016	2.618	120,8

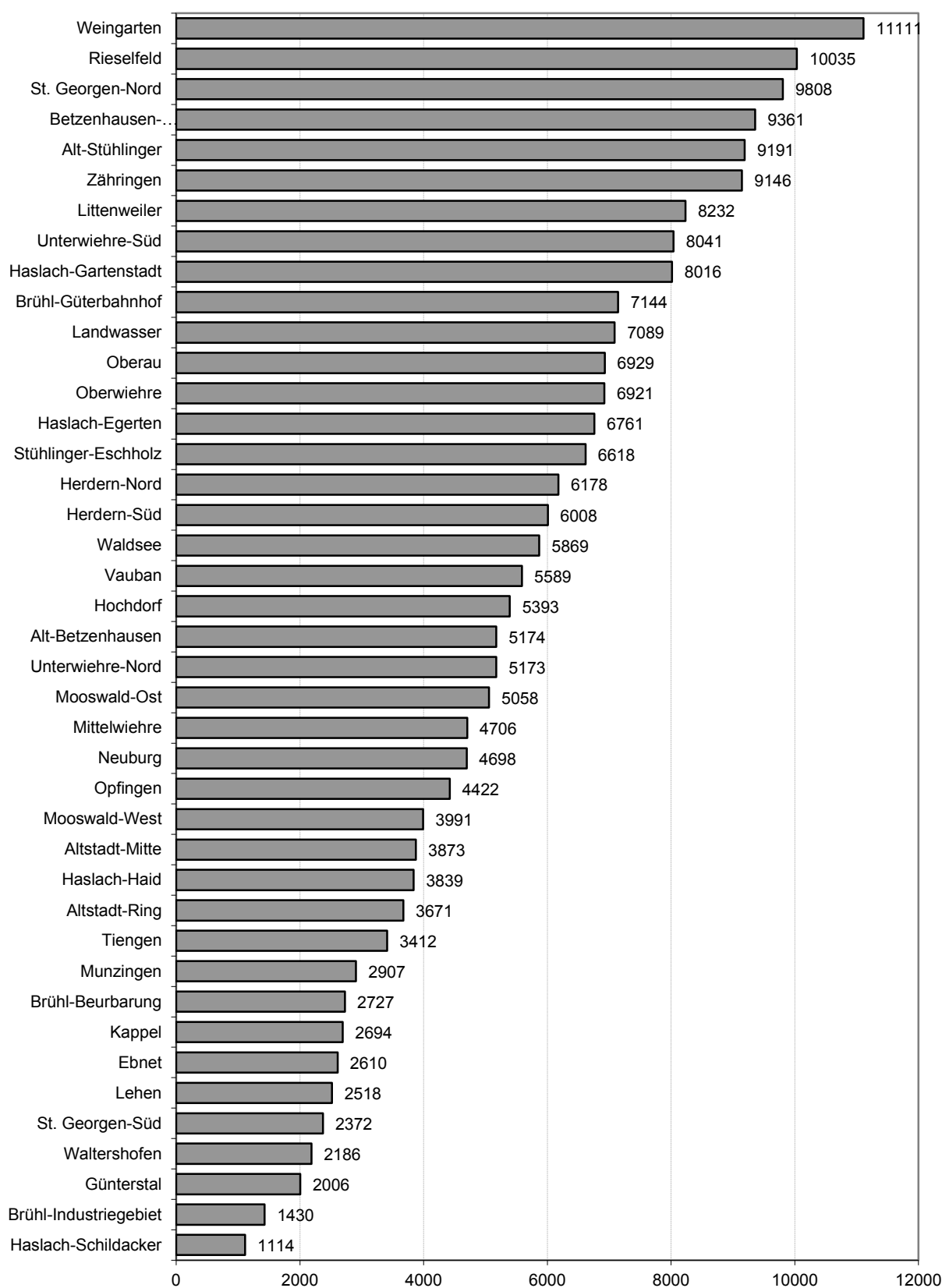
Quelle: Amt für Liegenschaften und Wohnungswesen, Freiburg

B14 Anzahl wohnungssuchende Haushalte

Jahr 31.12.	Anzahl	Veränderung in % (2005=100 %)
2005	767	100,0
2006	965	125,8
2007	796	103,8
2008	1.008	131,4
2009	1.115	145,4
2010	1.130	147,3
2011	1.184	154,4
2012	1.256	163,8
2013	1.330	173,4
2014	1.310	170,8
2015	1.458	190,1
2016	1.455	189,7

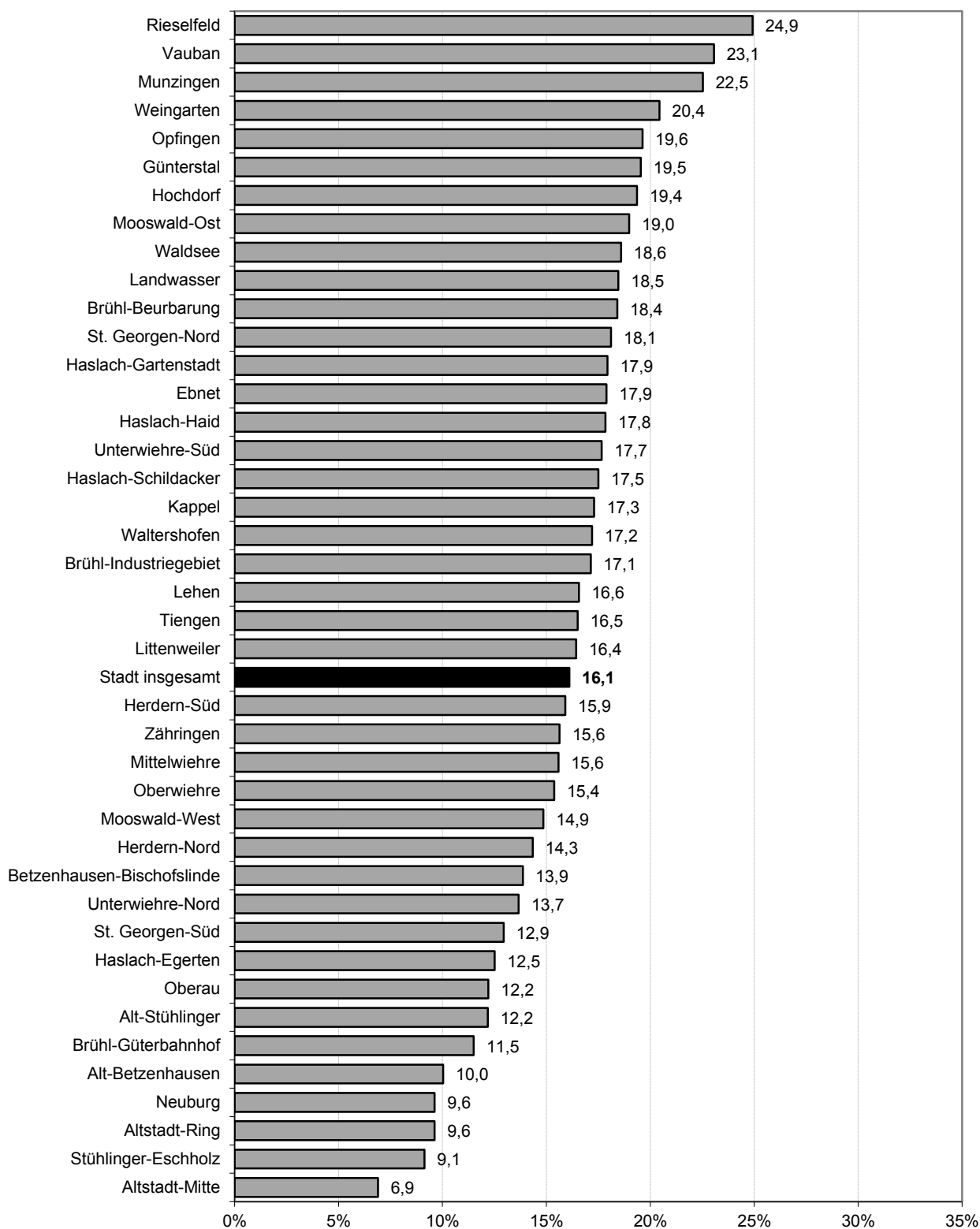
Quelle: Amt für Liegenschaften und Wohnungswesen, Freiburg

B15: Wohnbevölkerung am 31.12.2016 in den Stadtbezirken von Freiburg



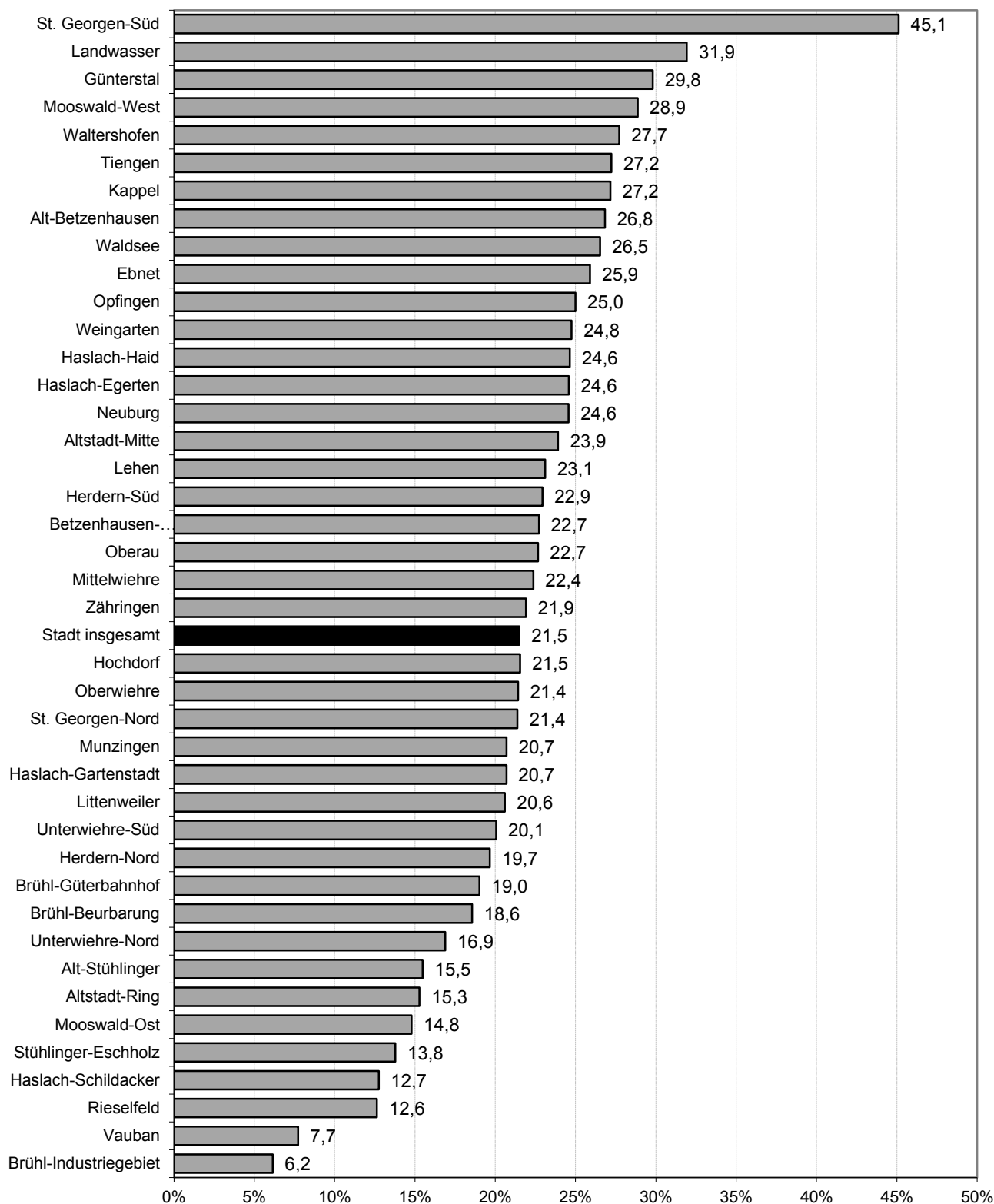
Quelle: Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

B16: Anteil der unter 18-Jährigen an der Wohnbevölkerung am 31.12.2016 in den Stadtbezirken von Freiburg, in %



Quelle: Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

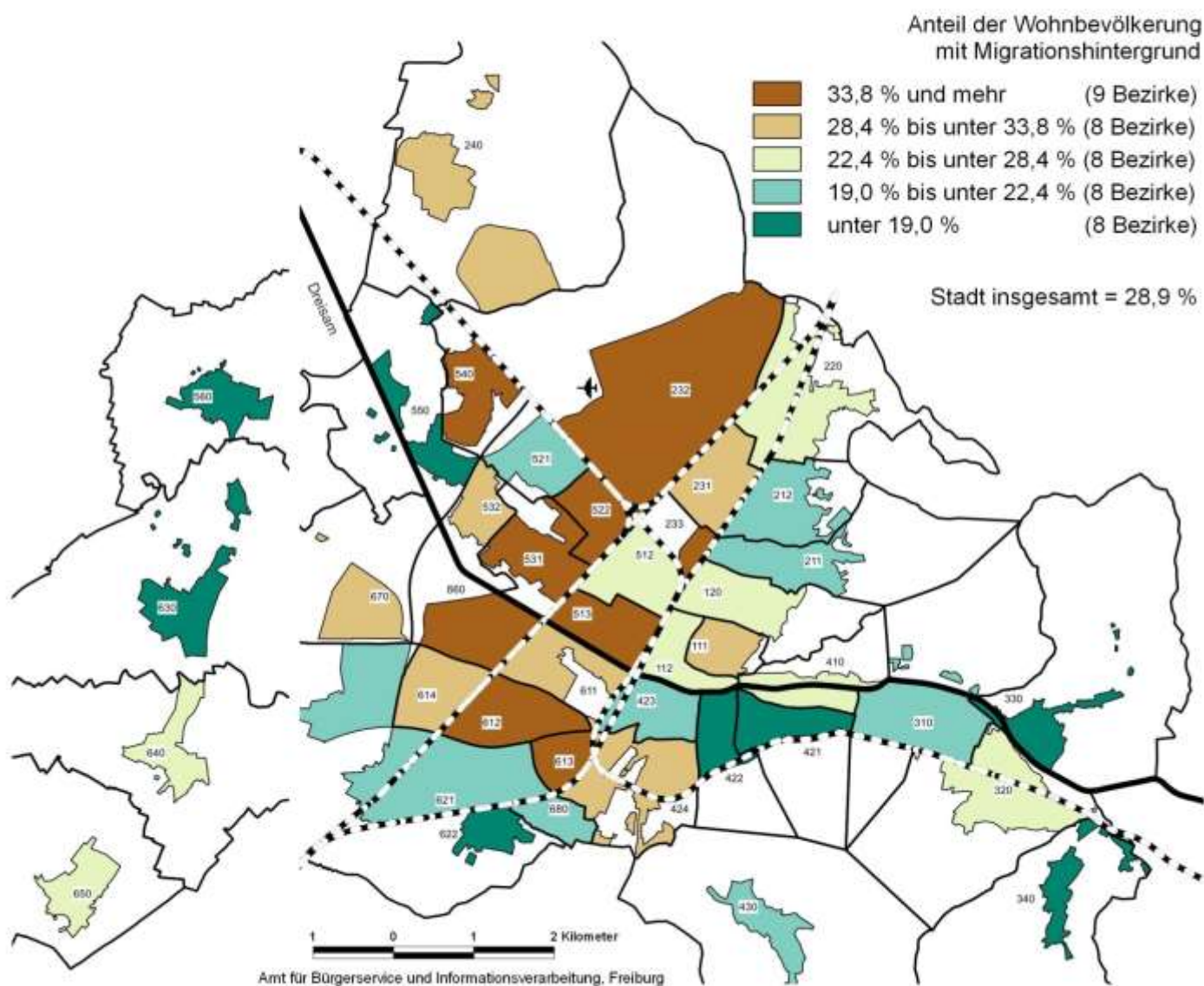
B8: Anteil der 60-Jährigen und älter an der Wohnbevölkerung am 31.12.2016 in den Stadtbezirken von Freiburg, in %



Quelle: Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

B18.1

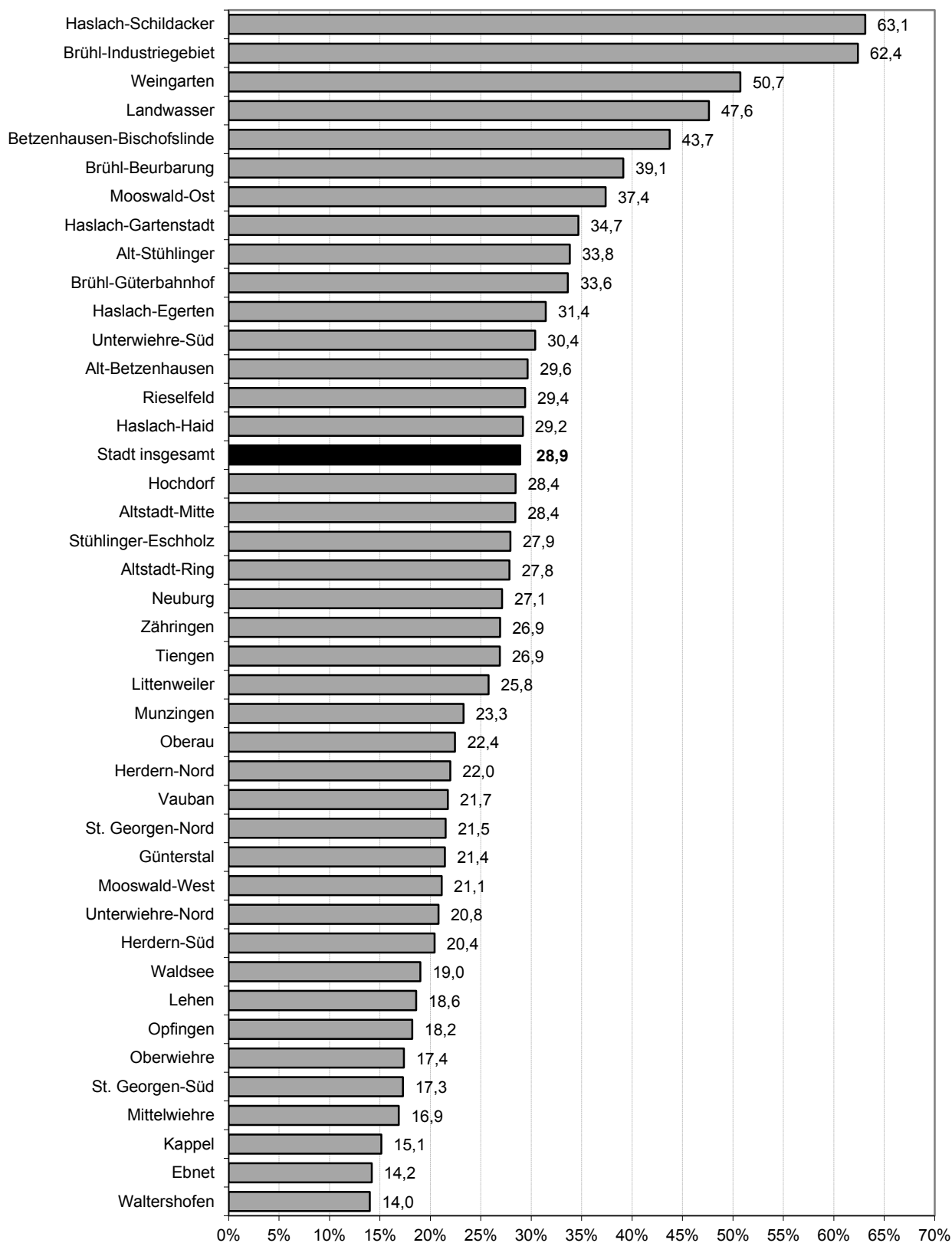
Anteil der Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund
am 31.12.2016 in den Stadtbezirken von Freiburg



Namen der Stadtbezirke:

111 Altstadt-Mitte	410 Oberau	560 Waltershofen
112 Altstadt-Ring	421 Oberwiehre	611 Haslach-Egerten
120 Neuburg	422 Mittelwiehre	612 Haslach-Gartenstadt
211 Herdern-Süd	423 Unterwiehre-Nord	613 Haslach-Schildacker
212 Herdern-Nord	424 Unterwiehre-Süd	614 Haslach-Haid
220 Zähringen	430 Günterstal	621 St. Georgen-Nord
231 Brühl-Güterbahnhof	512 Stühlinger-Eschholz	622 St. Georgen-Süd
232 Brühl-Industriegebiet	513 Alt-Stühlinger	630 Opfingen
233 Brühl-Beurbarung	521 Mooswald-West	640 Tiengen
240 Hochdorf	522 Mooswald-Ost	650 Munzingen
310 Waldsee	531 Betzenhausen-Bischofslinde	660 Weingarten
320 Littenweiler	532 Alt-Betzenhausen	670 Rieselfeld
330 Ebnet	540 Landwasser	680 Vauban
340 Kappel	550 Lehen	

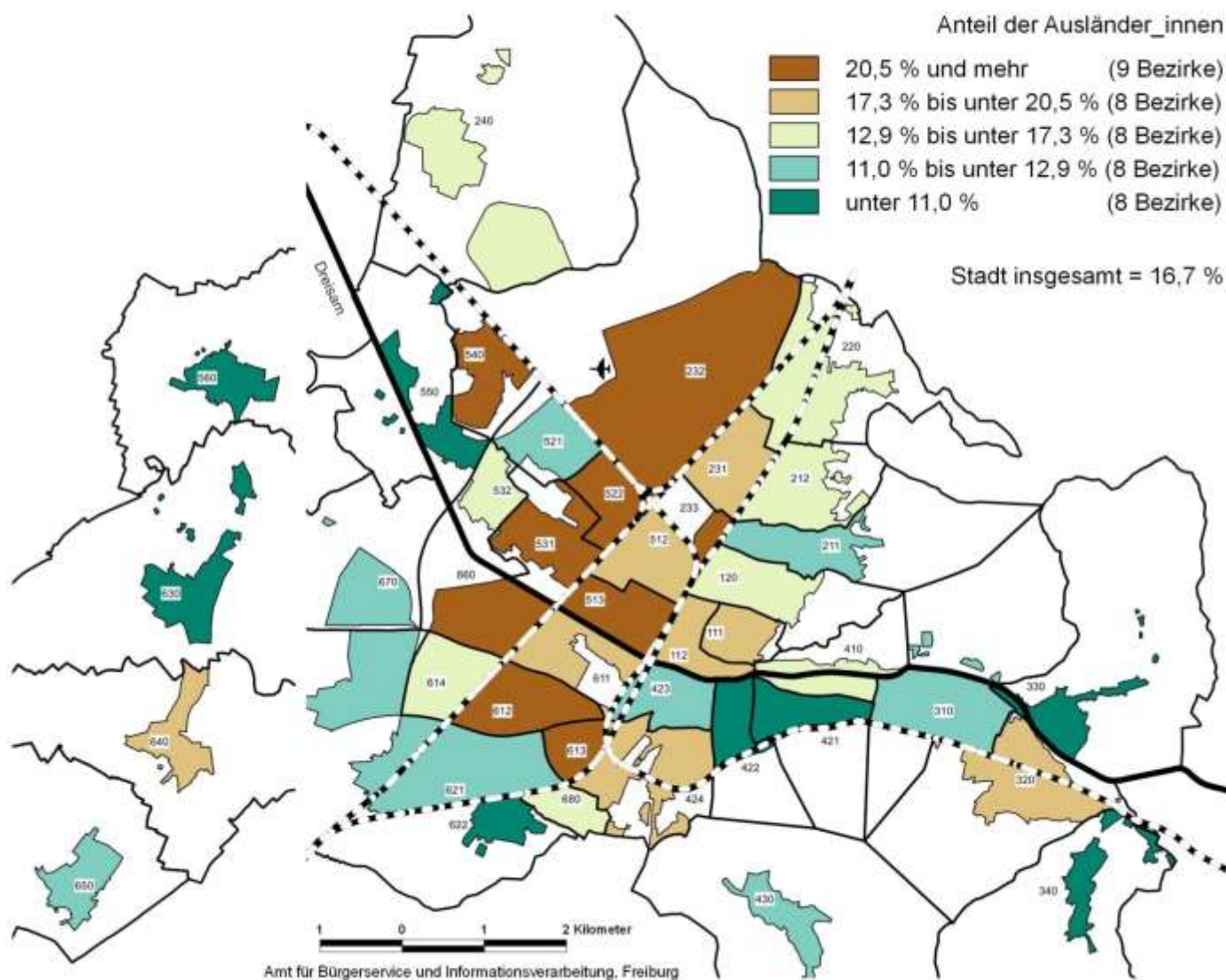
B18.2 Anteil der Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund am 31.12.2016 in den Stadtbezirken von Freiburg, in %



Quelle: Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

B19.1

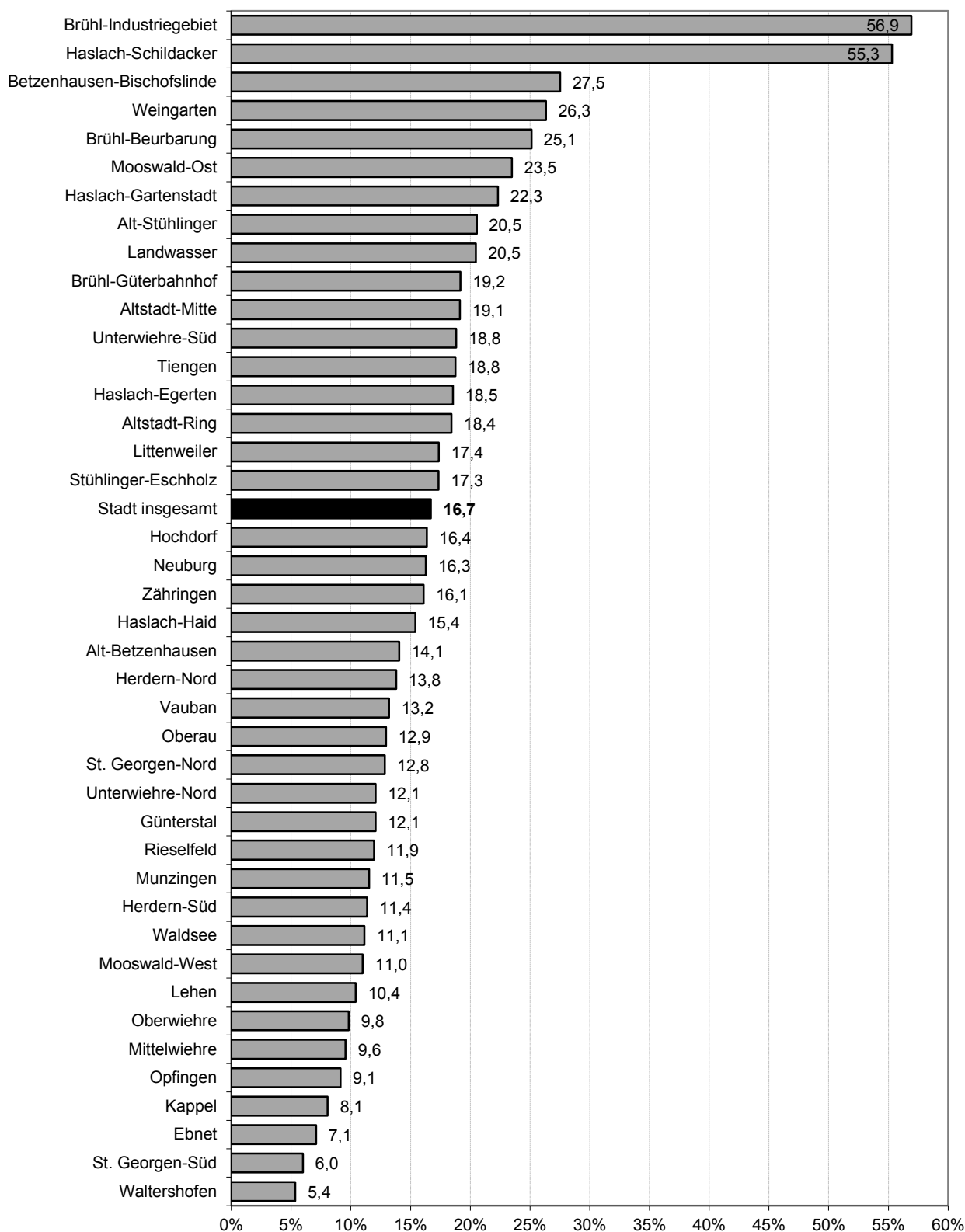
Anteil der Ausländer_innen an der Wohnbevölkerung
am 31.12.2016 in den Stadtbezirken von Freiburg



Namen der Stadtbezirke:

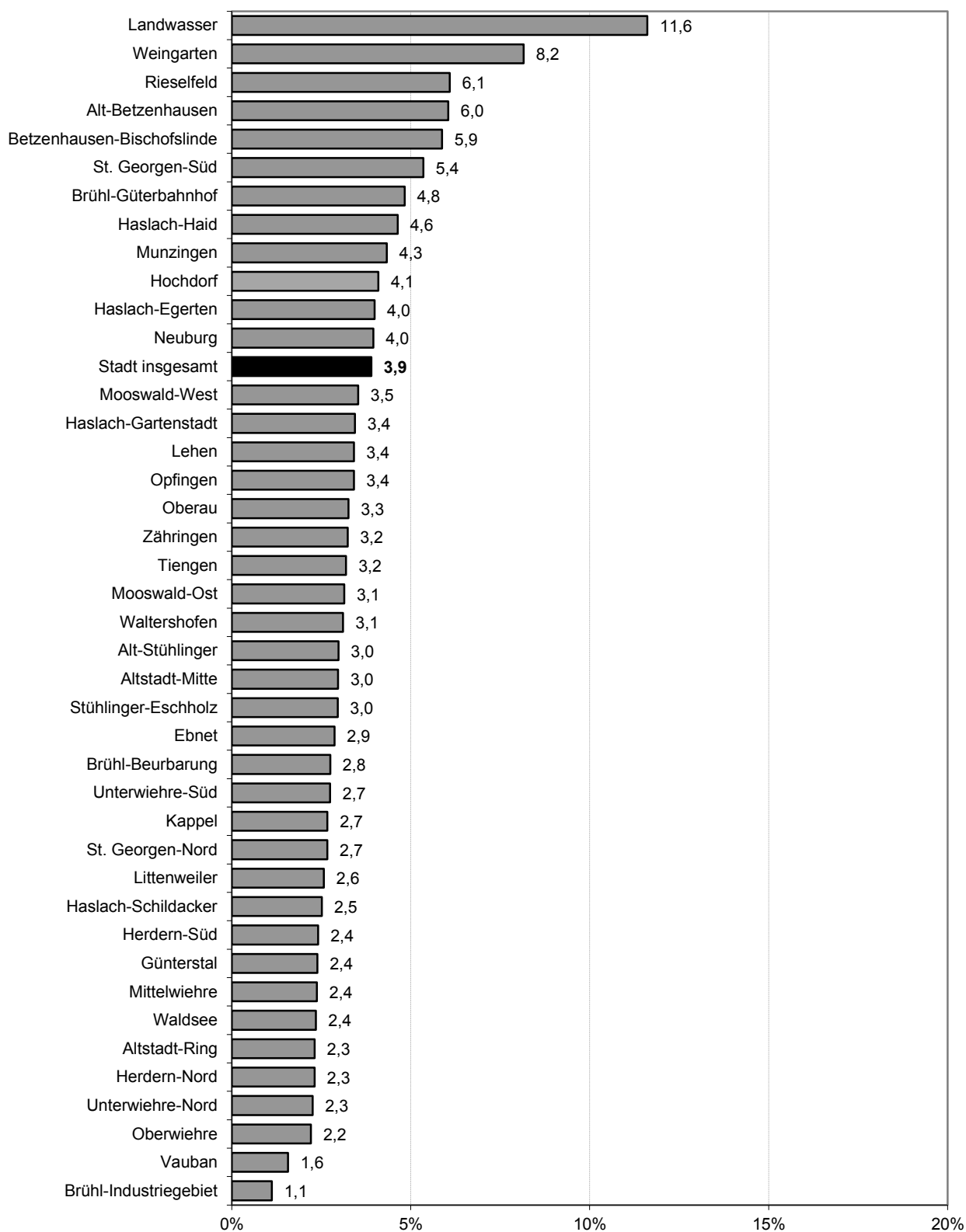
111 Altstadt-Mitte	410 Oberau	560 Waltershofen
112 Altstadt-Ring	421 Oberwiehre	611 Haslach-Egerten
120 Neuburg	422 Mittelwiehre	612 Haslach-Gartenstadt
211 Herdern-Süd	423 Unterwiehre-Nord	613 Haslach-Schildacker
212 Herdern-Nord	424 Unterwiehre-Süd	614 Haslach-Haid
220 Zähringen	430 Günterstal	621 St. Georgen-Nord
231 Brühl-Güterbahnhof	512 Stühlinger-Eschholz	622 St. Georgen-Süd
232 Brühl-Industriegebiet	513 Alt-Stühlinger	630 Opfingen
233 Brühl-Beurbarung	521 Mooswald-West	640 Tiengen
240 Hochdorf	522 Mooswald-Ost	650 Munzingen
310 Waldsee	531 Betzenhausen-Bischofslinde	660 Weingarten
320 Littenweiler	532 Alt-Betzenhausen	670 Rieselfeld
330 Ebnet	540 Landwasser	680 Vauban
340 Kappel	550 Lehen	

B19.2 Anteil der Ausländer_innen an der Wohnbevölkerung am 31.12.2016 in den Stadtbezirken von Freiburg, in %



Quelle: Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

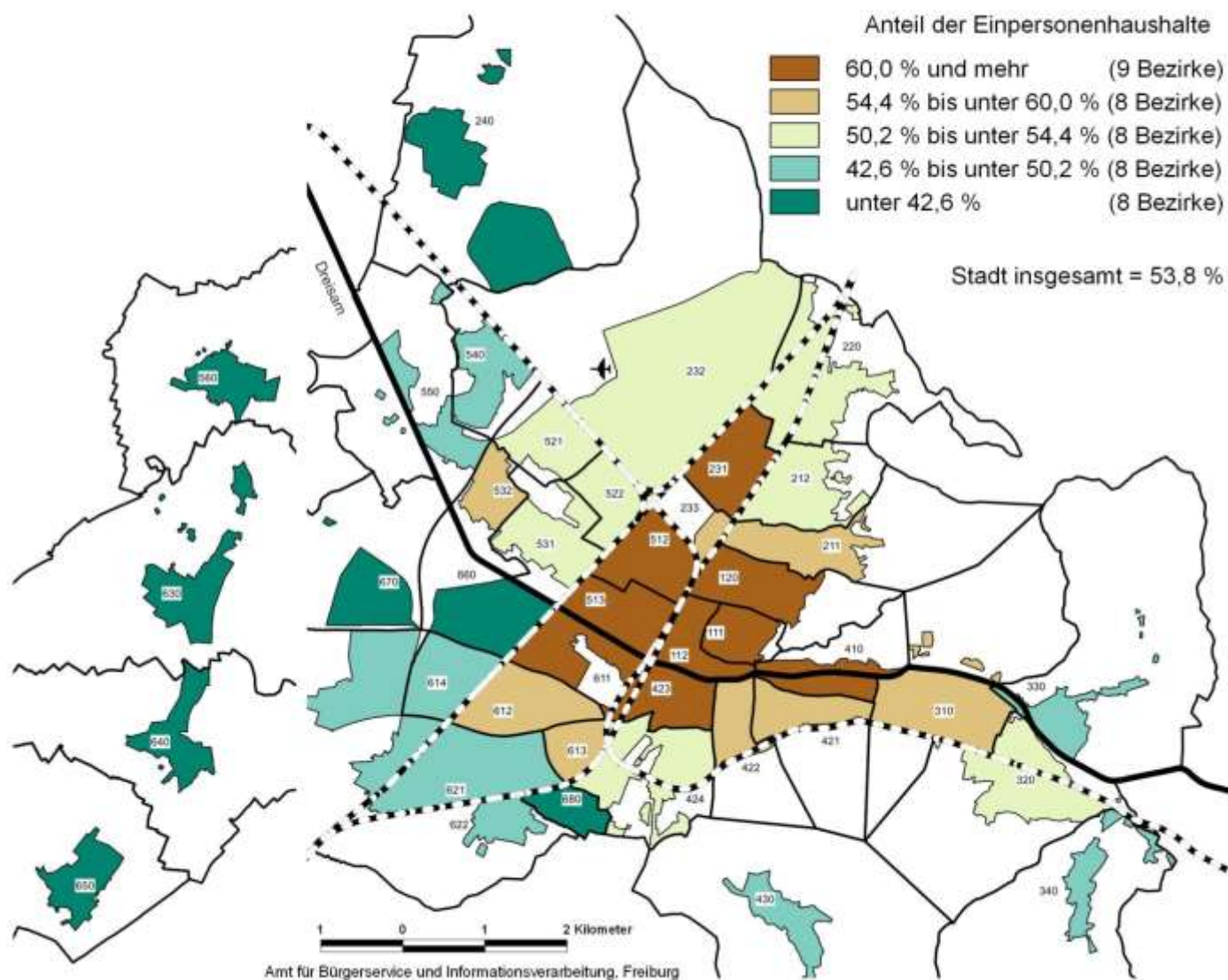
B20: Anteil der Spätaussiedler_innen an der Wohnbevölkerung am 31.12.2016 in den Stadtbezirken von Freiburg, in %



Quelle: Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

B21.1

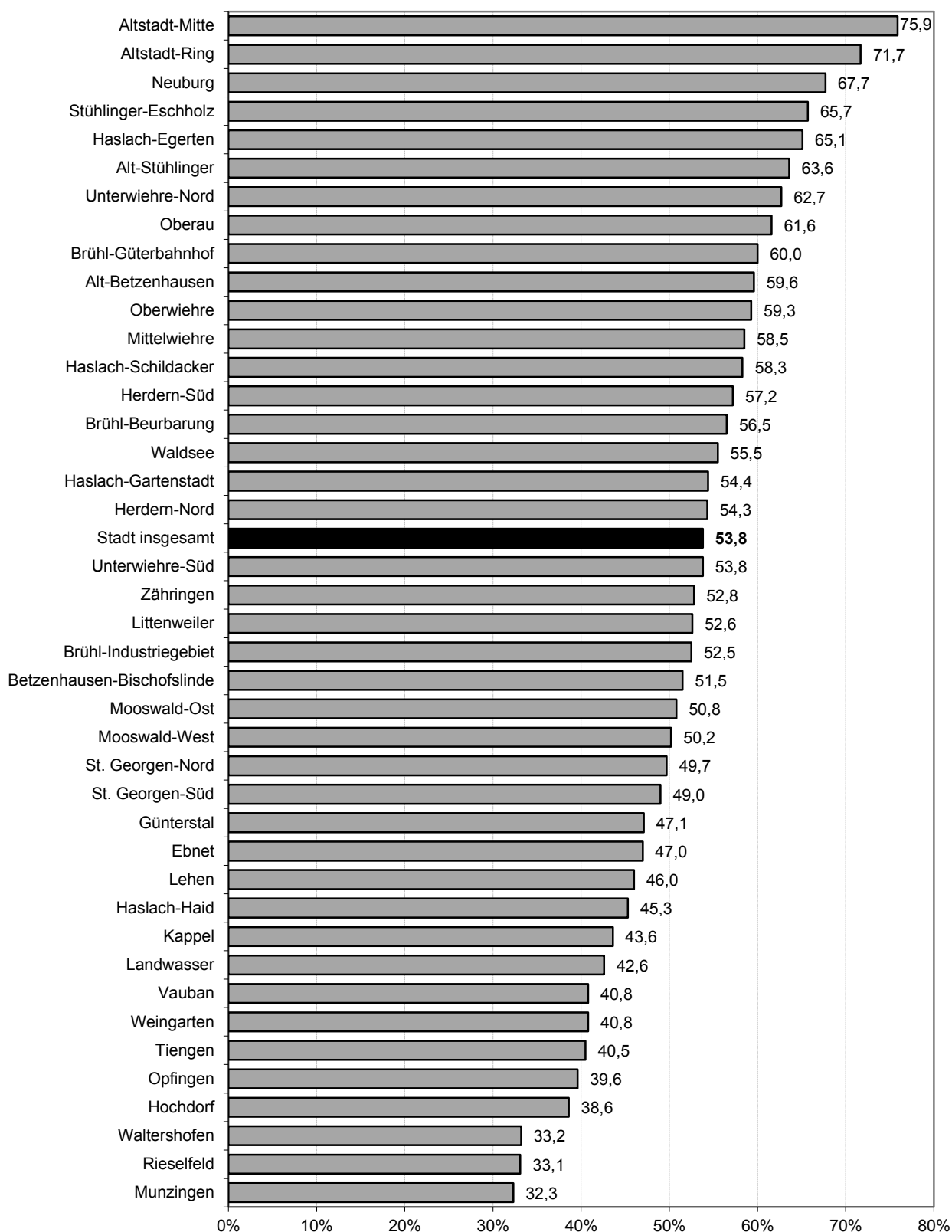
Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten
am 31.12.2016 in den Stadtbezirken von Freiburg



Namen der Stadtbezirke:

111 Altstadt-Mitte	410 Oberau	560 Waltershofen
112 Altstadt-Ring	421 Oberwiehre	611 Haslach-Egerten
120 Neuburg	422 Mittelwiehre	612 Haslach-Gartenstadt
211 Herdern-Süd	423 Unterwiehre-Nord	613 Haslach-Schildacker
212 Herdern-Nord	424 Unterwiehre-Süd	614 Haslach-Haid
220 Zähringen	430 Günterstal	621 St. Georgen-Nord
231 Brühl-Güterbahnhof	512 Stühlinger-Eschholz	622 St. Georgen-Süd
232 Brühl-Industriegebiet	513 Alt-Stühlinger	630 Opfingen
233 Brühl-Beurbarung	521 Mooswald-West	640 Tiengen
240 Hochdorf	522 Mooswald-Ost	650 Munzingen
310 Waldsee	531 Betzenhausen-Bischofslinde	660 Weingarten
320 Littenweiler	532 Alt-Betzenhausen	670 Rieselfeld
330 Ebnet	540 Landwasser	680 Vauban
340 Kappel	550 Lehen	

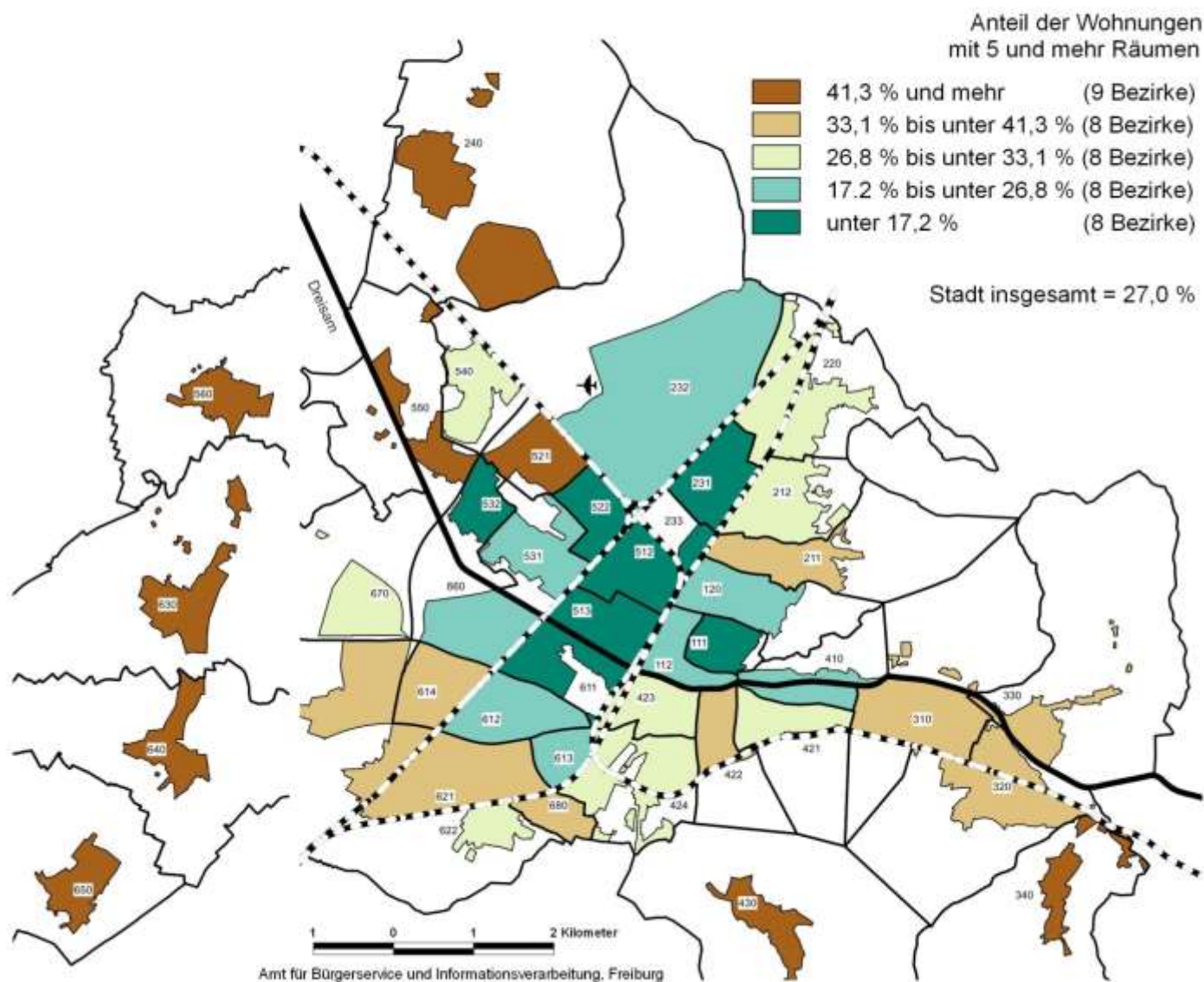
21.2 Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten am 31.12.2016 in den Stadtbezirken von Freiburg, in %



Quelle: Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

B22.1

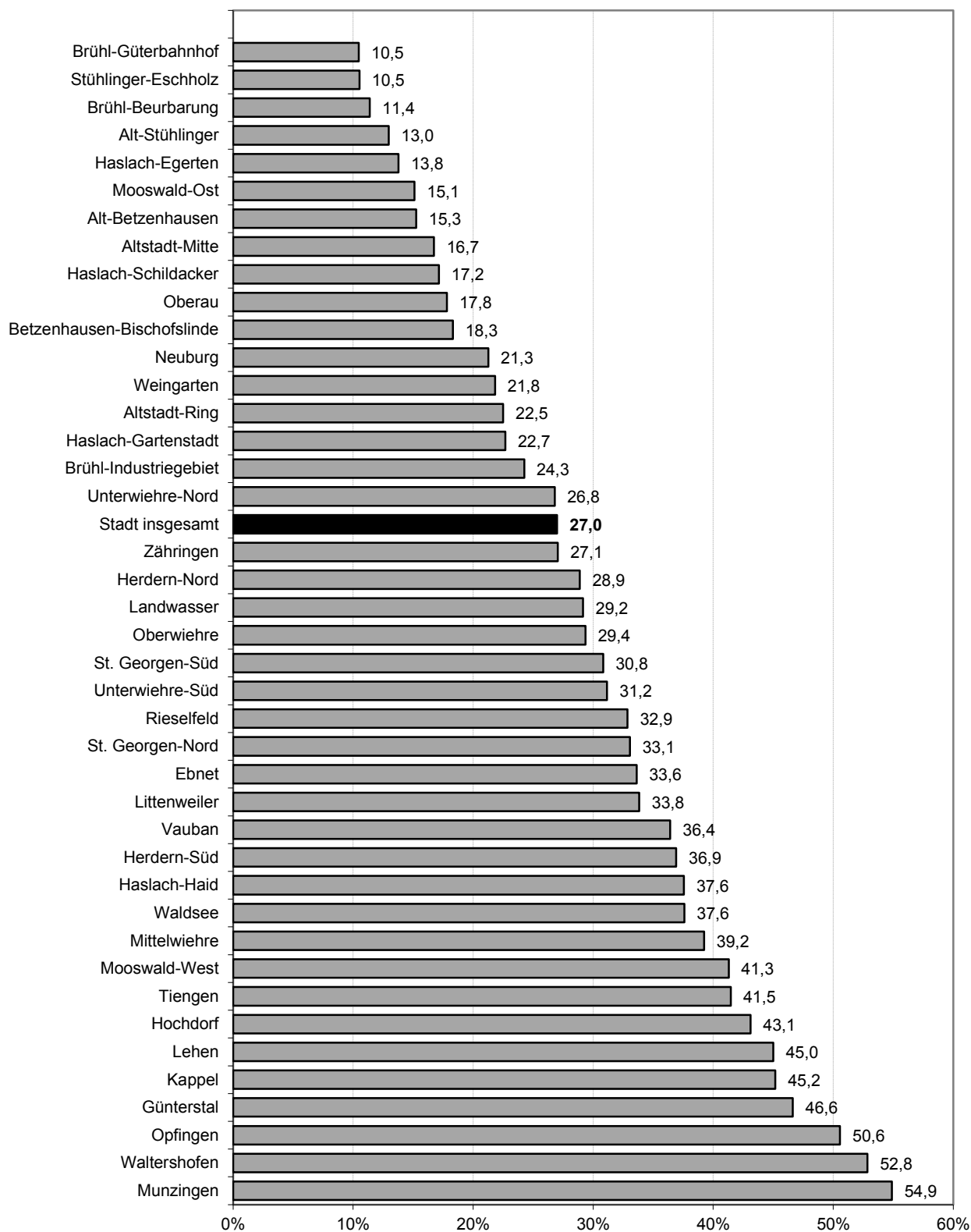
Anteil der Wohnungen mit 5 und mehr Räumen
am 31.12.2016 in den Stadtbezirken von Freiburg



Namen der Stadtbezirke:

111 Altstadt-Mitte	410 Oberau	560 Waltershofen
112 Altstadt-Ring	421 Oberwiehre	611 Haslach-Egerten
120 Neuburg	422 Mittelwiehre	612 Haslach-Gartenstadt
211 Herdern-Süd	423 Unterwiehre-Nord	613 Haslach-Schildacker
212 Herdern-Nord	424 Unterwiehre-Süd	614 Haslach-Haid
220 Zähringen	430 Günterstal	621 St. Georgen-Nord
231 Brühl-Güterbahnhof	512 Stühlinger-Eschholz	622 St. Georgen-Süd
232 Brühl-Industriegebiet	513 Alt-Stühlinger	630 Opfingen
233 Brühl-Beurbarung	521 Mooswald-West	640 Tiengen
240 Hochdorf	522 Mooswald-Ost	650 Munzingen
310 Waldsee	531 Betzenhausen-Bischofslinde	660 Weingarten
320 Littenweiler	532 Alt-Betzenhausen	670 Rieselfeld
330 Ebnet	540 Landwasser	680 Vauban
340 Kappel	550 Lehen	

B22.2: Anteil der Wohnungen mit 5 und mehr Räumen am 31.12.2016 in den Stadtbezirken von Freiburg, in %



Quelle: Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

II.

Erwerbstätigkeit / Arbeitslosigkeit

1. Kennzahlen	28
2. Fakten / Trends	30
3. Zahlenspiegel	32
4. Tabellen & Diagramme	34

1. Kennzahlen

Stadt:

- A1 Erwerbstätige / Beschäftigte nach Art der Beschäftigung
- A2 „Atypische Beschäftigung“: Insgesamt
- A3 „Atypische Beschäftigung“: Anteil an Beschäftigungsverhältnissen
- A4 „Atypische Beschäftigung“: Anteil Frauen
- A5 Arbeitslose: Insgesamt
- A6 Arbeitslose: nach Gruppen
- A7 Arbeitslose: nach Gruppen, Anteil an allen Arbeitslosen
- A8 Arbeitslosenquote I (bezogen auf alle Erwerbstätigen)
- A9 Arbeitslosenquote II (bezogen auf Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren)
- A10 Arbeitslosenquote III (Jugendarbeitslosigkeit)

Stadtbezirke:

- A11 Arbeitslosenquote II nach Stadtbezirken

Erläuterungen

Erwerbstätige / Beschäftigte

Am Arbeitsort, nicht am Wohnort. Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

Erwerbstätige

Summe aller Personen, die als Arbeitnehmer_innen (Arbeiter_innen, Angestellte, Beamt_innen, geringfügig Beschäftigte, Soldat_innen) oder als Selbständige beziehungsweise als mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb ausgerichtete Tätigkeit ausüben (Abgrenzung nach Eurostat).

Beschäftigungsverhältnisse

Summe aus sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und geringfügig Beschäftigten.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Beschäftigte, die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig oder beitragspflichtig nach dem SGB III sind.

Geringfügig Beschäftigte

Beschäftigte, die regelmäßig nicht mehr als 450 € im Monat verdienen. Dabei wird unterschieden zwischen nebenberuflich geringfügig Beschäftigten (Personen, die zusätzlich eine hauptberufliche, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben) und ausschließlich geringfügig Beschäftigte.

Teilzeitbeschäftigte

In Teilzeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Beschäftigte in Leiharbeit

Beschäftigte, die auf der Grundlage des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) arbeiten.

„Atypische Beschäftigung“

Summe aus geringfügig Beschäftigten (hier nur ausschließlich geringfügig Beschäftigte, also keine Personen, die neben ihrer geringfügigen Beschäftigung noch in einem anderen Beschäftigungsverhältnis stehen), Teilzeitbeschäftigten und Beschäftigten in Leiharbeit. Der Begriff wird in der wissenschaftlichen Literatur verwendet für Beschäftigungsverhältnisse, die in Abgrenzung zu sogenannten Normalarbeitsverhältnissen (Vollzeittätigkeit, unbefristet, Integration in soziale Sicherungssysteme) stehen. Quelle: Bundesagentur für Arbeit / Regionale Datenbank „Atypische Beschäftigung“ der Hans-Böckler-Stiftung.

Arbeitslose

Stadtkreis Freiburg; aus Rechtskreisen SGB II und SGB III.

Langzeitarbeitslose

Personen, die zum Stichtag ein Jahr und länger arbeitslos gemeldet waren.

Arbeitslosenquote I

Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbstätigen.

Arbeitslosenquote II

Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung zwischen 15 bis unter 65 Jahre.

Arbeitslosenquote III

Anteil Arbeitslose unter 25 Jahre an allen zivilen Erwerbspersonen zwischen 15 bis unter 25 Jahre.

Zeitstände

Aufgrund verschiedener Quelldaten haben die Beschäftigtenzahlen unterschiedliche Zeitstände. Hier sind die Zeitstände abhängig von den aktuellsten Zahlen, die die Bundesagentur für Arbeit oder die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder herausgeben. Eine Ausnahme bildet die Datenbank zu „atypischer Beschäftigung der Hans-Böckler-Stiftung: Deren Daten haben den aktuellsten Stand (31.12.2016).

Methodische Anmerkungen

Revision der Beschäftigtenstatistik

Durch eine Umstellung der Beschäftigtenstatistik im Jahr 2012 sind die langfristigen Zeitvergleiche (seit 2005) bei einigen Kennzahlen (z.B. Teilzeitbeschäftigte), nur bedingt möglich. Die Umstellungseffekte ab dem Jahr 2012 werden in einem Methodenbericht der Bundesagentur für Arbeit beschrieben (BA Methodenbericht auf Anfrage erhältlich).

2. Fakten / Trends

Bei den Beschäftigungsverhältnissen zeigt sich parallel zum Bevölkerungswachstum ein stetes Wachstum, jedoch nicht bei allen Formen von Beschäftigung in gleichem Umfang:

- Die Zahl der **Erwerbstätigen** ist im Vergleich zu 2005 um 18,9 % gestiegen, die Zahl der **Beschäftigten** um 19,6 % und die der **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** um 26,3 %. Seit 2005 sind es jährlich steigende Beschäftigungszahlen in allen drei Beschäftigungsformen, die als herausragendes Merkmal benannte werden können.
- Die Zahl der **geringfügigen Beschäftigungen** und der **Teilzeitbeschäftigung** ist seit 2005 um 25,2 % bzw. 89,4 % angewachsen. Der Zeitvergleich bei den Teilzeitbeschäftigten wird hier allerdings durch den Revisionseffekte von 2012 der Bundesagentur für Arbeit durch Umstellung in der Statistik beeinflusst, so dass der langfristige Zeitvergleich nur bedingt aussagekräftig ist.
Vergleichbar sind die Zahlen wieder ab 2013. Während die Zahl der geringfügig Beschäftigten sich ab diesem Zeitpunkt bis in das Jahr 2016 auf einem gleichbleibenden Niveau von rd. 31.000 Beschäftigten eingependelt hat, steigen die Zahlen bei den Teilzeitbeschäftigten nochmals über die Jahre deutlich an (+ 9,4%). Im Zeitvergleich der letzten 10 Jahre sind 2016 mit 41.336 Teilzeitbeschäftigten noch nie so viele Personen einer solchen Tätigkeitsform nachgegangen.
- Den seit 2005 stärksten Zuwachs von allen Beschäftigungsformen hat die **Leiharbeit** mit 77,6 % zu verzeichnen. Seit 2011 bewegen sich die Zahlen bei jährlich leicht schwankenden Zahlen in einer Größenordnung zwischen 2.700 und 2.900 Beschäftigten.
- Die sogenannten „**atypischen Beschäftigungsverhältnisse**“ (geringfügig Beschäftigte sowie Menschen in Teilzeit und Leiharbeit) sind seit 2005 um 35,2 % gestiegen. Auch hier wird der Zeitvergleich durch den vorgenannten Revisionseffekte in der Statistik beeinflusst, so dass auch hier ein Vergleich mit der Situation vor 2013 nur bedingt aussagekräftig ist.
Zwischen 2013 und 2016 ist bei den „atypischen“ Beschäftigungsformen bei jährlich wachsenden Zahlen eine Zunahme von insgesamt 6,5 % zu verzeichnen. 2016 sind 65.317 „atypisch“ beschäftigt. Mehr als zwei Drittel (67,6 %) sind weiblich.

Die Arbeitslosenzahl hatte am 31.12.2011 mit 5.902 Personen einen historischen Tiefstand. Die Zahl hat 2012 wieder leicht zugenommen und bewegte sich in den folgenden Jahren in einer Größenordnung zwischen rd. 6.300 und 6.900 Personen, die jahrweise hin und her pendelt. 2016 sind Ende des Jahres 6.415 Personen arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote beträgt 2016 im Jahresdurchschnitt 5,9 %.

Eine Aufschlüsselung der Arbeitslosenzahlen nach Gruppen ergibt folgendes Bild:

- Das Geschlechterverhältnis zeigt sich in den vergangenen Jahren als stabil. 2016 lagen der Anteil der **männlichen** Arbeitslosen bei 56,6 % und der Anteil der weiblichen Arbeitslosen bei 43,4 %.
- Der Anteil der **deutschen** Arbeitslosen sinkt seit 2012 kontinuierlich und liegt mit 69,5 % zum ersten Mal unter der Marke von 70 %. Im Gegenzug ist der Anteil der arbeitslosen Ausländer_innen auf insgesamt 30,5 % angewachsen.
- 5,2 % aller Arbeitslosen sind **Jugendliche** unter 25 Jahren (331 Personen). Die Arbeitslosenquote in dieser Gruppe liegt 2016 bei 2,3 % und annähernd auf gleichem Niveau wie schon 2013.
- 17,4 % (1.117 Personen) sind **55 Jahre und älter**. 2005 waren 990 Personen in diesem Alter arbeitslos gemeldet, dies entspricht bis 2016 einem Zuwachs von +12,8 %. Über die letzten 10 Jahre waren es nahezu in jedem Jahr mehr Personen, die aus dieser Gruppe arbeitslos gemeldet waren. 2016 ist die Zahl erstmals wieder rückläufig.
- Bei der Gruppe der **Langzeitarbeitslosen** ist im Zeitraum 2010 bis 2015 ein jährlicher Zuwachs von 70 bis 300 Personen zu verzeichnen. 2016 werden 2.172 Langzeitarbeitslose gezählt. Nach steigenden Zahlen in den Vorjahren ist dies erstmalig wieder eine Zahl, die sich rückläufig bewegt. Rund ein Drittel der Arbeitslosen (33,9%) zählen 2016 zur Gruppe der Langzeitarbeitslosen.

Auf der Ebene der Stadtbezirke weisen die Bezirke westlich der Bahnlinie meist höhere Arbeitslosenanteile pro Wohnbevölkerung auf als Stadtbezirke östlich der Bahnlinie. Den höchsten Anteil gibt es in Weingarten, wo 9,6 % der Wohnbevölkerung arbeitslos sind. Mit jeweils 2,3% liegen St. Georgen-Süd, Waldsee und Herdern-Nord am anderen Ende der Skala.

3. Zahlenspiegel

Stadt insgesamt

Kenn- zahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Stand 31.12.2016	Entwicklung		Tabelle / Diagramm
			2013-2016	2005-2016	
A1	Erwerbstätige / Beschäftigte, Anzahl				S. 34 bis 36
	- Erwerbstätige *	171.100	+3,8%	+18,9%	
	- Beschäftigungsverhältnisse*	156.200	+4,1%	+19,6%	
	- sozialversicherungspflichtig Beschäftigte **	119.149	+6,2%	+26,3%	
	- geringfügig Beschäftigte **	30.606	-3,4%	+25,2%	
	- Teilzeitbeschäftigte **	41.336	+9,4%	+89,4% ¹	
	- Beschäftigte in Leiharbeit	2.760	+7,1%	+77,6%	
A2	„Atypische Beschäftigung“, Anzahl				S. 37
	- Insgesamt	65.317	+6,5%	+35,2% ¹	
A3	„Atypische Beschäftigung“, Anteil				S. 37
	- an allen Beschäftigungsverhältnissen.	43,3%	-0,2%-P.	+8,9%-P. ²	
A4	„Atypische Beschäftigung“, Anteil Frauen				S.38
	- Insgesamt	67,6%	-0,7%-P.	-2,3%-P.	
	- geringfügig Beschäftigte	58,3%	-1,2%-P.	-4,7%-P.	
	- Teilzeitbeschäftigte	74,7%	-1.1%-P.	-3,9%-P.	
	- Beschäftigte in Leiharbeit	31,7%	+0.9%-P.	+1,3%-P.	
A5	Arbeitslose, Anzahl				
	- Insgesamt	6.415	-3,2%	-33,6%	
* =Jahresdurchschnitt 2015 / ** =30.06.2016 / 1) = Durch eine Umstellung der Beschäftigtenstatistik sind die langfristigen Zeitvergleiche (seit 2005) nur bedingt möglich. Die Umstellungseffekte ab dem Jahr 2012 werden in einem Methodenbericht der Bundesagentur für Arbeit beschrieben (BA Methodenbericht auf Anfrage erhältlich) / 2) %-P. = Prozentpunkte					

A6	Arbeitslose nach Gruppen, Anzahl				S. 38
	- Frauen	2.783	-4,4%	-37,4%	
	- Männer	3.632	-2,2%	-30,5%	
	- Deutsche	4.456	-6,9%	-39,6%	
	- Ausländer_innen	1.952	+6,8%	-13,9%	
	- unter 25 Jahre	331	+29,3%	-53,2%	
	- 55 Jahre und älter	1.117	-6.6%	+12,8%	
	- Langzeitarbeitslose	2.172	+2,7%	-18,7%	
A7	Arbeitslose nach Gruppen, Anteil an allen Arbeitslosen				S.39
	- Frauen	43,4%			
	- Männer	56,6%			
	- Deutsche	69,5%			
	- Ausländer_innen	30,5%			
	- unter 25 Jahre	5,2%			
	- 55 Jahre und älter	17,4%			
	- Langzeitarbeitslose	33,9%			
A8	Arbeitslosenquote I (bezogen auf Erwerbstätige , Jahresdurchschnitt)				S. 40
	- Quote	5,9%	-0,1%-P.	-3,3%-P.	
A9	Arbeitslosenquote II (bezogen auf Bevölkerung 15 bis unter 65 Jahre , Jahresdurchschnitt)				
	- Quote	4,1%			
A10	Arbeitslosenquote III (Jugendarbeitslosigkeit, 15 bis unter 25 Jahre , Jahresdurchschnitt)				
	- Quote	2,3%	+0,1%-P.	k.A.	

Stadtbezirke

A11	Arbeitslosenquote II (Bevölkerung 15 bis unter 65 Jahre)				S.41/42
	- höchster Wert	Weingarten	9,6%		
	- niedrigster Wert	Vauban, Waldsee, Herdern-Nord	2,3%		

4. Tabellen & Diagramme

A1.1 Erwerbstätige (Jahresdurchschnitt)

Jahr	Anzahl	Veränderung in % (2005=100%)
2005	143.300	100,0
2006	145.000	101,2
2007	148.300	103,5
2008	150.600	105,1
2009	151.800	105,9
2010	154.500	107,8
2011	157.200	109,7
2012	158.100	110,3
2013	164.700	114,5
2014	168.800	117,3
2015	171.100	118,9

Quelle: Bundesagentur für Arbeit / Statistische Ämter des Bundes und der Länder

A1.2 Beschäftigungsverhältnisse insgesamt (Jahresdurchschnitt)

Jahr	Anzahl	Veränderung in % (2005=100%)
2005	129.800	100,0
2006	131.100	101,0
2007	134.300	103,5
2008	136.700	105,3
2009	137.800	106,2
2010	140.400	108,2
2011	142.800	110,0
2012	143.400	110,5
2013	150.100	114,9
2014	153.900	117,8
2015	156.200	119,6

Quelle: Bundesagentur für Arbeit / Statistische Ämter des Bundes und der Länder

A1.3 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Jahr 30.06.	Anzahl	Veränderung in % (2005=100%)
2005	94.327	100,0
2006	95.675	101,4
2007	98.053	104,0
2008	100.136	106,2
2009	101.167	107,3
2010	103.546	109,8
2011	106.254	112,6
2012	107.888	114,4
2013	112.167	118,9
2014	114.602	121,5
2015	116.976	124,0
2016	119.149	126,3

Quelle: Bundesagentur für Arbeit / Statistische Ämter des Bundes und der Länder

A1.4 Geringfügig Beschäftigte

Jahr 30.06.	Anzahl	Veränderung in % (2005=100%)
2005	24.449	100,0
2006	25.657	104,9
2007	27.074	110,7
2008	28.847	118,0
2009	29.827	122,0
2010	30.428	124,5
2011	31.297	128,0
2012	31.106	127,2
2013	31.673	129,5
2014	31.570	129,1
2015	31.164	127,5
2016	30.606	125,2

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

A1.5 Teilzeitbeschäftigte

Jahr 30.06.	Anzahl	Veränderung in % (2005=100%)
2005	21.826	100,0
2006	22.755	104,3
2007	24.157	110,7
2008	25.405	116,4
2009	26.261	120,3
2010	27.410	125,6
2011	28.890	132,4
2012	37.183	170,4
2013	37.801	173,2
2014	38.155	174,8
2015	39.850	182,6
2016	41.336	189,4

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

A1.6 Beschäftigte in Leiharbeit

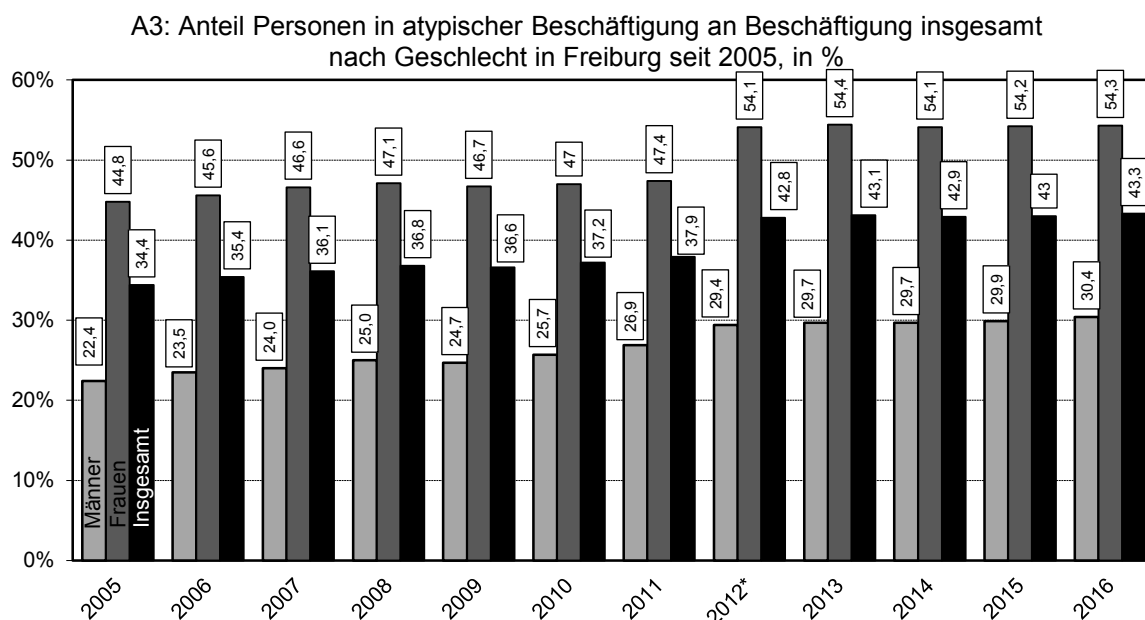
Jahr 31.12.	Anzahl	Veränderung in % (2005=100%)
2005	1.554	100,0
2006	2.069	133,1
2007	2.394	154,1
2008	2.549	164,0
2009	1.519	97,7
2010	2.143	137,9
2011	2.665	171,5
2012	2.806	180,6
2013	2.577	165,8
2014	2.912	187,4
2015	2.697	173,6
2016	2.760	177,6

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Hans-Böckler-Stiftung

A2 „Atypische“ Beschäftigungsverhältnisse insgesamt¹

Jahr 31.12.	Anzahl	Veränderung in % (2005=100%)
2005	41.059	100,0
2006	43.146	105,1
2007	45.437	110,7
2008	47.757	116,3
2009	48.254	117,5
2010	50.110	122,0
2011	52.700	128,4
2012	60.782	148,0
2013	61.358	149,4
2014	63.299	154,2
2015	64.293	156,6
2016	65.317	159,1

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Hans-Böckler-Stiftung, eigene Berechnungen



1 Durch eine Umstellung der Beschäftigtenstatistik sind die Daten nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Hans-Böckler-Stiftung, eigene Berechnungen

¹ Durch eine Umstellung der Beschäftigtenstatistik seitens der Bundesagentur für Arbeit sind die Daten 2012 nicht mit den Vorjahren

A5 Zahl der Arbeitslosen (SGB II und SGB III)

Jahr 31.12.	Anzahl	Veränderung in % (2005=100%)
2005	9.668	100,0
2006	8.239	85,2
2007	7.450	77,1
2008	6.547	67,7
2009	6.186	64,0
2010	6.190	64,0
2011	5.903	61,1
2012	6.347	65,6
2013	6.626	68,5
2014	6.438	66,6
2015	6.851	70,9
2016	6.415	66,4

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

A6 Zahl der Arbeitslosen (SGB II und SGB III) nach Gruppen

Jahr 31.12.	Geschlecht		Staatsangehörigkeit		Alter		
	Frauen	Männer	Deutsche	Ausländer	Unter 25 Jahre	25 bis unter 55 Jahre	55 Jahre und älter
2005	4.445	5.223	7.374	2.268	707	7.971	990
2006	3.783	4.456	6.264	1.963	597	6.905	737
2007	3.434	4.016	5.654	1.784	536	6.234	680
2008	3.101	3.446	4.913	1.625	401	5.366	780
2009	2.709	3.477	4.669	1.505	289	5.079	818
2010	2.799	3.391	4.652	1.528	252	5.033	905
2011	2.668	3.235	4.358	1.537	217	4.662	1.024
2012	2.804	3.543	4.716	1.616	247	5.004	1.096
2013	2.912	3.714	4.788	1.827	256	5.174	1.196
2014	2.802	3.636	4.593	1.834	267	4.968	1.203
2015	3.028	3.823	4.844	1.995	274	5.238	1.339
2016	2.783	3.632	4.456	1.952	331	4.967	1.117

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

vergleichbar.

A7 Arbeitslose (SGB II und SGB III) nach Gruppen, in %

Jahr 31.12.	Geschlecht		Staatsangehörigkeit		Alter		
	Frauen	Männer	Deutsche	Ausländer	Unter 25 Jahre	25 bis unter 55 Jahre	55 Jahre und älter
2005	46,0	54,0	76,3	23,5	7,3	82,4	10,2
2006	45,9	54,1	76,0	23,8	7,2	83,8	8,9
2007	46,1	53,9	75,9	23,9	7,2	83,7	9,1
2008	47,4	52,6	75,0	24,8	6,1	82,0	11,9
2009	43,8	56,2	75,5	24,3	4,7	82,1	13,2
2010	45,2	54,8	75,2	24,7	4,1	81,3	14,6
2011	45,2	54,8	73,8	26,0	3,7	79,0	17,3
2012	44,2	55,8	74,3	25,5	3,9	78,8	17,3
2013	43,9	56,1	72,3	27,6	3,9	78,1	18,1
2014	43,5	56,5	71,3	28,5	4,1	77,2	18,7
2015	44,2	55,8	70,7	29,1	4,0	76,5	19,5
2016	43,4	56,6	69,5	30,4	5,2	77,4	17,4

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

A6/7 Zahl und Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen nach SGB II und SGB III

Jahr 31.12.	Anzahl Langzeit- arbeitslose	Veränderung in % (2005=100%)	Anzahl Arbeitslose insgesamt	Anteil Langzeit- an allen Arbeitslosen in %
2005	2.672	100,0	9.668	27,6
2006	3.523	131,8	8.239	42,8
2007	3.023	113,1	7.450	40,6
2008	2.457	92,0	6.547	37,5
2009	1.825	68,3	6.186	29,5
2010	1.661	62,2	6.190	26,8
2011	1.735	64,9	5.903	29,4
2012	1.872	70,1	6.347	29,5
2013	2.116	79,2	6.626	31,9
2014	2.266	84,8	6.438	35,2
2015	2.411	90,2	6.851	35,2
2016	2.172	81,3	6.415	33,9

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

A8 Arbeitslosenquote (AI) Stadtkreis Freiburg bezogen auf Erwerbstätige (Jahresdurchschnitt)²

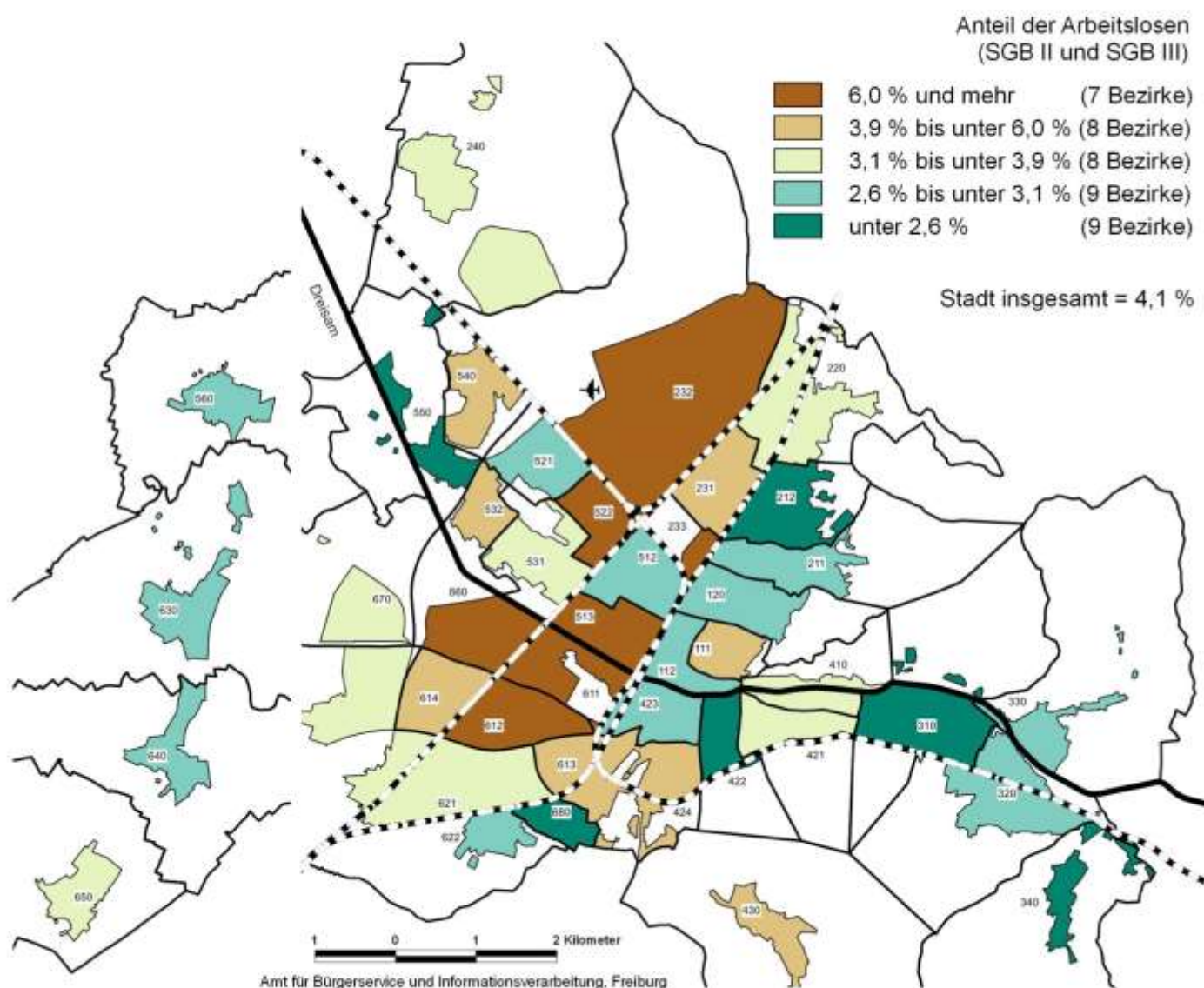
Jahr	Arbeitslosenquote insgesamt	Männer	Frauen
2005	9,2	-	-
2006	9,2	-	-
2007	7,8	-	-
2008	7,1	-	-
2009	6,9	7,6	6,1
2010	6,4	7,1	5,7
2011	6,1	6,8	5,4
2012	5,9	6,6	5,3
2013	6,0	6,8	5,3
2014	6,0	6,8	5,2
2015	6,0	6,8	5,2
2016	5,9	6,6	5,1

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

² Für den Zeitraum 2005-2009 liegen keine geschlechtsspezifischen Zahlen vor.

A11.1

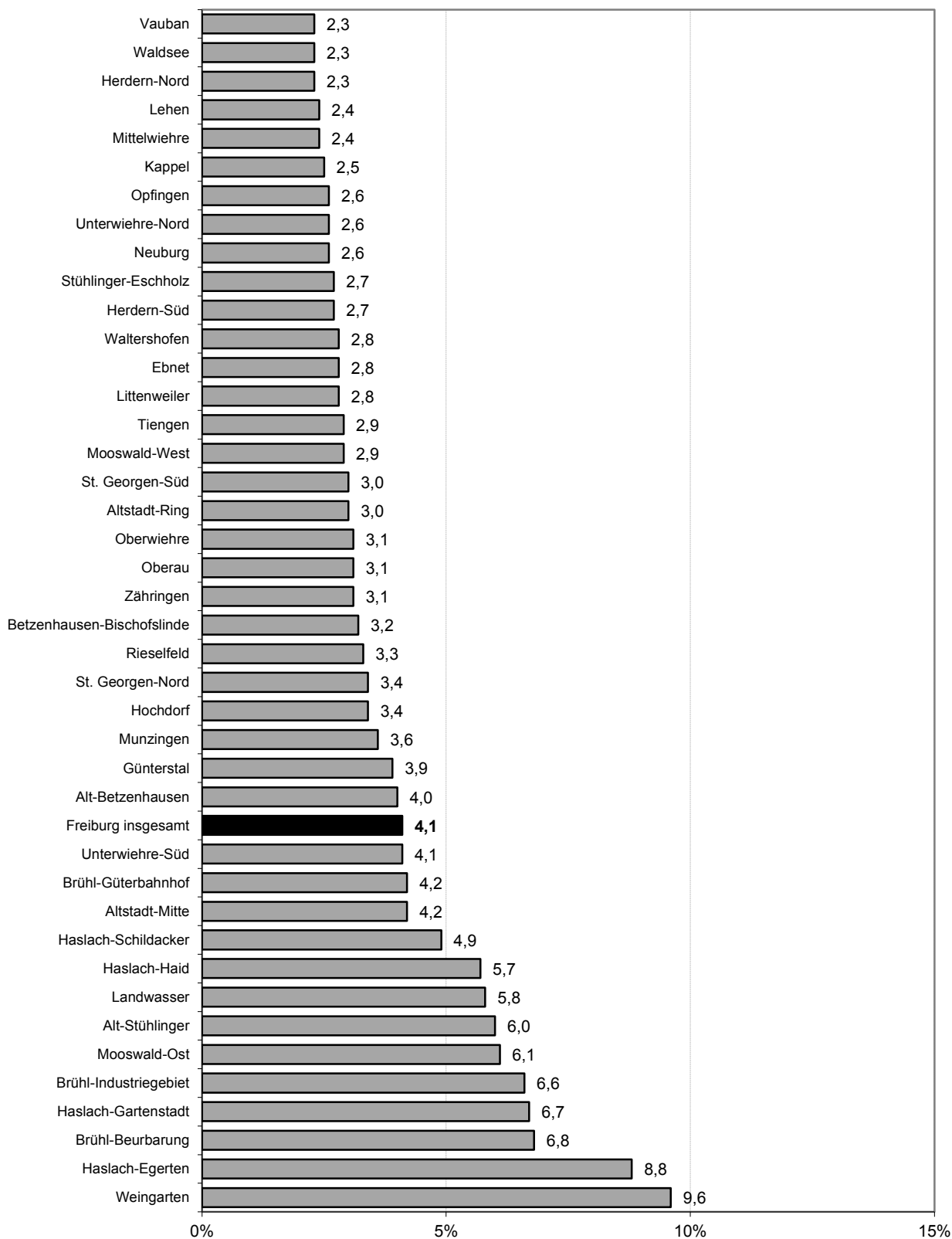
Anteil der Arbeitslosen (SGB II und SGB III) an der Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren am 31.12.2016 in den Stadtbezirken von Freiburg



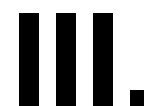
Namen der Stadtbezirke:

111 Altstadt-Mitte	421 Oberwiehre	560 Waltershofen
112 Altstadt-Ring	422 Mittelwiehre	611 Haslach-Egerten
120 Neuburg	423 Unterwiehre-Nord	612 Haslach-Gartenstadt
211 Herdern-Süd	424 Unterwiehre-Süd	613 Haslach-Schildacker
212 Herdern-Nord	430 Günterstal	614 Haslach-Haid
220 Zähringen	511 Stühlinger-Beurbarung	621 St. Georgen-Nord
231 Brühl-Güterbahnhof	512 Stühlinger-Eschholz	622 St. Georgen-Süd
232 Brühl-Industriegebiet	513 Alt-Stühlinger	630 Opfingen
240 Hochdorf	521 Mooswald-West	640 Tiengen
310 Waldsee	522 Mooswald-Ost	650 Munzingen
320 Littenweiler	531 Betzenhausen-Bischofslinde	660 Weingarten
330 Ebnet	532 Alt-Betzenhausen	670 Rieselfeld
340 Kappel	540 Landwasser	680 Vauban
410 Oberau	550 Lehen	

A11.2: Anteil der Arbeitslosen (SGB II und SGB III) an der Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren am 31.12.2016 in den Stadtbezirken von Freiburg, in %



Quelle: Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg



Grundsicherung SGB II

1. Personen in Bedarfsgemeinschaften

1.1. Kennzahlen	44
1.2. Fakten / Trends	46
1.3. Zahlenspiegel	48
1.4. Tabellen & Diagramme	50

2. Bedarfsgemeinschaften

2.1. Kennzahlen	59
2.2. Fakten / Trends	59
2.3. Zahlenspiegel	61
2.4. Tabellen & Diagramme	62

1. Personen in Bedarfsgemeinschaften

1.1 Kennzahlen

Stadt:

- G1 Zahl
- G2 Zahl nach Gruppen
- G3 Anteil Altersgruppen
- G4 Anteil Frauen
- G5 Quote
- G6 Quote nach Gruppen
- G7 Quote Kinder/Jugendliche
- G8 Anteil Erwerbsfähige Personen
- G9 Anteil Erwerbsfähige Personen nach Gruppen
- G10 Status Erwerbsfähige Personen
- G11 Status arbeitslos – Anteil an allen Personen

(E=Darstellung von Entwicklungen)

Stadtbezirke:

- G12 Veränderung Personenzahl 2013 – 2016
- G13 Anteil an Wohnbevölkerung

Erläuterungen

Grundsicherung Sozialgesetzbuch (SGB II)

Das Gesetz regelt die Grundsicherung für Arbeitsuchende. Es ist seit 1. Januar 2005 in Kraft und bildet den wesentlichen Teil des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, das im allgemeinen Sprachgebrauch als "Hartz-IV-Gesetz" bezeichnet wird. Mit der Grundsicherung sollen die Bedürfnisse von erwerbsfähigen Personen ab 15 und unter 65 Jahren sowie deren Angehörigen gedeckt werden, wie sie zur Führung eines menschenwürdigen und existenzgesicherten Lebens erforderlich sind. Hilfe erhalten alle Personen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können.

Personen in Bedarfsgemeinschaften (BG)

Umfasst alle Personen, die mit einem/einer erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einer besonderen persönlichen oder verwandtschaftlichen Beziehung stehen und in einem gemeinsamen Haushalt leben, sich in Notlagen gegenseitig materiell unterstützen und ihren Lebensunterhaltsbedarf gemeinsam decken.

Quote insgesamt

Anteil der Personen in der Bedarfsgemeinschaft je 100 Personen der Bevölkerung Freiburgs im Alter unter 65 Jahren.

Quote altersspezifisch

Anteil der Personen in der Bedarfsgemeinschaft je 100 Personen aus derselben Altersgruppe insgesamt.

Status der erwerbsfähigen Personen:

-> arbeitslos

Personen, die für eine Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen.

-> arbeitssuchend

Personen, die aktuell nicht für eine Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen, da sie sich in Qualifizierungsmaßnahmen befinden oder weil sie temporär arbeitsunfähig sind.

-> nicht arbeitssuchend gemeldete Leistungsberechtigte

Kategorie wurde 2012 neu gefasst aus:

** ratsuchend*

Personen, die § 428 SGB II in Anspruch nehmen und sich nach Vollendung ihres 58. Lebensjahres dazu verpflichtet haben, zum frühestmöglichen Zeitpunkt eine abschlagsfreie Altersrente in Anspruch zu nehmen. Eine Verpflichtung, sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen, besteht nicht.

** Status nicht gesetzt*

Personen, die gemäß §10 SGB II vorübergehend keine Beschäftigung aufnehmen können, weil sie z.B. Kinder unter 3 Jahre erziehen oder Angehörige pflegen.

Methodische Anmerkungen

Revision in der Statistik der Grundsicherung nach SGB II

Die Bundesagentur für Arbeit hat im Frühjahr 2016 eine Revision der Grundsicherungsstatistik nach dem SGB II durchgeführt. Entsprechend treten in diesem Berichtsband nun für die Zahlen von 2016 die Revisionseffekte zutage. Der Anlass der Revision ist die Einführung eines so genannten „erweiterten Zähl- und Gültigkeitskonzeptes“, das eine statistisch präzise Abbildung der „Konstellationen von Bedarfsgemeinschaften und Personen im Umkreis des SGB II“ gewährleisten soll. Durch diverse Gesetzesänderungen und durch Entwicklungen in den Bedarfsgemeinschaftsstrukturen sind „Anpassungen in den statistischen Definitionen für Bedarfsgemeinschaften, Leistungsberechtigte nach dem SGB II und Personen in Bedarfsgemeinschaften vorgenommen“ worden. Laut Bundesagentur für Arbeit „kommt es im Großen und Ganzen [...] nur zu geringfügigen quantitativen Veränderungen.“ Durch die Revision entstandene quantitative Effekte betreffen die Verteilung der Personen auf verschiedene Personengruppen (erwerbsfähige Leistungsberechtigte, nicht-erwerbsfähige Leistungsberechtigte und den neuen Gruppen sonstige Leistungsberechtigte und Kinder ohne Leistungsberechtigung sowie vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen), den Bestand an Regelleistungsberechtigten, den Bestand an Bedarfsgemeinschaften, die Zahlungsansprüche von Bedarfsgemeinschaften sowie die verschiedenen SGB II-Hilfequoten.

Auf die Zählweise wirkt sich das zusammenfassend wie folgt aus: der Bestand an Regelleistungsberechtigten sinkt durch das Herausfallen der Personengruppe der Kinder ohne Leistungsanspruch, die Zahl der Bedarfsgemeinschaften steigt leicht an durch die

Erweiterung um die neue Gruppe der sonstigen Bedarfsgemeinschaften – die SGB-Hilfequoten sinken dementsprechend leicht, nur die Quote der Bedarfsgemeinschaften bleibt annähernd gleich. Die quantitativen Effekte der Revision sind in Freiburg überschaubar.

1.2 Fakten / Trends

Im Jahr 2016 bezogen 16.834 Personen unter 65 Jahren Leistungen der Grundsicherung nach SGB II. Das sind 8,9 % der Bevölkerung.

Im Vergleich zum Jahr 2013 sind 2016 mehr Personen im Leistungsbezug (+7,8 %). Die Quote hat sich im gleichen Zeitraum um 0,3 %-Punkte erhöht.

Fast ein Drittel (32,6 %) der Leistungsbeziehenden sind unter 18 Jahre alt. Rund jede neunte Person (11,8 %) mit Grundsicherungsleistungen ist 55 Jahre oder älter.

Langzeitlich betrachtet sinkt der Anteil der leistungsempfangenden Personen an der Gesamtbevölkerung. Im Vergleich zu 2005 hat die Quote um 0,9 %-Punkte abgenommen.

In zwei Gruppen müssen fast doppelt so viele Personen Leistungen beziehen wie im Bevölkerungsdurchschnitt:

- 15,2 % sind es bei den **Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren**
- 17 % sind es bei den Menschen **ohne deutsche Staatsangehörigkeit**

In absoluten Zahlen ist im Vergleich zu 2013 die Zahl der nicht-deutschen Leistungsbeziehenden mit 28,9 % am deutlichsten unter allen Gruppen gestiegen. Einen ebenfalls deutlichen Zuwachs mit 13,6% verzeichnet die Altersgruppe 55 Jahre und älter.

Für die Quote als Maß für den relativen Anteil von Personen im Leistungsbezug kann festgestellt werden, dass sich diese 2016 bei allen hier dargestellten Gruppen auf nahezu dem gleichem Niveau bewegen wie 2013, auch wenn in der Tendenz eine leichte, aber insgesamt doch unmerkliche Zunahme der Quote erkennbar wird. Dies zeigt sich am deutlichsten bei der Gruppe der Ausländer_innen (+0,5%-Punkte), der Männer (+0,4%-Punkte) und der Kinder- und Jugendlichen unter 18 Jahre (+0,3%-Punkte).

Im Rückblick auf die letzten 10 Jahre zeigen sowohl die absoluten als auch relativen Zahlen bei der **Altersgruppe der 55-Jährigen und älter** eine Verfestigung und Ausweitung des Personenkreises, die auf Grundsicherung angewiesen sind. Dies ist beachtenswert, da im Vergleich zu 2006 die Quoten sonst durchgängig leicht rückläufig sind.

Die Zahl der Leistungsbeziehenden ist geschlechtlich nahezu gleichverteilt: 48,5 % sind Frauen und 51,5 % Männer. Bei den Frauen ergeben sich in einigen Altersgruppen größere Unterschiede: In der Gruppe der 25- bis unter 30-Jährigen liegt der Anteil bei 52,8 % am höchsten, bei den 50- bis unter 55-Jährigen mit 43,0 % am niedrigsten. Männer sind etwas häufiger auf Leistungen angewiesen als Frauen.

In Weingarten leben 28,2 % der Menschen von Grundsicherung und in Brühl-Beurbarung sind es 20,5 %. Beide Stadtbezirke weisen die höchsten Anteile aus, mit Werten, die weit über dem städtischen Durchschnitt liegen (8,9%). Die wenigsten Menschen sind in St. Georgen und der Mittelwiehre auf Grundsicherung angewiesen. Beide liegen mit Anteilen von 2,4% bzw. 2,7% am unteren Ende der Skala aller 42 Stadtbezirke.

Erkennbar wird, wie sich die Zahl der Leistungsbeziehenden im Vergleich der Jahre 2013 und 2016 auf Stadtbezirksebene verändert hat. Einen starken Rückgang zeigen die Zahlen für Opfingen (-26,3%) und für St. Georgen-Süd. (-12,2 %). Die höchsten Zunahmen gab es in Brühl-Industriegebiet (+147,1 %) und in Tiengen (+83,8 %).

Etwas mehr als zwei Drittel (69,7%) aller Personen in der Grundsicherung zählen nach der Definition zu den erwerbsfähigen Personen. Davon werden 36,7 % als arbeitslos geführt, 31,7 % als arbeitssuchend und 29,8 % sind aus den unterschiedlichsten Gründen nicht auf den Arbeitsmarkt zu vermitteln (nicht arbeitssuchend).

Rund jede 4. Person (25,5 %) im Leistungsbezug ist arbeitslos und steht für eine Arbeitsvermittlung zur Verfügung.

1.3 Zahlenspiegel

Stadt insgesamt

Kenn- zahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Stand 31.12.2016	Entwicklung		Tabelle / Diagramm	
			2013-2016	2005 - 2016		
G1	Personen , Anzahl	16.834	+7,8%	+ 3,7%	S. 50/51	
G2	Personen nach Gruppen, Anzahl					
	- Frauen	8.165	+5,1%	+2,1%		
	- Männer	8.669	+10,6%	+5,2%		
	- Deutsche	10.853	-1,1%	-10,5%		
	- Ausländer_innen	5.981	+28,9%	+45,3%		
	- unter 18 Jahren	5.496	+7,9%	+3,9%		
	- 18 bis unter 55 Jahre	9.345	+6,7%	-3,7%		
	- 55 Jahre und älter	1.993	+13,6%	+59,4%		
G3	Personen , Anteil nach Altersgruppen				S.52	
	- unter 18 Jahre	32,6%				
	- 18 bis unter 55 Jahre	55,5%				
	- 55 bis 65 Jahre	11,8%				
G4	Personen , Anteil Frauen				S. 52	
	- Anteil insgesamt					48,5%
	- höchster Anteil: 25 bis unter 30 Jahre					52,8%
	- niedrigster Anteil: 50 bis unter 55 Jahre					43,0%
G5	Personen , Quote	8,9%	+0,3%-P.	-0,9%-P.¹		
G6	Personen , Quote nach Gruppen					
	- Frauen	8,5%	+0,2%-P.	-0,9%-P.		
	- Männer	9,3%	+0,4%-P.	-1,0%-P.		
	- Deutsche	7,1%	+0,1%-P.	-1,5%-P.		
	- Ausländer_innen	17,0%	+0,5%-P.	-0,1%-P.		
	- unter 18 Jahre	15,2%	+0,4%-P.	-1,0%-P.		
	- 18 bis unter 55 Jahre	7,4%	+0,3%-P.	-1,2%-P.		
	- 55 Jahre bis unter 65 Jahre	7,4%	+0,1%-P.	+0,8%-P.		

Kenn- zahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Stand 31.12.2016	Entwicklung		Tabelle / Diagramm
			2013-2016	2005 - 2016	
G7	Personen , Quote Kinder und Jugendliche				S.53
	- 0 bis unter 6 Jahre	15,8%	-0,7%-P.	-3,2%-P.	
	- 6 bis unter 10 Jahre	16,8%	+1.2%-P.	+0,9%-P.	
	- 10 bis unter 15 Jahre	14,9%	+1,2%-P.	+0,4%-P.	
	- 15 bis unter 18 Jahre	12,3%	+0,3%-P.	-1,1%-P.	
G8	Personen , Anteil der Erwerbsfähigen	69,7%			S. 53
G9	Personen , Anteil der erwerbsfähigen SGB II-Bezieher_innen an allen SGB II-Bezieher_innen unter den				
	- Frauen	70,5%			
	- Männer	69,0%			
	- Deutschen	66,6%			
	- Ausländer_innen	75,4%			
	- unter 25-Jährigen	30,6%			
	- 25- bis unter 55-Jährigen	98,8%			
	- 55-Jährige und älter	91,6%			
	- Alleinerziehende	48,0%			
G10	Personen , Status der erwerbsfähigen SGB II-Bezieher_innen				
	- arbeitslos	36,6%			
	- arbeitssuchend	31,7%			
	- nicht arbeitssuchend gemeldete Leistungsberechtigte	29,8%			
	- keine Angaben	1,9%			
G11	Personen , Anteil mit Status „arbeitslos“				
	- an allen SGB II-Bezieher_innen	25,5%			
	- an allen Erwerbsfähigen	36,7%			

Stadtbezirke

G12	Personen in Bedarfsgemeinschaften: Entwicklung 2013 – 2016			
	- Zunahme: höchster Wert	Brühl-Industriegebiet	+ 147,1%	S.54/55
	- Abnahme: höchster Wert	Opfingen	- 26,3 %	
G13	Personen in Bedarfsgemeinschaften: Anteil an Wohnbevölkerung 2016			
	- höchster Wert	Weingarten	28,2%	S.56/57
	- niedrigster Wert	St. Georgen-Süd	2,4%	

1) %-P.=Prozentpunkte

1.4 Tabellen & Diagramme

G1 SGB II: Anzahl Personen insgesamt

Jahr 31.12.	Anzahl	Veränderung in % (2005=100%)
2005	16.238	100,0
2006	16.522	101,7
2007	16.632	102,4
2008	16.397	101,0
2009	17.162	105,7
2010	16.734	103,1
2011	16.040	98,8
2012	15.493	95,4
2013	15.610	96,1
2014	15.732	96,9
2015	16.852	103,8
2016	16.834	103,7

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

G2 SGB II: Anzahl Personen nach Gruppen

Jahr 31.12.	Geschlecht		Staatsangehörigkeit		Alter		
	Frauen	Männer	Deutsche	Ausländer	unter 18 Jahre	18 bis unter 55 Jahre	55 Jahre und älter
2005	7.998	8.240	12.121	4.117	5.289	9.699	1.250
2006	8.235	8.287	12.434	4.088	5.440	9.768	1.314
2007	8.391	8.241	12.310	4.322	5.552	9.657	1.423
2008	8.270	8.127	11.960	4.437	5.441	9.424	1.532
2009	8.568	8.594	12.375	4.787	5.541	9.930	1.691
2010	8.386	8.348	12.063	4.671	5.405	9.570	1.759
2011	8.013	8.027	11.428	4.612	5.240	9.028	1.772
2012	7.746	7.747	11.056	4.437	5.066	8.677	1.750
2013	7.770	7.840	10.971	4.639	5.093	8.762	1.755
2014	7.767	7.965	10.962	4.770	5.127	8.815	1.790
2015	8.371	8.481	11.521	5.331	5.500	9.374	1.978
2016	8.165	8.669	10.853	5.981	5.496	9.345	1.993

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

G2.1 SGB II: Entwicklung Personen nach Gruppen, in % (2005 = 100%)

Jahr 31.12.	Geschlecht		Staatsangehörigkeit		Alter		
	Frauen	Männer	Deutsche	Ausländer	Unter 18 Jahre	18 bis unter 55 Jahre	55 Jahre und älter
2005	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2006	103,0	100,6	102,6	99,3	102,9	100,7	105,1
2007	104,9	100,0	101,6	105,0	105,0	99,6	113,8
2008	103,4	98,6	98,7	107,8	102,9	97,2	122,6
2009	107,1	104,3	102,1	116,3	104,8	102,4	135,3
2010	104,9	101,3	99,5	113,5	102,2	98,7	140,7
2011	100,2	97,4	94,3	112,0	99,1	93,1	141,8
2012	96,8	94,0	91,2	107,8	95,8	89,5	140,0
2013	97,1	95,1	90,5	112,7	96,3	90,3	140,4
2014	97,1	96,7	90,4	115,9	96,9	90,9	143,2
2015	104,7	102,9	95,0	129,5	104,0	96,7	158,3
2016	102,1	105,2	89,5	145,3	103,9	96,4	159,4

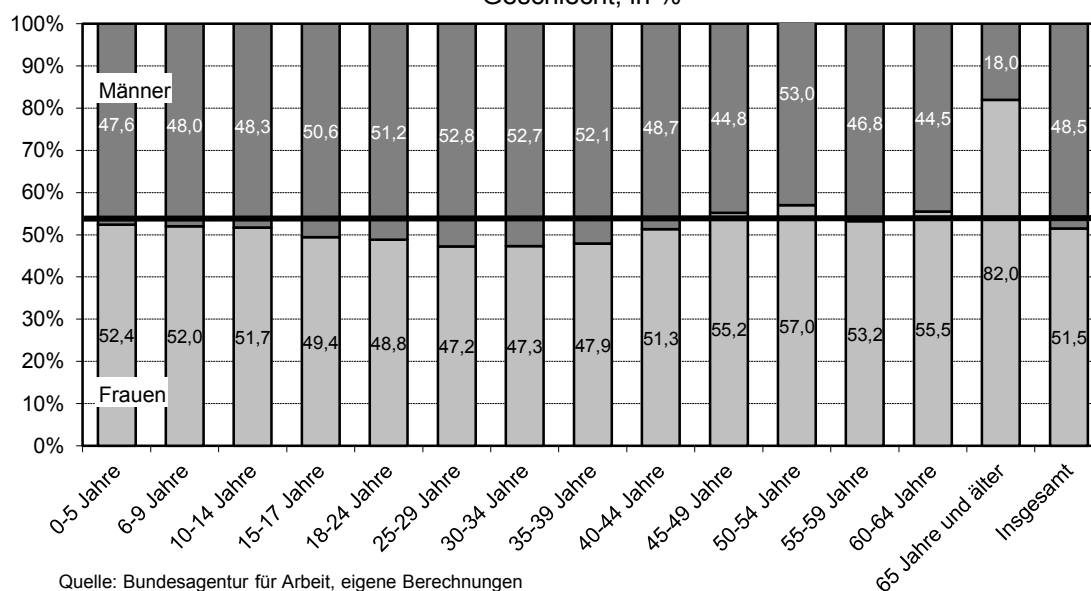
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

G3 Personen in SGB II nach Alter im Jahr 2016

Alter	Anzahl Empfänger_innen	Anteil in %
Insgesamt	16.834	100,0
0 bis unter 6 Jahre	2.103	12,5
6 bis unter 10 Jahre	1.299	7,7
10 bis unter 15 Jahre	1.385	8,2
15 bis unter 18 Jahre	709	4,2
18 bis unter 25 Jahre	1.471	8,7
25 bis unter 30 Jahre	1.435	8,5
30 bis unter 35 Jahre	1.506	8,9
35 bis unter 40 Jahre	1.385	8,2
40 bis unter 45 Jahre	1.228	7,3
45 bis unter 50 Jahre	1.184	7,0
50 bis unter 55 Jahre	1.136	6,7
55 bis unter 60 Jahre	1.028	6,1
60 Jahre und älter	965	5,7

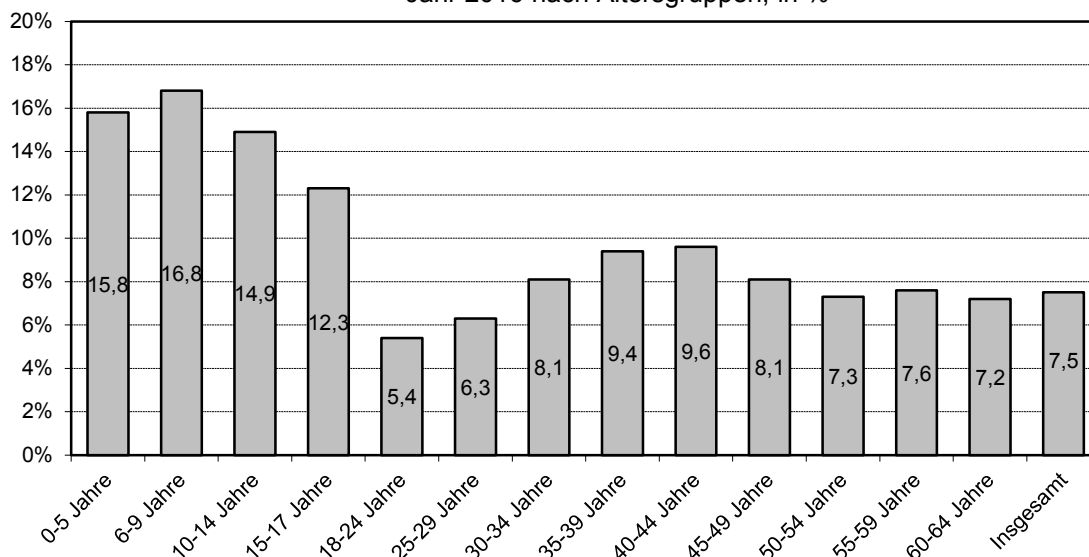
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

G4: Anzahl Personen in SGB II in Freiburg im Jahr 2016 nach Altersgruppe und Geschlecht, in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

G7: SGB II-Quote (Personen in Bedarfsgemeinschaft pro Wohnbevölkerung) im Jahr 2016 nach Altersgruppen, in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung

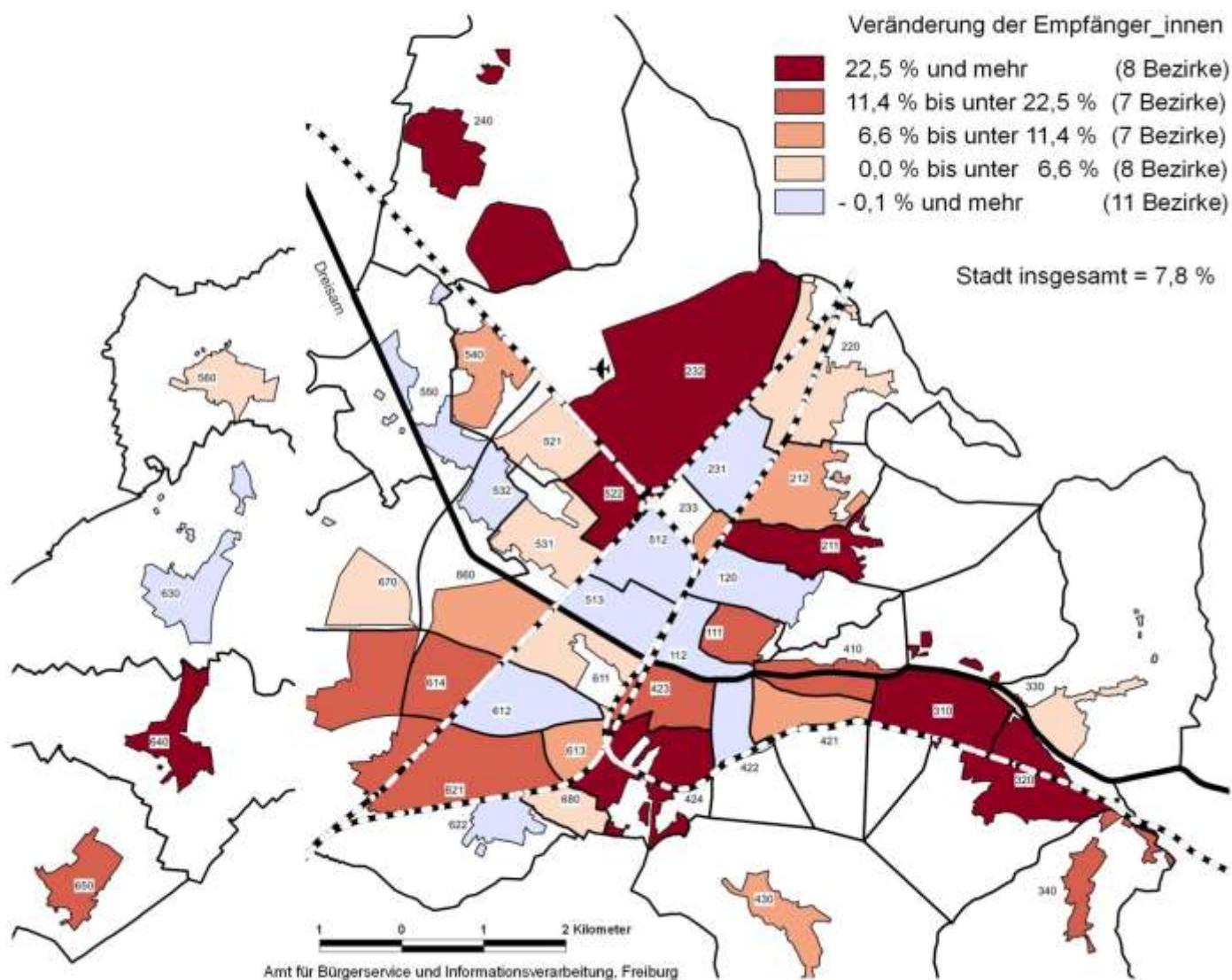
G8 Erwerbsfähige Personen in Bedarfsgemeinschaften – Anzahl und Anteil

Jahr 31.12.	Erwerbsfähige		Nicht Erwerbsfähige		Gesamt	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
2005	11.605	71,5	4.633	28,5	16.238	100,0
2006	11.690	70,8	4.832	29,2	16.522	100,0
2007	11.743	70,6	4.889	29,4	16.632	100,0
2008	11.629	70,9	4.768	29,1	16.397	100,0
2009	12.314	71,0	4.848	28,2	17.162	100,0
2010	11.955	71,4	4.779	28,6	16.734	100,0
2011	11.405	71,1	4.635	28,9	16.040	100,0
2012	11.022	71,1	4.471	28,9	15.493	100,0
2013	11.121	71,2	4.489	28,8	15.610	100,0
2014	11.189	71,1	4.543	28,9	15.732	100,0
2015	11.768	69,8	5.084	30,2	16.852	100,0
2016	11.737	69,7	5.079	30,3	16.834	100,0

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

G12

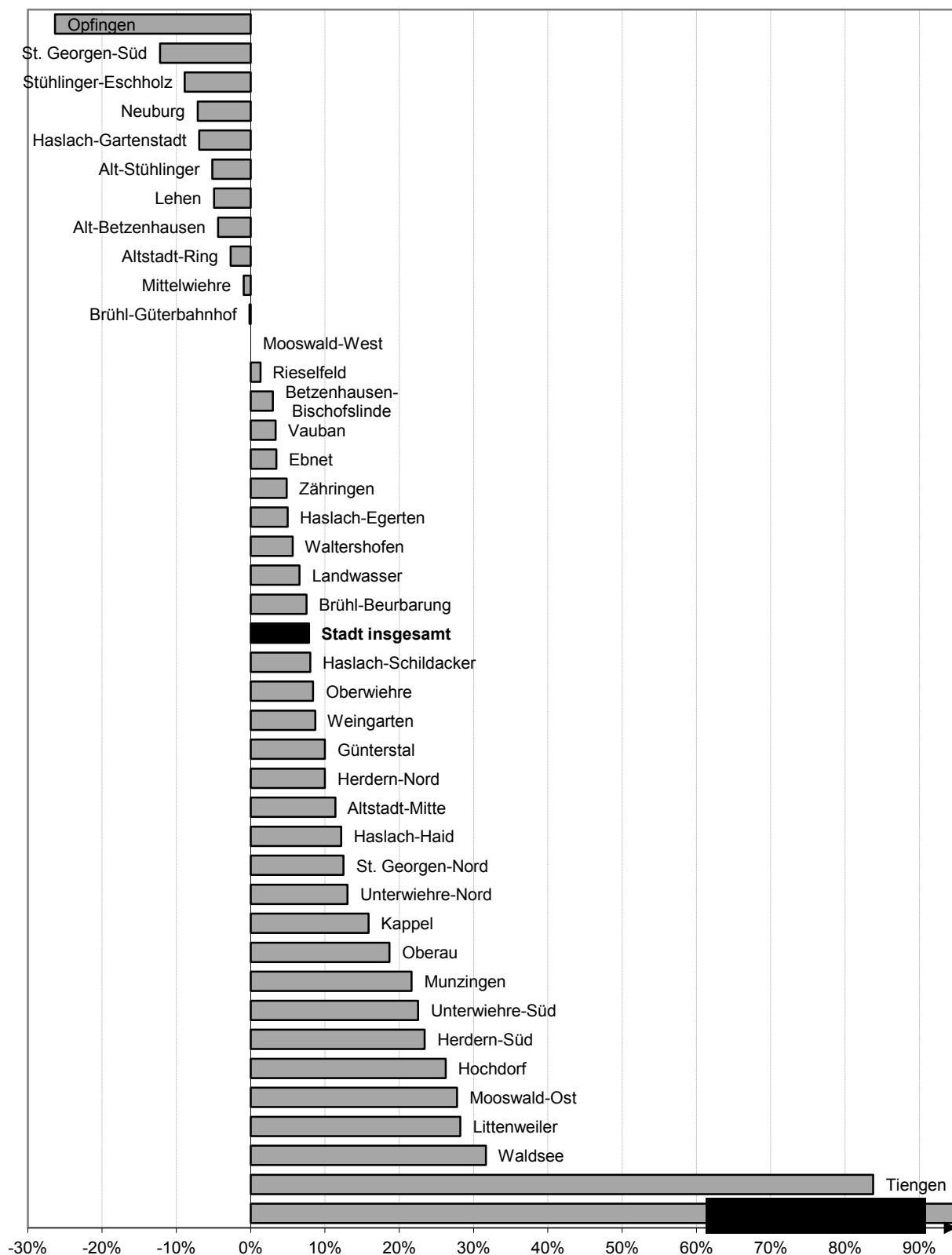
Veränderung der Anzahl SGB II-Empfänger_innen 2016 gegenüber 2013
am 31.12.2016 in den Stadtbezirken von Freiburg



Namen der Stadtbezirke:

111 Altstadt-Mitte	421 Oberwiehre	560 Waltershofen
112 Altstadt-Ring	422 Mittelwiehre	611 Haslach-Egerten
120 Neuburg	423 Unterwiehre-Nord	612 Haslach-Gartenstadt
211 Herdern-Süd	424 Unterwiehre-Süd	613 Haslach-Schildacker
212 Herdern-Nord	430 Günterstal	614 Haslach-Haid
220 Zähringen	511 Stühlinger-Beurbarung	621 St. Georgen-Nord
231 Brühl-Güterbahnhof	512 Stühlinger-Eschholz	622 St. Georgen-Süd
232 Brühl-Industriegebiet	513 Alt-Stühlinger	630 Opfingen
240 Hochdorf	521 Mooswald-West	640 Tiengen
310 Waldsee	522 Mooswald-Ost	650 Munzingen
320 Littenweiler	531 Betzenhausen-Bischofslinde	660 Weingarten
330 Ebnet	532 Alt-Betzenhausen	670 Rieselfeld
340 Kappel	540 Landwasser	680 Vauban
410 Oberau	550 Lehen	

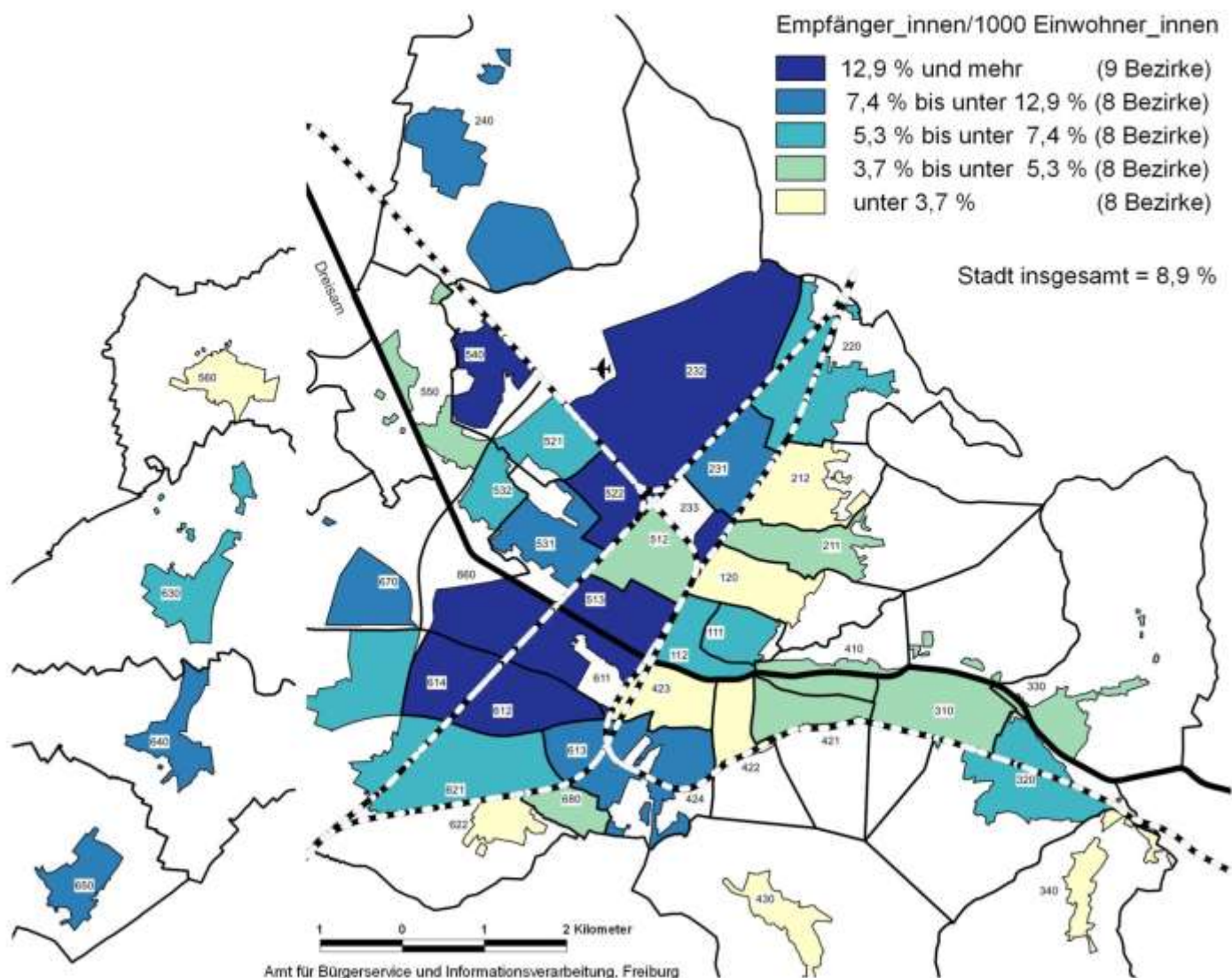
G12.1 Veränderung der Anzahl SGB II-Empfänger/innen 2016 gegenüber 2013 in den Stadtbezirken von Freiburg, in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnung

G13

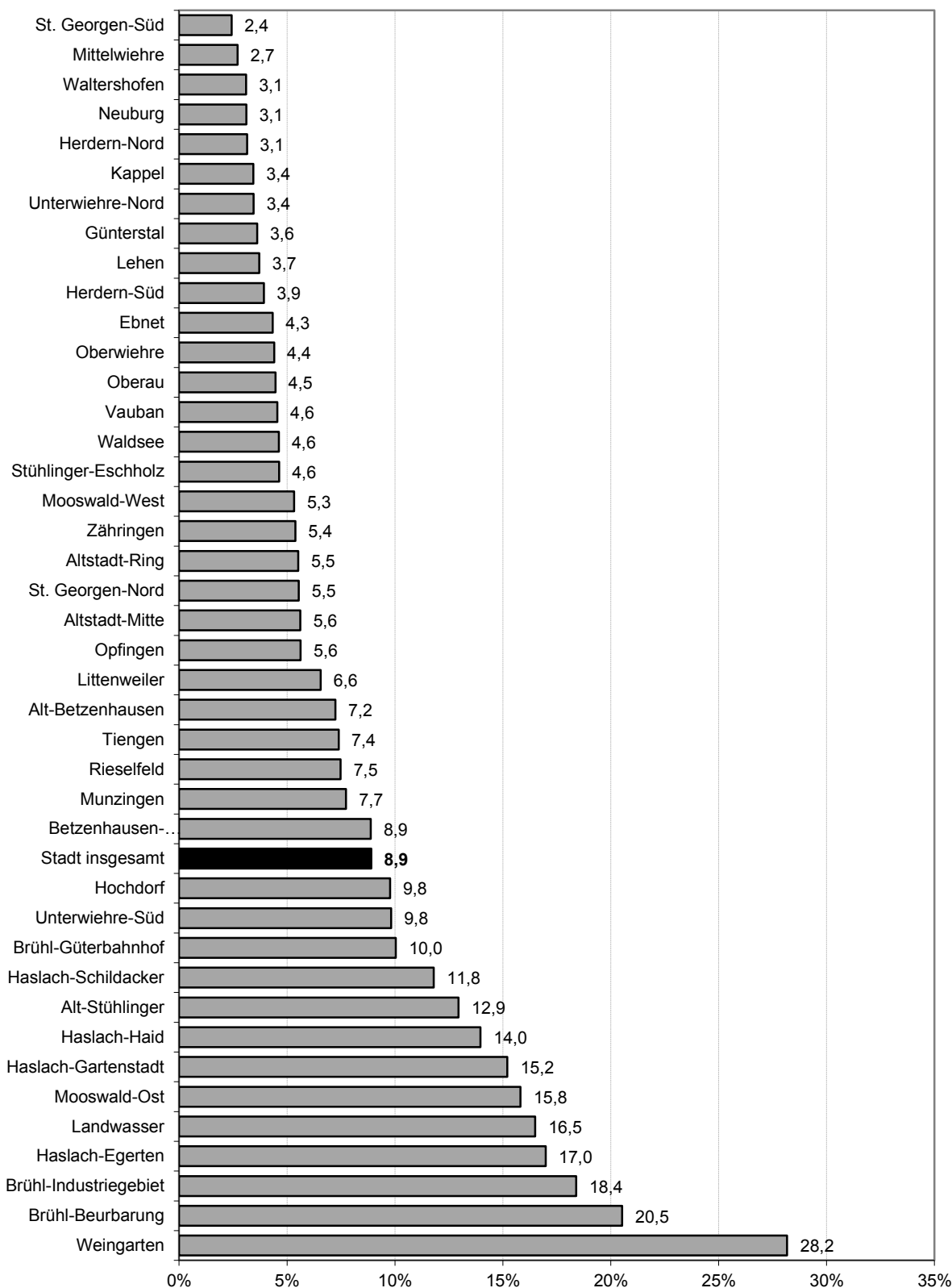
Anteil der Personen in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II an der Wohnbevölkerung unter 65 Jahren am 31.12.2016 in den Stadtbezirken von Freiburg



Namen der Stadtbezirke:

111 Altstadt-Mitte	421 Oberwiehre	560 Waltershofen
112 Altstadt-Ring	422 Mittelwiehre	611 Haslach-Egerten
120 Neuburg	423 Unterwiehre-Nord	612 Haslach-Gartenstadt
211 Herdern-Süd	424 Unterwiehre-Süd	613 Haslach-Schildacker
212 Herdern-Nord	430 Günterstal	614 Haslach-Haid
220 Zähringen	511 Stühlinger-Beurbarung	621 St. Georgen-Nord
231 Brühl-Güterbahnhof	512 Stühlinger-Eschholz	622 St. Georgen-Süd
232 Brühl-Industriegebiet	513 Alt-Stühlinger	630 Opfingen
240 Hochdorf	521 Mooswald-West	640 Tiengen
310 Waldsee	522 Mooswald-Ost	650 Munzingen
320 Littenweiler	531 Betzenhausen-Bischofslinde	660 Weingarten
330 Ebnet	532 Alt-Betzenhausen	670 Rieselfeld
340 Kappel	540 Landwasser	680 Vauban
410 Oberau	550 Lehen	

G13.1 Anteil der Personen in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II an der Wohnbevölkerung unter 65 Jahren am 31.12.2016 in den Stadtbezirken von Freiburg, in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

2. Bedarfsgemeinschaften

2.1 Kennzahlen

Stadt:

GB1 Zahl

GB2 Haushaltsform: Zahl

GB3 Haushaltsform: Anteile

GB4 Haushaltsform: Quote insgesamt

GB5 Haushaltsform: Quote nach Haushalt

Stadtbezirke:

GB6 Veränderung Zahl der Bedarfsgemeinschaften 2013 – 2016

GB7 Anteil der Bedarfsgemeinschaften an allen Haushalten 2016

Erläuterungen

Bedarfsgemeinschaften

Alle nach Sozialgesetzbuch in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen, die Leistungen erhalten, bilden eine Bedarfsgemeinschaft. Bedarfsgemeinschaften lassen sich nach der Anzahl der in der Gemeinschaft lebenden Personen (Kapitel III.1) und nach Haushaltstyp (Kapitel III.2) unterscheiden.

Quote

Anteil der Bedarfsgemeinschaften (=Haushaltstyp) je 100 (%) oder 1000 (‰) Haushalte in Freiburg.

2.2 Fakten / Trends

Im Jahr 2016 gab es 8.807 Bedarfsgemeinschaften, die Leistungen nach dem SGB II erhielten. Bezogen auf alle Haushalte Freiburgs entspricht dies einer Quote von 7,1 %.

Im Rückblick auf die Entwicklungen in den letzten Jahren ragt das Jahr 2012 heraus, in dem die absolute Zahl der Bedarfsgemeinschaften einen Tiefpunkt erreichte. 2016 sind es wieder rd. 350 Bedarfsgemeinschaften mehr, die Unterstützung benötigen. Gestiegen sind die Zahlen vor allem wieder in den Jahren 2013 bis 2015.

Demgegenüber ist festzustellen, dass – gemessen an der Quote und auf die Bevölkerung insgesamt bezogen - tendenziell weniger Bedarfsgemeinschaften eine Grundsicherung benötigen. Keine Veränderung gibt es bei jeweils gleichen Quoten von 7,1% im Vergleich der Jahre 2013 und 2016. Rückläufig ist die Quote (-1%-Punkt), wenn man das Jahr 2005 als Referenzjahr nimmt. Relativ gesehen sind es damit aktuell in 2016 nicht mehr ganz so viele Haushalte, die Grundsicherung benötigen, wie noch vor 10 Jahren.

Mit dem Blick auf einzelne Haushaltsformen und die Quote ist festzustellen:

- Am stärksten auf Grundsicherung angewiesen sind die Alleinerziehenden. Mehr als jeder 4. Haushalt (28,7%) lebt von Transferleistungen.
- Haushalte mit Kindern sind im Vergleich zu 2013 wieder etwas stärker auf Grundsicherung angewiesen (+0,5%-Punkte).
- Bei den Alleinerziehenden ist die Quote im Vergleich zu 2013 rückläufig.

Mehr als die Hälfte aller Bedarfsgemeinschaften sind Einpersonenhaushalte (58,3%). In einem Drittel aller Bedarfsgemeinschaften leben Kinder (33,2%), davon sind über die Hälfte Alleinerziehendenhaushalte (52,4%). Jeder 6. Haushalt (17,4%) mit Grundsicherung ist ein Haushalt mit einer alleinerziehenden Person.

In absoluten Zahlen sind es die Stadtbezirke Brühl-Industriegebiet und Tiengen, die mit 96,1% bzw. 88,3% vergleichsweise große Zuwächse ausweisen. Rückläufige Zahlen gibt es in Opfingen und im Bezirk Altstadt-Ring, die einen Rückgang von 26,6 % bzw. 22,4 % verzeichnen.

Bezogen auf die Quote weist der Stadtbezirke St. Georgen-Süd den niedrigsten Wert aus. Hier sind 2,0 % der Haushalte auf Grundsicherung angewiesen. Den höchsten Wert gibt es in Weingarten, wo 21,1 % der Haushalte von diesen Leistungen leben.

2.3 Zahlenspiegel

Stadt insgesamt

Kenn- zahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Stand 31.12.2016	Veränderung		Tabelle / Diagramm
			2013-2016	2005-2016	
GB1	Bedarfsgemeinschaften , Anzahl	8.807	+3,6%	-3,0%	S. 62
GB2	Bedarfsgemeinschaften nach Haushaltsform, Anzahl				S.62/63
	- mit einer Person	5.137	+6,7%	-1,6%	
	- mit Kindern	2.926	+3,4%	-2,5%	
	- Alleinerziehende	1.532	-2,0%	-7,4%	
	- sonstige Haushalte	744	-13,2%	-13,0%	
GB3	Bedarfsgemeinschaften nach Haushaltsform, Anteile				
	- mit einer Person	58,3%			
	- mit Kindern davon: Alleinerziehende	33,2% 52,4%			
	- sonstige Haushalte	8,5%			
	- Alleinerziehende	17,4%			
GB4	Bedarfsgemeinschaften , Quote	7,1%	±0,0%-P.	-1,0%-P. ¹	S. 63
GB5	Bedarfsgemeinschaften nach Haushaltsform, Quote				
	- mit einer Person	7,7%	+0,3%-P.	-1,1%-P.	
	- Paarbeziehung ohne Kind	2,5%	-0,4%-P.	-2,1%-P.	
	- mit Kindern	8,8%	+0,5%-P.	-0,7%-P.	
	- Alleinerziehende	28,7%	-0,9%-P.	+0,4%-P.	
	- sonstige Haushalte	1,1%	-0,5%-P.	+1,1%-P.	

Stadtbezirke

GB6	Bedarfsgemeinschaften: Entwicklung 2013 – 2016			
	- Zunahme: höchster Wert	Brühl-Industriegebiet	+ 96,1%	S.64/65
	- Abnahme: höchster Wert	Opfingen	- 26,6 %	
GB7	Bedarfsgemeinschaften: Anteil an Wohnbevölkerung 2016			
	- höchster Wert	Weingarten	21,1%	S.66/67
	- niedrigster Wert	St. Georgen-Süd	2,0%	

1) %-P.= Prozentpunkte

2.4 Tabellen & Diagramme

GB1 Anzahl Bedarfsgemeinschaften insgesamt

Jahr 31.12.	Anzahl	Veränderung in % (2005=100%)
2005	9.075	100,0
2006	8.787	96,8
2007	8.692	95,8
2008	8.719	96,1
2009	9.249	101,9
2010	9.086	100,1
2011	8.663	95,5
2012	8.452	93,1
2013	8.500	93,7
2014	8.592	94,7
2015	8.832	97,3
2016	8.807	97,0

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

GB2 Anzahl Bedarfsgemeinschaften nach Haushaltsform

Jahr 31.12.	Mit einer Person	Mit Kindern	Alleinerziehende	sonstige Haushalte
2005	5.220	3.000	1.654	855
2006	4.669	3.151	1.708	967
2007	4.567	3.175	1.723	950
2008	4.683	3.104	1.706	932
2009	5.092	3.121	1.694	1.036
2010	5.095	3.040	1.668	951
2011	4.878	2.901	1.590	884
2012	4.821	2.819	1.598	812
2013	4.814	2.829	1.563	857
2014	4.940	2.867	1.593	785
2015	5.041	2.996	1.638	795
2016	5.137	2.926	1.532	744

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

GB2.1 Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften nach Haushaltsform, in % (2005=100%)

Jahr 31.12.	Mit einer Person	Mit Kindern	Alleinerziehende	Sonstige Haushalte
2005	100,0	100,0	100,0	100,0
2006	89,4	105,0	103,3	113,1
2007	87,5	105,8	104,2	111,1
2008	89,7	103,5	103,1	109,0
2009	97,5	104,0	102,4	121,2
2010	97,6	101,3	100,8	111,2
2011	93,4	96,7	96,1	103,4
2012	92,4	94,0	96,6	95,0
2013	92,2	94,3	94,5	100,2
2014	94,6	95,6	96,3	91,8
2015	96,6	99,9	99,0	93,0
2016	98,4	97,5	92,6	87,0

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

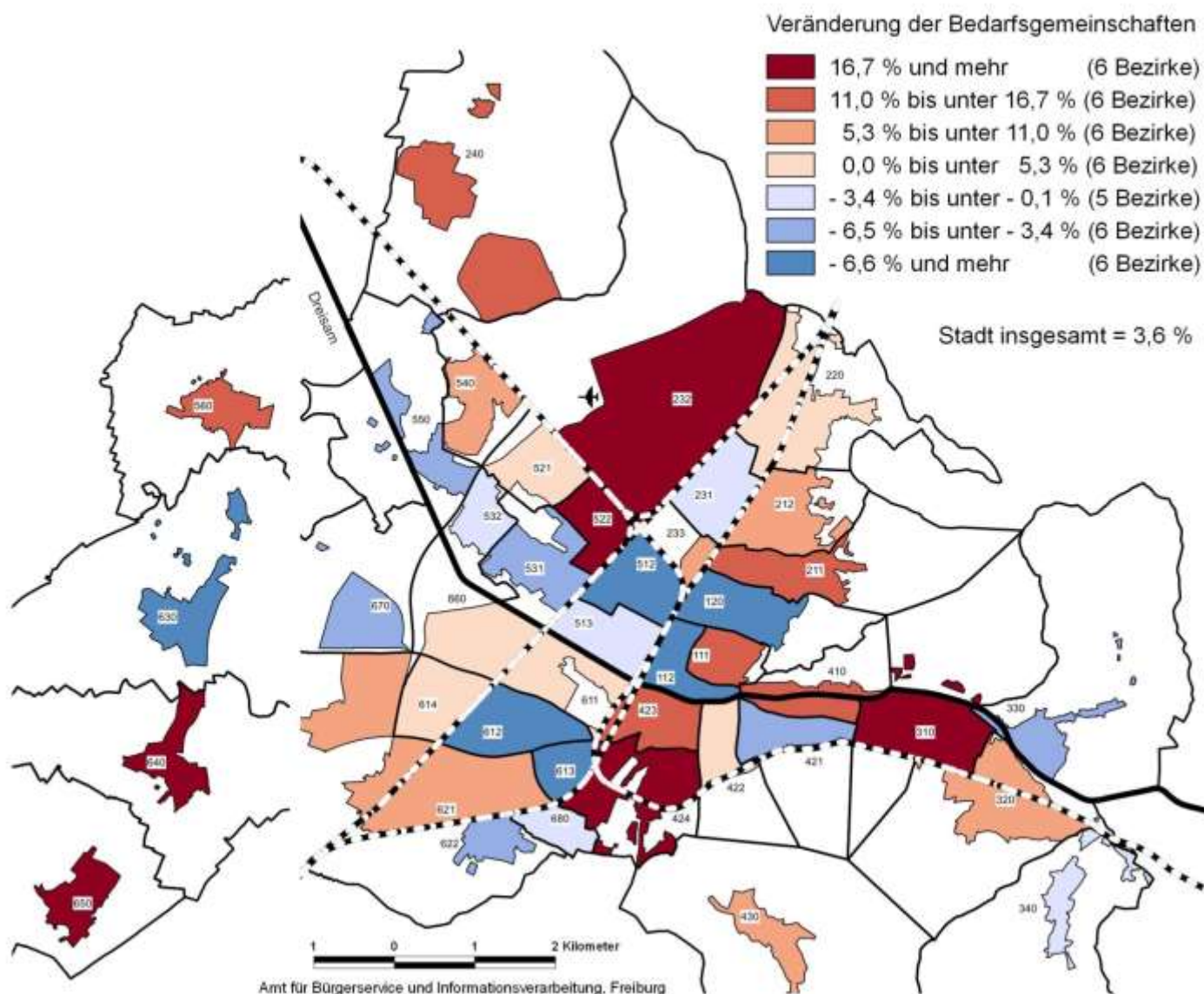
GB4 Entwicklung der Quote von Bedarfsgemeinschaften (Bedarfsgemeinschaften pro Haushalte)

Jahr 31.12.	Anzahl Haushalte insg.	Anzahl Bedarfsgemeinschaften	Quote (in %)
2005	112.433	9.075	8,1
2006	113.406	8.787	7,7
2007	113.655	8.692	7,6
2008	113.641	8.719	7,7
2009	114.574	9.249	8,1
2010	115.600	9.086	7,9
2011	115.954	8.663	7,5
2012	118.760	8.452	7,1
2013	120.291	8.500	7,1
2014	121.302	8.592	7,1
2015	123.379	8.832	7,2
2016	124.457	8.807	7,1

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

GB6

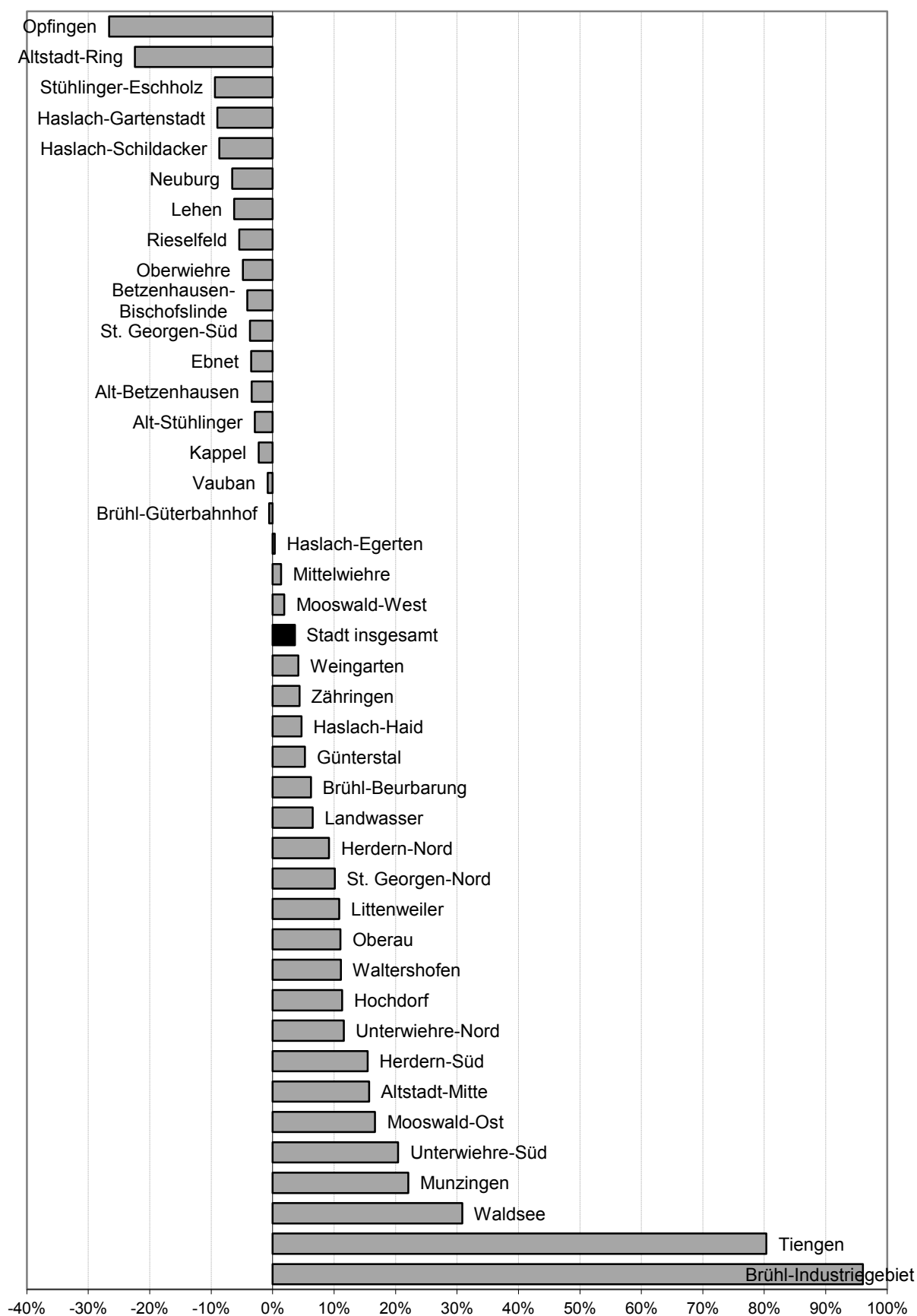
Veränderung der Anzahl SGB II-Bedarfsgemeinschaften 2016 gegenüber 2013 am 31.12.2016 in den Stadtbezirken von Freiburg



Namen der Stadtbezirke:

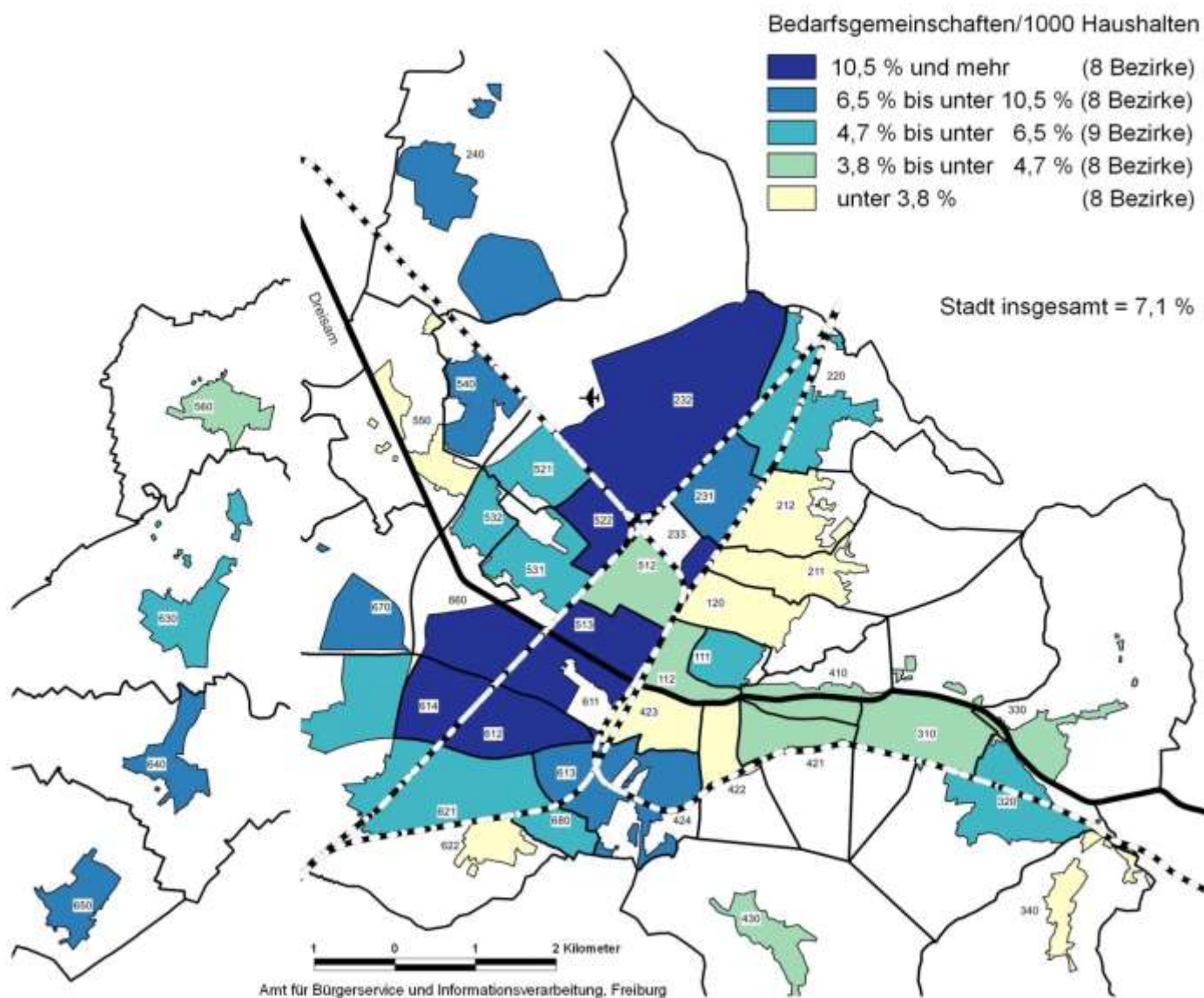
111 Altstadt-Mitte	421 Oberwiehre	560 Waltershofen
112 Altstadt-Ring	422 Mittelwiehre	611 Haslach-Egerten
120 Neuburg	423 Unterwiehre-Nord	612 Haslach-Gartenstadt
211 Herdern-Süd	424 Unterwiehre-Süd	613 Haslach-Schildacker
212 Herdern-Nord	430 Günterstal	614 Haslach-Haid
220 Zähringen	511 Stühlinger-Beurbarung	621 St. Georgen-Nord
231 Brühl-Güterbahnhof	512 Stühlinger-Eschholz	622 St. Georgen-Süd
232 Brühl-Industriegebiet	513 Alt-Stühlinger	630 Opfingen
240 Hochdorf	521 Mooswald-West	640 Tiengen
310 Waldsee	522 Mooswald-Ost	650 Munzingen
320 Littenweiler	531 Betzenhausen-Bischofslinde	660 Weingarten
330 Ebnet	532 Alt-Betzenhausen	670 Rieselfeld
340 Kappel	540 Landwasser	680 Vauban
410 Oberau	550 Lehen	

GB5.2: Veränderung der Anzahl SGB II-Bedarfsgemeinschaften 2016 gegenüber 2013 in den Stadtbezirken von Freiburg, in %



GB7

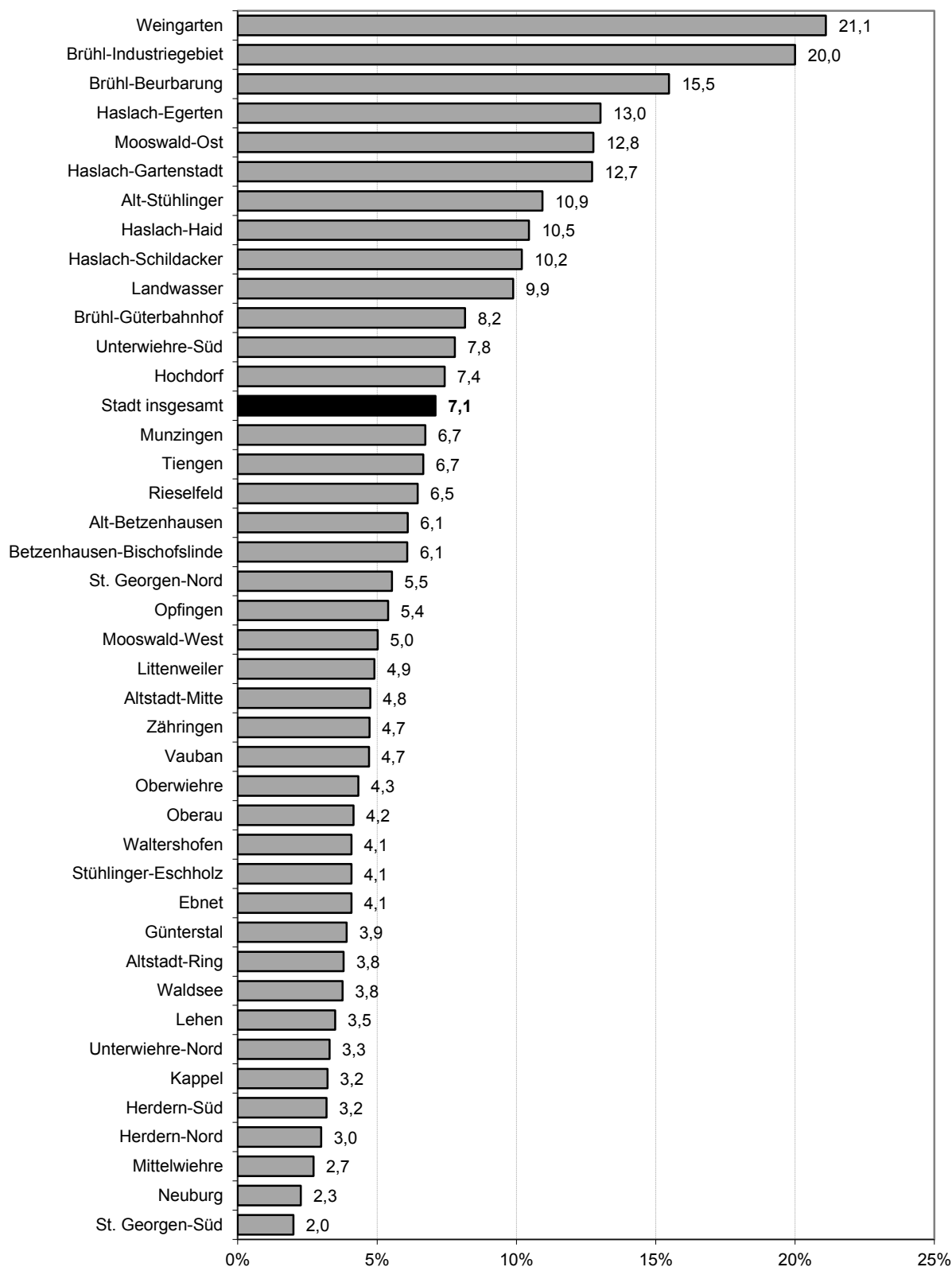
Anteil der Bedarfsgemeinschaften nach SGB II an den Haushalten
am 31.12.2016 in den Stadtbezirken von Freiburg



Namen der Stadtbezirke:

111 Altstadt-Mitte	421 Oberwiehre	560 Waltershofen
112 Altstadt-Ring	422 Mittelwiehre	611 Haslach-Egerten
120 Neuburg	423 Unterwiehre-Nord	612 Haslach-Gartenstadt
211 Herdern-Süd	424 Unterwiehre-Süd	613 Haslach-Schildacker
212 Herdern-Nord	430 Günterstal	614 Haslach-Haid
220 Zähringen	511 Stühlinger-Beurbarung	621 St. Georgen-Nord
231 Brühl-Güterbahnhof	512 Stühlinger-Eschholz	622 St. Georgen-Süd
232 Brühl-Industriegebiet	513 Alt-Stühlinger	630 Opfingen
240 Hochdorf	521 Mooswald-West	640 Tiengen
310 Waldsee	522 Mooswald-Ost	650 Munzingen
320 Littenweiler	531 Betzenhausen-Bischofslinde	660 Weingarten
330 Ebnet	532 Alt-Betzenhausen	670 Rieselfeld
340 Kappel	540 Landwasser	680 Vauban
410 Oberau	550 Lehen	

GB7.1 Anteil der Bedarfsgemeinschaften nach SGB II an den Haushalten am 31.12.2016 in den Stadtbezirken von Freiburg, in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung Freiburg

IV.

Soziale Sicherung und Armutsgefährdung

1. Kennzahlen	70
2. Fakten / Trends	73
3. Zahlenspiegel	75
4. Tabellen	79

1. Kennzahlen

Stadt:

- S1 SGB XII: Leistungsberechtigte (LB) nach Leistungsart
- S2 SGB XII: LB nach Leistungsart, Quote
- S3 SGB XII: LB Ausländer_innen nach Leistungsart, Anteil
- S4 SGB XII: LB Frauen nach Leistungsart, Anteil
- S5 SGB XII: LB Hilfe zur vollstationären Pflege, Anzahl
- S6 Armutsgefährdungsschwelle Einpersonenhaushalt
- S7 Armutsgefährdungsschwelle_Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern
- S8 Armutsgefährdungsquote (gemessen am Bundesmedian)
- S9 Armutsgefährdungsquote (gemessen am Landesmedian)
- S10 Armutsgefährdungsquote (gemessen am Landesmedian) nach Geschlecht
- S11 Armutsgefährdungsquote (gemessen am Landesmedian) nach Staatsangehörigkeit
- S12 Armutsgefährdungsquote (gemessen am Landesmedian) nach Haushaltstyp

Stadtbezirke:

- S13 SGB XII, Zahl der Leistungsbeziehenden
- S14 Armutsgefährdungsquote (gemessen am städtischen Median) nach Stadtteilen

Freiburg im Vergleich:

- S15 Armutsgefährdungsquote nach ausgewählten Großstädten
- S16 Armutsgefährdungsschwelle nach Bundesländern (Einpersonenhaushalte)
- S17 Armutsgefährdungsschwelle nach Bundesländern (2 Erwachsene/2Kinder)
- S18 Armutsgefährdungsquote nach Bundesländern

Erläuterungen

SGB XII

Das zwölfte Buch Sozialgesetz (SGB XII) umfasst die zur Existenzsicherung notwendigen Leistungen der Sozialhilfe, die verschiedene Hilfearten beinhalten. Folgende Hilfearten sind auszugsweise dargestellt:

- Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) (§§ 27-40 SGB XII)
- Grundsicherung im Alter (GruSi) (§§ 41-46 SGB XII)
- Eingliederungshilfe (EGH) (§§ 53-60 SGB XII)
- Hilfe zur Pflege (HzP) (§§ 61-66 SGB XII)

Armutsgefährdungsquote

Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) beträgt.

Armutsgefährdungsschwelle

Entspricht 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) im jeweiligen Bundesland, in der jeweiligen Region oder im Bund. Personen, deren Äquivalenzeinkommen unter diesem Schwellenwert liegt, werden als (relativ) einkommensarm eingestuft.

Äquivalenzeinkommen

Das Äquivalenzeinkommen ist das Einkommen, das jedem Mitglied eines Haushalts, wenn es erwachsen wäre und alleine leben würde, den gleichen (äquivalenten) Lebensstandard ermöglichen würde, wie es ihn innerhalb der Haushaltsgemeinschaft hat. Dazu wird das Einkommen des gesamten Haushalts addiert und anschließend aufgrund einer Äquivalenzskala (hier: neue OECD-Skala) gewichtet. Die Gewichtung richtet sich nach Anzahl und Alter der Personen der Haushaltsgemeinschaft.

In Deutschland werden dazu die Daten aus dem Mikrozensus ausgewertet. Die Ergebnisse aus dem Mikrozensus können jedoch aufgrund der Fallzahlen nur für Städte über 500.000 Einwohner_innen verwendet werden.

Für Freiburg stehen hierzu die Daten aus der Bürgerumfrage 2016 zur Verfügung. In dieser repräsentativen Befragung von ca. 1,5 % der Freiburger Bevölkerung ist sowohl nach dem Haushaltsnettoeinkommen als auch nach der Zahl der Personen im Haushalt gefragt worden. Somit ist die Bürgerumfrage als Datenquelle gleichwertig mit dem Mikrozensus.

Median

Der Median ist derjenige Wert in einer Auflistung von Zahlenwerten nach Größe, welcher an der Mitte der Auflistung, der mittleren Stelle steht.

Bundes-, Landes- und regionaler Median

Die Armutsgefährdungsschwelle ist abhängig vom Raumbezug. Deshalb gibt es unterschiedliche Armutsgefährdungsschwellen, jeweils gemessen am Bundesmedian, am Landesmedian oder am Median der Stadt Freiburg. Somit gilt eine Armutsgefährdung in Abhängigkeit davon, auf welchen Raum sie bezogen wird.

Ergänzende Erläuterungen zu den Kennzahlen

S1 SGB XI: Leistungsberechtigte (LB) nach Leistungsart

Stichtagsabzug jeweils zum 31.12. eines Jahres. Da einige LB unterschiedliche Leistungsarten gleichzeitig erhalten, wird die Anzahl der Leistungsberechtigten für jede Leistungsart unabhängig gezählt.

S2 SGB XII: LB nach Leistungsart im Verhältnis zur Einwohnerzahl, Quote

Die hier verwendete Einwohnerzahl ist die Einwohnerzahl aus dem Einwohnermelderegister.

S3 SGB XII/: LB: nach Leistungsart, Anteil Ausländer_innen und

S4 SGB XII/: LB nach Leistungsart, Anteil Frauen

Monatsauswertung, jeweils im Dezember eines Jahres. Die Fälle der Blindenhilfe sowie die Bestattungskosten sind in der Abfrage nicht enthalten.

S5 SGB XII/: LB nach Leistungsart, Anzahl Hilfe zur vollstationären Pflege

Monatsauswertung, jeweils im Dezember eines Jahres.

Methodischer Kommentar zur Armutsgefährdungsquote

Diese Kennziffer / dieser Indikator ist in zweierlei Hinsicht ein relatives Maß. Zum einen ist eine Interpretation davon abhängig, welcher Median herangezogen wird. Die Armutsgefährdungsquote von Freiburg gemessen am Bundesmedian hat einen anderen Wert als die Armutsgefährdungsquote gemessen am Landesmedian (Baden-Württemberg). Bei der Argumentation ist darauf unbedingt zu achten. Zum anderen beschreibt die Armutsgefährdungsquote letztlich nur das Verhältnis von Personen mit hohem Einkommen zu Personen mit niedrigem Einkommen. Dies heißt: je mehr Personen mit hohem Einkommen in einer Stadt leben, desto mehr steigt die Armutsgefährdungsschwelle und desto mehr Personen können auch unter diese Schwelle fallen. Beispielhaft gesagt: wenn zehn Personen mit hohem Einkommen nach Freiburg ziehen, werden dadurch zehn Personen (mit niedrigem Einkommen) plötzlich unter die Armutsgefährdungsschwelle fallen, auch wenn ihre Lebenssituation sich faktisch nicht verändert hat.

Ein dritter inhaltlicher Hinweis gilt der Aussagekraft der Kennziffer. Diese ist insofern eingeschränkt als die Armutsgefährdungsquote nur das Einkommen misst und nicht auch Vermögen, Wohneigentum etc. Dadurch fallen sowohl Rentner_innen als auch junge Erwachsene und Studierende häufig unter die Armutsgefährdungsschwelle.

2. Fakten / Trends

Im Vergleich zum Jahr 2014 weisen im Jahr 2016 im Bereich des SGB XII zwei Leistungsarten steigende Fallzahlen aus: Einen deutlichen Zuwachs gibt es bei der „Hilfe zum Lebensunterhalt“ (+124,2 %) und einen leichten Zuwachs bei der „Eingliederungshilfe“ (+6,6 %). Die Zahl der Leistungsempfänger_innen von „Grundsicherung“ ist mit 3.182 Personen nahezu gleich geblieben. Bei der „Hilfe zur Pflege“ gab es einen leichten Rückgang um -3,5%.

Auf die Bevölkerung insgesamt bezogen ergibt sich eine Spannbreite von Quoten, die bei allen Hilfearten im Promillebereich liegen. Von 1.000 Personen sind es demnach mindestens 3 („Hilfe zum Lebensunterhalt“) und maximal 14 Personen („Grundsicherung“), die im Vergleich aller Hilfearten soziale Leistungen benötigen.

Bei einem Ausländer_innenanteil von 16,7% an der Wohnbevölkerung Freiburgs gibt es in Relation zu den Leistungsbeziehenden aus dieser Gruppe zwei Hilfearten, die große Abweichungen aufweisen: Stark überrepräsentiert sind die Ausländer_innen im Bereich der „Grundsicherung“ mit einem Anteil von 23,6%. Dagegen ist diese Gruppe mit einem Anteil von 7,6% bei der „Eingliederungshilfe“ im Vergleich zum Bevölkerungsanteil nur gering vertreten.

Geschlechterbezogene Unterschiede sind bei der „Eingliederungshilfe“ und der „Hilfe zur Pflege“ festzustellen:

- Mehrheitlich sind es die Männer, die „Eingliederungshilfe“ beziehen (55,6%).
- Bei der „Hilfe zur Pflege“ überwiegt hingegen der Frauenanteil (62,4%).

Die Zahl derjenigen, die Hilfe zur vollstationären Pflege erhalten, ist im Berichtszeitraum von 587 leicht auf 567 Personen gesunken (-3,4%). In 2016 waren davon 504 Personen 65 Jahre und älter, was einem Anteil von 89% entspricht.

Absolut gesehen weist Weingarten mit 799 Personen im Vergleich aller 41 Stadtbezirke die höchste Zahl an Personen aus, die von sozialen Sicherungsleistungen leben. Am anderen Ende der Skala liegt Waltershofen mit insgesamt 21 Personen im Leistungsbezug.

Die Grenzen für die Armutsgefährdungsschwelle 2015 in Freiburg liegen:

- bei 975 Euro für einen Einpersonenhaushalt.
- bei 2.048 Euro für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern.

Die Armutsgefährdungsquote für Freiburg (nach Landesmedian gerechnet) zeigt:

- Jede 6. Person in Freiburg ist von Armut gefährdet (16,8%).
- Die Quote für Männer (17,3 %) und Frauen (16,8 %) ist annähernd gleich.
- Während 15,9 % aller Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit armutsbedroht sind, liegt die Quote bei den Ausländer_innen bei 28,3 %.

- Vergleichsweise hoch ist die Quote, wenn Kinder im Haushalt leben. Sie beträgt bei Haushalten mit zwei Erwachsenen und mindestens drei Kindern 28,0 % und bei den Alleinerziehendenhaushalten 22,2 %.
- Ebenfalls überdurchschnittlich stark gefährdet sind Einpersonenhaushalte, die eine Quote von 23,7% ausweisen.

Gemessen am städtischen Median gibt es die höchste Armutsgefährdungsquote in den Stadtteilen Weingarten (24,7 %) und Brühl (24,4 %), die geringste in Lehen, Vauban (jeweils 6,5 %) und Munzingen (6,6 %).

Legt man den Bundesmedian für die Berechnung der Armutsgefährdungsquote zugrunde, ermöglicht dies ergänzend auch einen Vergleich der Situation von Freiburg mit anderen Städten in der Republik. Wie aus Tabelle S9/12 ersichtlich, haben von den 16 Städten nur die von München, Stuttgart und Hamburg noch eine geringere Quote als Freiburg. Alle anderen 12 Städte weisen eine Quote auf, die zum Teil deutlich über derjenigen von Freiburg liegt.

3. Zahlenspiegel

Stadt insgesamt

Kenn- zahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Stand 31.12.2016	Entwicklung	Tabelle / Diagramm
			2014-2016	
S1	Leistungsberechtigte nach Hilfeart, Anzahl			S. 79
	- Hilfe zum Lebensunterhalt	592	+124,2%	
	- Grundsicherung	3.182	-0,6%	
	- Eingliederungshilfe	2.500	+6,6%	
	- Hilfe zur Pflege (ambulant u.stationär)	1.029	-3,5%	
S2	Leistungsberechtigte nach Hilfeart, Quote			S. 79
	- Hilfe zum Lebensunterhalt	2,6‰		
	- Grundsicherung	14,2‰		
	- Eingliederungshilfe	11,2‰		
	- Hilfe zur Pflege (ambulant u.stationär)	4,6‰		
S3	Leistungsberechtigte Ausländer_innen, Anteil			S. 79
	- Hilfe zum Lebensunterhalt	17,9%	-2,2%-P. ¹	
	- Grundsicherung	23,6%	+0,7%-P.	
	- Eingliederungshilfe	7,6%	+0,1%-P.	
	- Hilfe zur Pflege (ambulant u.stationär)	14,6%	+2,1%-P.	
S4	Leistungsberechtigte Frauen, Anteil			S.79
	- Hilfe zum Lebensunterhalt	50,2%	+1,0%-P.	
	- Grundsicherung	50,1%	-2,1%-P.	
	- Eingliederungshilfe	44,4%	-1,2%-P.	
	- Hilfe zur Pflege (ambulant u.stationär)	62,4%	-0,4%-P.	
S5	Leistungsberechtigte , Hilfe zur Pflege (vollstationär), Anzahl			S. 79
	- insgesamt	567	-3,4%	
	- 65 Jahr und älter	504	-2,5%	
	- unter 65 Jahren	63	-10,0%	

Kennzahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Stand 2016	Tabelle / Diagramm
S6	Armutsgefährdungsschwelle Einpersonenhaushalte in Euro		S. 80
	- Bundesrepublik	969	
	- Baden-Württemberg	1.055	
	- Stadt Freiburg	975	
S7	Armutsgefährdungsschwelle Haushalte mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern in Euro		
	- Bundesrepublik	2.035	
	- Baden-Württemberg	2.215	
	- Stadt Freiburg	2.048	
S8	Armutsgefährdungsquote (Bundesmedian)		S. 80
	- Bundesrepublik Deutschland	15,7%	
	- Baden-Württemberg	11,9%	
	- Stadt Freiburg	16,2%	
S9	Armutsgefährdungsquote (Landesmedian)		S. 80
	- Baden-Württemberg	15,4%	
	- Stadt Freiburg	16,8%	
S10	Armutsgefährdungsquote (Landesmedian) nach Geschlecht		S. 80
	- Baden-Württemberg		
	* Männer	14,5%	
	* Frauen	16,4%	
	- Stadt Freiburg		
	* Männer	17,3%	
	* Frauen	16,8%	

Kenn-Zahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Stand 2016	Tabelle / Diagramm
S11	Armutsgefährdungsquote (Landesmedian) nach Staatsangehörigkeit		
	- Baden-Württemberg * mit deutscher Staatsangehörigkeit * ohne deutsche Staatsangehörigkeit	12,8% 31,4%	S. 80
	- Stadt Freiburg * mit deutscher Staatsangehörigkeit * ohne deutsche Staatsangehörigkeit	15,9% 28,3%	
S12	Armutsgefährdungsquote (Landesmedian) nach Haushaltstyp in Freiburg		S. 80
	* Einpersonenhaushalt	23,7%	
	* Zwei Erwachsene ohne Kind	14,4%	
	* Sonstiger Haushalt ohne Kind	20,3%	
	* Ein(e) Erwachsene(r) mit Kind(ern)	22,3%	
	* Zwei Erwachsene und Kind	6,1%	
	* Zwei Erwachsene und zwei Kinder	14,8%	
	* Zwei Erwachsene und drei und mehr Kinder	28,0%	
	* Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	21,1%	

Stadtbezirke

S13	SGBXII: Leistungsbeziehende 2016			S. 81
	- höchster Wert	Weingarten	799	
	- niedrigster Wert	Waltershofen	21	
S14	Armutsgefährdungsquote 2016			S.82/83
	- höchster Wert	Weingarten	24,7%	
	- niedrigster Wert	Lehen / Vauban	6,5%	

Freiburg im Städtevergleich

- Armutsgefährdungsquote -

S15	Quote 2016			S. 84
	- höchster Wert	Dortmund	24,2%	
	- niedrigster Wert	München	10,0%	

Freiburg im Vergleich Bundesländer**-Armutsgefährdungsschwelle -**

S16	Schwelle 2016 – Beispiel: Einpersonenhaushalte (in Euro)			S. 85
	- höchster Wert	Baden-Württemberg	1.055	
	- niedrigster Wert	Sachsen-Anhalt	840	

S17	Schwelle 2016 – Beispiel: 2 Erwachsene und 2 Kinder (in Euro)			S. 85
	- höchster Wert	Hamburg	2.1084	
	- niedrigster Wert	Sachsen-Anhalt	1.764	

Freiburg im Vergleich Bundesländer**- Armutsgefährdungsquote -**

S18	Quote 2016 (Bundesmedian)			S. 85
	- höchster Wert	Bremen	22,6%	
	- niedrigster Wert	Baden-Württemberg	11,9%	

 1) %-P.= Prozentpunkte / 2) = Aus Bürgerumfrage 2016 ermittelt, neuere Zahlen für Freiburg liegen nicht vor.

4. Tabellen

S1 Anzahl der Leistungsberechtigten nach Leistungsart

Jahr 31.12.	HLU	GruSi	EGH	HnP Ambulant und stationär
2014	264	3.201	2.346	1.066
2015	664	3.294	2.411	1.054
2016	592	3.182	2.500	1.029

Quelle: Amt für Soziales und Senioren, Freiburg

S2 Anteil der Leistungsberechtigten an der Wohnbevölkerung, Quote in ‰

Jahr 31.12.	HLU	GruSi	EGH	HnP Ambulant und stationär
2014	1,2	14,7	10,8	4,9
2015	3,0	14,8	10,9	4,7
2016	2,6	14,2	11,2	4,6

Quelle: Amt für Soziales und Senioren, Freiburg

S3 Anteil Ausländer_innen an allen Leistungsberechtigten, in %

Jahr 31.12.	HLU	GruSi	EGH	HnP Ambulant und stationär
2014	20,1	22,9	7,5	12,5
2015	12,8	22,4	7,0	14,3
2016	17,9	23,6	7,6	14,6

Quelle: Amt für Soziales und Senioren, Freiburg

S4 Anteil Frauen an allen Leistungsberechtigten, in %

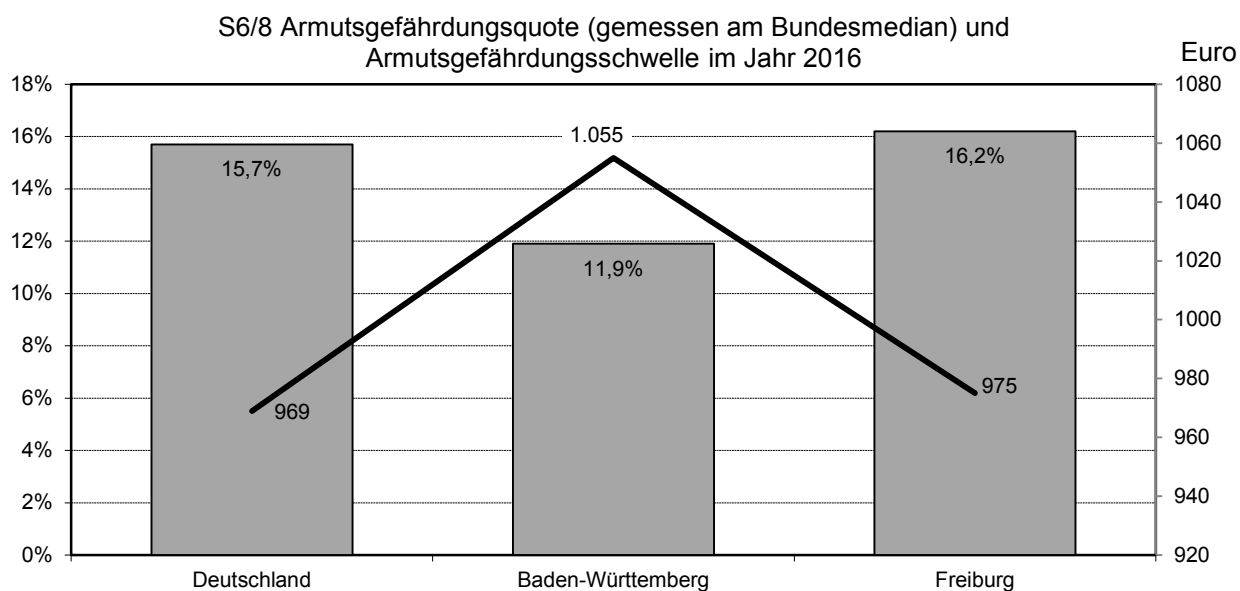
Jahr 31.12.	HLU	GruSi	EGH	HnP Ambulant und stationär
2014	49,2	52,2	45,6	62,8
2015	52,4	51,6	44,1	61,7
2016	50,2	50,1	44,4	62,4

Quelle: Amt für Soziales und Senioren, Freiburg

S5 Anzahl der Leistungsberechtigten mit Hilfe zur Pflege und vollstationär nach Alter

Jahr 31.12.	unter 65 Jahre	65 Jahre und älter	Insgesamt
2014	70 (11,9 %)	517 (88,1 %)	587
2015	70 (12,8 %)	477 (87,2 %)	547
2016	63 (11,1%)	504 (88,9 %)	567

Quelle: Amt für Soziales und Senioren, Freiburg



Quelle: Mikrozensus IT.NRW, Bürgerumfrage Freiburg

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Stadt Freiburg

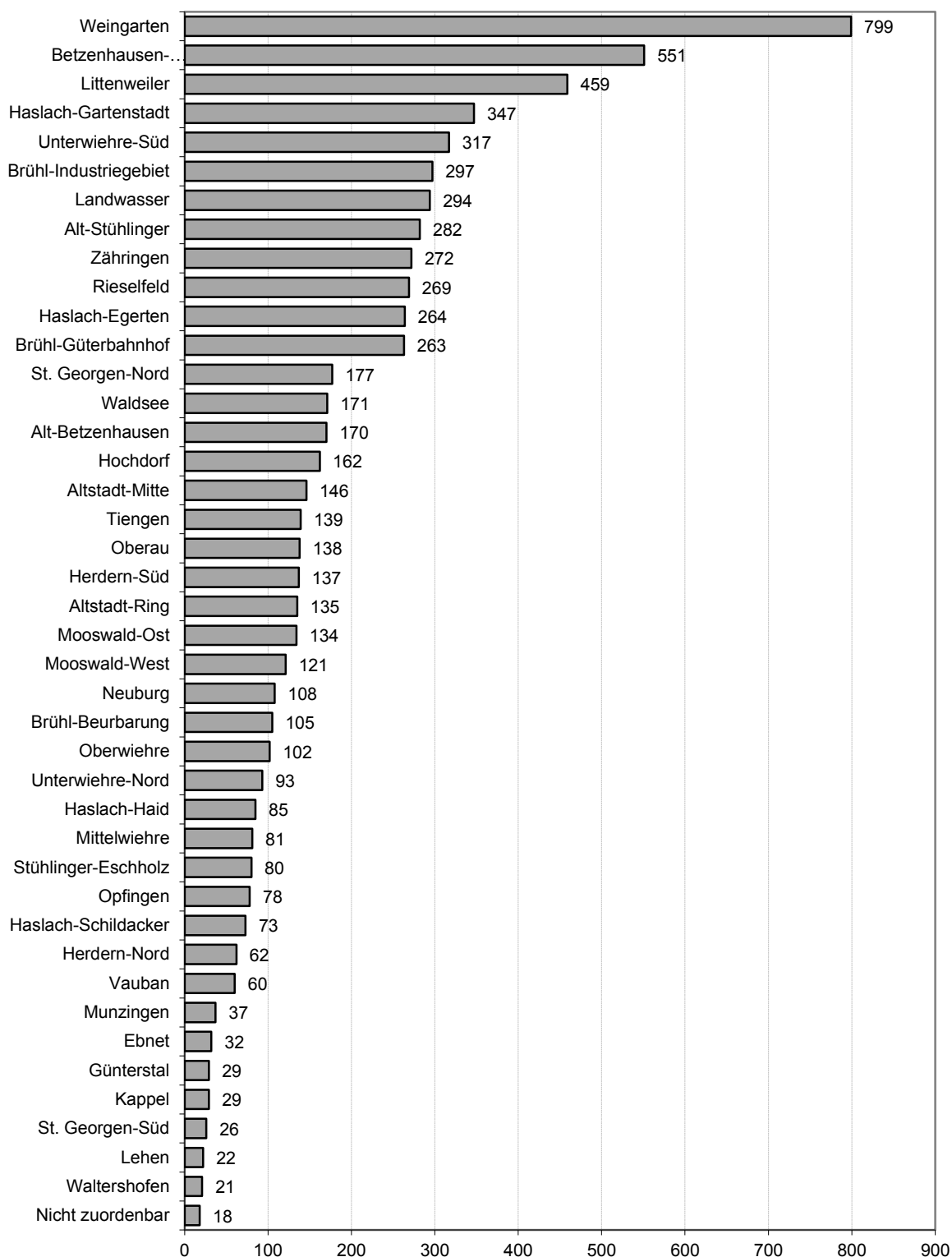
S9-12 Armutsgefährdungsquote nach soziodemografischen Merkmalen (Landesmedian) in Freiburg und Baden-Württemberg 2016, in %

	Freiburg	Baden-Württemberg
Insgesamt	16,8	15,4
Geschlecht		
Männlich	17,3	14,5
Weiblich	16,8	16,4
Haushaltstyp¹		
Einpersonenhaushalt	23,7	26,4
Zwei Erwachsene ohne Kind	14,4	9,7
Sonstiger Haushalt ohne Kind (WG)	20,3	8,1
Ein(e) Erwachsene(r) mit Kind(ern)	22,2	48,0
Zwei Erwachsene und ein Kind	6,1	9,9
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	14,8	11,6
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	28,0	23,2
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	21,1	18,3
Staatsangehörigkeit		
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	28,3	31,4
Mit deutscher Staatsangehörigkeit	15,9	12,8

Quelle: Mikrozensus (IT.NRW), Bürgerumfrage Freiburg

¹ Zu den Kindern zählen Personen im Alter von unter 18 Jahren, die keine(n) Lebenspartner/-in und/oder eigene Kinder im Haushalt haben.

S13: Anzahl der Leistungsempfänger_innen nach SGB XII am 31.12.2016 in den Stadtbezirken von Freiburg



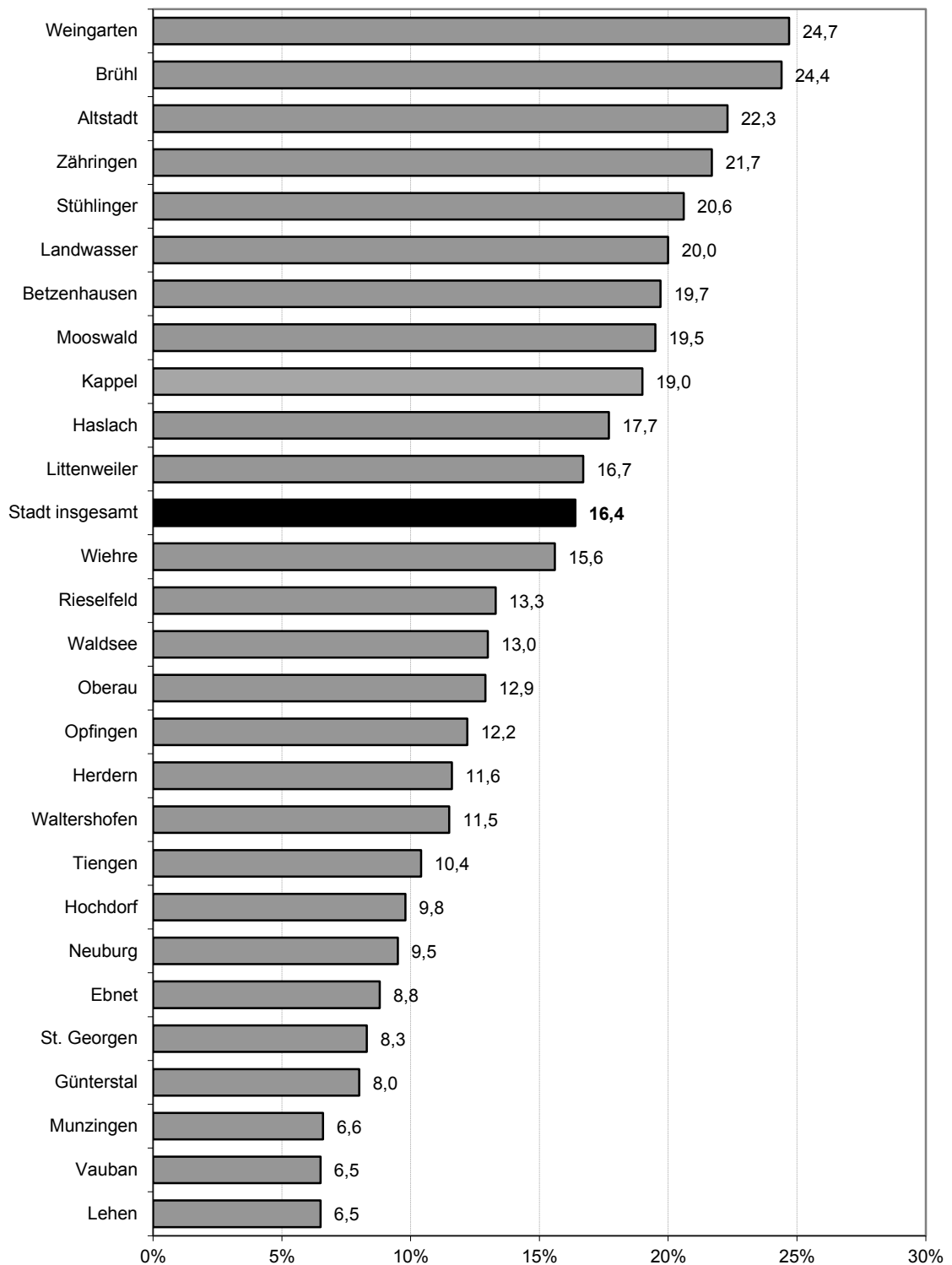
Quelle: Amt für Soziales und Senioren, Freiburg

**S14 Armutsgefährdungsquote in den Freiburger Stadtteilen,
im Jahr 2016 (städtischer Median), in %**

	Städtischer Median
Altstadt	22,3
Betzenhausen	19,7
Brühl	24,4
Ebnet	8,8
Günterstal	8,0
Haslach	17,7
Herdern	11,6
Hochdorf	9,8
Kappel	19,0
Landwasser	20,0
Lehen	6,5
Littenweiler	16,7
Mooswald	19,5
Munzingen	6,6
Neuburg	9,5
Oberau	12,9
Opfingen	12,2
Rieselfeld	13,3
St. Georgen	8,3
Stühlinger	20,6
Tiengen	10,4
Vauban	6,5
Waldsee	13,0
Waltershofen	11,5
Weingarten	24,7
Wiehre	15,6
Zähringen	21,7
Stadt insgesamt	16,4

Quelle: Bürgerumfrage Freiburg

S14: Armutsgefährdungsquote in den Freiburger Stadtteilen im Jahr 2016
(gemessen am städtischen Median), in %



Quelle: Bürgerumfrage Freiburg

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Stadt Freiburg

**S15 Armutsgefährdungsquote nach ausgewählten Großstädten
im Jahr 2016 (Bundesmedian), in %**

	Bundesmedian
Dortmund	24,2
Nürnberg	23,3
Duisburg	22,8
Leipzig	22,4
Hannover	22,0
Essen	21,2
Bremen	20,9
Köln	20,0
Berlin	19,4
Dresden	17,7
Düsseldorf	16,6
Frankfurt am Main	16,6
Freiburg	16,2
Deutschland	15,7
Hamburg	14,9
Stuttgart	13,8
München	10,0

Quelle: Mikrozensus (IT.NRW), Bürgerumfrage Freiburg

S16/17 Armutsgefährdungsschwelle 2016 in Euro nach Bundesländern und Haushaltstyp, in Euro

	Einpersonenhaushalt	Haushalt mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern unter 14 Jahren ²
Deutschland	969	2.035
Baden-Württemberg	1.055	2.215
Bayern	1.039	2.181
Berlin	923	1.938
Brandenburg	922	1.937
Bremen	891	1.872
Hamburg	1.040	2.184
Hessen	998	2.097
Mecklenburg-Vorpommern	846	1.777
Niedersachsen	953	2.002
Nordrhein-Westfalen	946	1.987
Rheinland-Pfalz	996	2.091
Saarland	956	2.007
Sachsen	866	1.818
Sachsen-Anhalt	840	1.764
Schleswig-Holstein	995	2.090
Thüringen	870	1.827
Freiburg	975	2.048

Quelle: Mikrozensus (IT.NRW), Bürgerumfrage Freiburg

S18 Armutsgefährdungsquote 2016 (gemessen an unterschiedlichen Medianen), in %

	Bundesmedian	Landesmedian	städtischer Median
Deutschland	15,7		
Baden-Württemberg	11,9	15,4	
Bayern	12,1	14,9	
Berlin	19,4	16,6	
Brandenburg	15,6	13,4	
Bremen	22,6	18,2	
Hamburg	14,9	18,3	
Hessen	15,1	16,5	
Mecklenburg-Vorpommern	20,4	13,5	
Niedersachsen	16,7	16,0	
Nordrhein-Westfalen	17,8	16,7	
Rheinland-Pfalz	15,5	16,6	
Saarland	17,2	16,6	
Sachsen	17,7	12,4	
Sachsen-Anhalt	21,4	14,0	
Schleswig-Holstein	15,1	16,2	
Thüringen	17,2	12,0	
Freiburg	16,2	16,8	16,4

Quelle: Mikrozensus (IT.NRW), Bürgerumfrage Freiburg

² Armutsgefährdungsschwelle für Einpersonenhaushalte multipliziert mit dem Bedarfsgewicht des Haushalts nach neuer OECD-Skala (2,1).



Familie, Kinder, Jugendliche

1. Kennzahlen	88
2. Fakten / Trends	89
3. Zahlenspiegel	92
4. Tabellen & Diagramme	97

1. Kennzahlen

Stadt:

- F1 Haushalte: mit Kindern
- F2 Haushalte: mit zwei und mehr Kindern
- F3 Haushalte: Alleinerziehende
- F4 Haushalte: Alleinerziehende mit männlichem Elternteil
- F5 Haushalte: Alleinerziehende mit ausländischem Elternteil
- F6 Haushalte: Alleinerziehende mit gemischten Nationalitäten
- F7 Armut I: Bedarfsgemeinschaften BG mit Kindern
- F8 Armut I: BG mit Kindern, Quote
- F9 Armut II: Kinderarmut, Zahl der Kinder
- F10 Armut II: Kinderarmut, Quote
- F11 Betreuung: Anteil Kinder unter 3 Jahre in Tagesbetreuung
- F12 Bildung: Anteil Schüler_innen 1. Klasse an SBBZ
- F13 Bildung: Übergangsquoten Grundschule
- F14 Bildung: Übergangsquoten Grundschule nach Nationalität
- F15 Bildung: Schulabgänge ohne Hauptschulabschluss
- F16 Bildung: Abgänge ohne Hauptschulabschluss, Geschlecht, Nationalität
- F17 Hilfe zur Erziehung: Anzahl
- F18 Hilfe zur Erziehung: nach Geschlecht
- F19 Hilfe zur Erziehung: Quote
- F20 Strafverfahren gegen Jugendliche/Heranwachsende: Anzahl
- F21 Strafverfahren gegen Jugendliche/Heranwachsende: Beteiligte in Verfahren
- F22 Strafverfahren gegen Jugendliche/Heranwachsende: Quote Beteiligte

Stadtbezirke:

- F23 Anteil der Haushalte mit Kindern
- F24 Anteil Haushalte mit Alleinerziehenden

Erläuterungen

Armut I (Bedarfsgemeinschaften)

Umfasst die Bedarfsgemeinschaften, die Leistungen nach SGB II (Hartz IV) erhalten. Zum Leistungsbereich SGB II siehe auch Kapitel III.1 und 2. Die Quote bezieht sich auf die Anzahl der leistungsbeziehenden Bedarfsgemeinschaften je 100 gleichnamiger Haushalte.

Armut II (Kinderarmut)

Bezieht sich auf Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, die in einer Bedarfsgemeinschaft leben und Leistungen nach SGB II (Hartz IV) erhalten. Die Quote bezieht sich auf die Anzahl der Personen unter 18 Jahren im Leistungsbezug pro 100 Personen unter 18 Jahren an der der Wohnbevölkerung.

Übergangsquoten

Anteile von Schüler_innen, die nach der Grundschule auf weiterführende öffentliche Schulen wechseln.

Hilfe zur Erziehung

Beinhaltet die erzieherischen Hilfen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII §§ 27 ff., 35a und § 41). Die Darstellung erfolgt jeweils zusammenfassend für Hilfen, die außerhalb der Familie (Heimunterbringung, Vollzeitpflege), innerhalb der Familie (Soziale Gruppenarbeit, Erziehungsbeistandschaften etc.) und durch die Sozialpädagogische Familienhilfe (§ 31) geleistet werden. Die Sozialpädagogische Familienhilfe ist ebenfalls eine innerfamiliäre Maßnahme, wird aber aufgrund ihrer großen Bedeutung extra ausgewiesen. Die Quote bezieht sich auf die Anzahl junger Menschen in Erziehungshilfe pro 100 Personen unter 21 Jahren an der Wohnbevölkerung.

Jugendliche im Strafverfahren

Bezieht sich auf Jugendgerichtsverfahren (Strafverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende), für die das Jugendamt über die Jugendhilfe im Strafverfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz eine Mitwirkungspflicht hat. Die Quote an Jugendlichen in Strafverfahren wird im Verhältnis pro 1.000 Jugendliche unter 21 Jahren der Wohnbevölkerung angegeben und bezieht sich auf jährlich abgeschlossene Verfahren.

Kinder in Tagesbetreuung

Die Zahl der Kinder in Tagesbetreuung setzt sich zusammen aus der Anzahl der Kinder in Tageseinrichtungen und der Anzahl der Kinder in öffentlich geförderter Tagespflege. Die hier verwendeten Daten stammen vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

2. Fakten / Trends

Wohnen:

Im Jahr 2016 gibt es in der Stadt 21.167 Haushalte mit Kindern. Das sind 17,0 % aller Haushalte. Dieser Anteil hat sich in den letzten Jahren nur unwesentlich verändert. In mehr als der Hälfte aller Haushalte mit Kindern leben zwei oder mehr Kinder (50,4 %).

Den höchsten Anteil von Haushalten mit Kindern gibt es im Rieselfeld (33,9 %), in Munzingen (30,8 %) und im Vauban (29,0 %). Die wenigsten Haushalte mit Kindern gibt es in Altstadt-Mitte (5,7 %), Neuburg (8,8 %) und Altstadt-Ring (9,0 %).

Über ein Viertel aller Haushalte mit Kindern sind Alleinerziehendenhaushalte (25,2 %).

Der Anteil der Alleinerziehendenhaushalte ist in Brühl-Beurbarung (39,2 %), Stühlinger-Eschholz (36,6 %) und Haslach-Egerten (35,1 %) am höchsten. Die geringsten Anteile haben Waltershofen (15,1 %), Günterstal (15,7 %) und Mooswald-West (16,3 %).

In 9,8 % aller Alleinerziehendenhaushalte wird der Haushalt von einem Mann geführt.

In jedem 5. Haushalt eines / einer Alleinerziehenden (20,1 %) steht eine Person mit nicht-deutscher Nationalität dem Haushalt vor.

Soziale Lage:

Im Jahr 2016 gibt es 2.926 Haushalte mit Kindern, die von Grundsicherung nach SGB II leben. Das sind 7,1 % aller Haushalte Freiburgs.

In 1.532 Haushalten mit Leistungen der Grundsicherung leben Kinder mit einer alleinerziehenden Person. Nahezu jeder 3. Haushalt dieser Art (28,7 %) ist auf Grundsicherung angewiesen.

5.496 Personen unter 18 Jahre leben in einem solchen Haushalt. Das betrifft 15,2 % aller unter 18-Jährigen in der Stadt.

Betreuung:

Im Jahr 2016 waren 41,5 % aller Kinder unter drei Jahren in Tagesbetreuung untergebracht (2.912). Im Vergleich zu 2007 ist das ein Anstieg um 17,5 %-Punkte. Die absolute Anzahl der Kinder unter drei Jahren, die tagsüber betreut werden, stieg zwischen 2007 und 2016 um 105,4 %, was unter anderem auf den infrastrukturellen Ausbau von Betreuungsplätzen zurückzuführen ist.

Bildung:

5,9 % aller 2015 eingeschulten Erstklässlerinnen und Erstklässler sind auf einem Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum (SBBZ) in die Schulzeit gestartet.

Die Übergangsquoten von der Grundschule auf eine weiterführende Schule sind in den Jahren von 2005 bis 2016 weitgehend stabil. Lediglich der Übergang auf die Hauptschule nahm um 11,1 % ab. Im Jahr 2016 wechselte über die Hälfte (55,3 %) aller Schüler_innen nach der Grundschule auf das Gymnasium, 20,3 % gingen auf die Realschule und 5,3 % auf die Werkrealschule. Auf die Gemeinschaftsschule gingen 5,9 % der Schüler_innen über. Der Anteil derjenigen, die nicht versetzt wurden, die Klasse wiederholten oder auf eine andere Schulart wechselten, liegt bei 9,9%.

Werden die Übergangsquoten nach Nationalität betrachtet, ergeben sich für die ausländischen Schüler_innen zwei Besonderheiten: sie wechseln deutlich seltener auf das Gymnasium (30,2 %) und deutlich häufiger auf die Werkrealschule (13,2%). Bei den anderen hier dargestellten Schulformen (Realschule und Gemeinschaftsschule) sind die Übergangsquoten bei den deutschen und ausländischen Schülerinnen annähernd gleich. Beim Anteil der „Sonstigen“ ist der Sondereffekt durch die hohe Zahl der Kinder von Geflüchteten sichtbar. Diese Kinder haben im ersten Jahr häufig keine Grundschulempfehlung erhalten. Abgesehen vom Jahr 2016 hat seit 2005 die Übergangsquote der Ausländer_innen auf das Gymnasium deutlich zugenommen und die Quote auf die Werkrealschule deutlich abgenommen.

Der Anteil an Schulabgänger_innen aus allen Schulen ohne Hauptschulabschluss liegt im Schuljahr 2014/2015 bei 5,7 %. In absoluten Zahlen sind das insgesamt 140 Schüler_innen:

- Der Anteil der weiblichen Schulabgängerinnen ohne Hauptschulabschluss liegt mit 4,1 % deutlich unter dem Anteil männlicher Abgänger (7,1 %).
- Bei ausländischen Schüler_innen liegt der Anteil der Abgänger_innen ohne Abschluss bei 13,7 %.

Hilfen zur Erziehung:

Im Jahr 2016 haben 1.554 Personen Leistungen in Form von Hilfen zur Erziehung, Hilfen für junge Volljährige und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen in Anspruch genommen. Dies waren 46,7 % mehr als im Jahr 2005 und 6,7 % mehr als im Jahr 2013.

Die steigenden Fallzahlen sind zurückzuführen auf einen deutlichen Anstieg bei den Hilfen zur Erziehung innerhalb der Familie (2013-2016: +62,4 %) und der Sozialpädagogischen Familienhilfe (2013-2016: +142,4 %).

Rückläufig entwickeln sich die Fallzahlen bei den Erziehungshilfen außerhalb der Familie. Im Vergleich zu den Jahren 2005 und 2013 ist dies ein Rückgang von -13,4 % bzw. -10,2 %.

Der Anteil an Jugendlichen unter 21 Jahren, die Erziehungshilfe erhalten, an allen Jugendlichen unter 21 Jahren liegt bei 26,8 ‰. Davon entfallen 8,5 ‰ auf die Hilfe außerhalb der Familie und 18,3 ‰ auf Hilfen in der Familie.

Strafverfahren:

Im Jahr 2016 waren in Freiburg 1.136 junge Menschen zwischen 14 und 20 Jahren in ein Strafverfahren verwickelt. Insgesamt wurden 1.524 Strafverfahren durchgeführt. Verglichen mit der Gesamtanzahl an Personen in der Altersklasse entspricht dies einer Quote von 6,7 %.

77,0 % aller an Strafverfahren beteiligten jungen Menschen sind männlich. Der Anteil der ausländischen jungen Menschen liegt bei 38%.

3. Zahlenspiegel

Stadt insgesamt

Kenn- zahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Stand 31.12.2016	Entwicklung		Tabelle / Diagramm
			2013-2016	2005-2016	
F1	Haushalte mit Kindern				
	- Anzahl	21.167	+3,5%	+6,0%	
	- Anteil an allen Haushalten	17,0%	0,0%-P:	-0,8%-P.¹	
F2	Haushalte mit zwei und mehr Kindern				
	- Anzahl	10.661			
	- Anteil an allen Haushalten mit Kindern	50,4%			
F3	Alleinerziehendenhaushalte (AeH)				
	- Anzahl	5.431			
	- Anteil an allen Haushalten mit Kindern	25,2%	-0,6%-P.	-4,0%-P.	
F4	AeH mit männlichem Elternteil				
	- Anzahl	521			
	- Anteil an allen AeH	9,8%	-1,9%-P.	-7,2%-P.	
F5	AeH mit ausländischem Elternteil				
	- Anzahl	1.075			
	- Anteil an allen AeH	20,1%	+2,5%-P.	-14,0%-P.	
F6	AeH mit gemischten Nationalitäten				
	- Anzahl	158			
	- Anteil an allen AeH	3,0%	+0,6%-P.	-5,6%-P.	
F7	Armut I: Anzahl der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern				
	- Insgesamt	2.926	+3,4%-P.	-2,5%-P.	
	- AeH	1.532	-2,0%-P.	-7,4%-P.	
F8	Armut I: Quote der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern				S.97
	- Von allen Haushalten	7,1%			
	- Von allen Haushalten mit Kindern	13,8%			
	- von allen AeH	28,7%			

Kenn- zahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Stand 31.12.2016	Entwicklung		Tabelle / Diagramm
			2013-2016	2005-2016	
F9	Armut II: Anzahl der von Kinderarmut Betroffenen				
	- 0 bis unter 6 Jahre	2.103			S. 98
	- 6 bis unter 10 Jahre	1.299			
	- 10 bis unter 15 Jahre	1.385			
	- 15 bis unter 18 Jahre	709			
	- unter 18 Jahre insgesamt	5.496	+7,9%-P.	+3.9%-P.	
F10	Armut II: Quote der von Kinderarmut Betroffenen				
	- 0 bis unter 6 Jahre	15,8%			S. 98
	- 6 bis unter 10 Jahre	16,8%			
	- 10 bis unter 15 Jahre	14,9%			
	- 15 bis unter 18 Jahre	12,3%			
	- unter 18 Jahre insgesamt	15,2%	+0,4%-P.	-1,0%-P.	
F11	Betreuung: Kinder unter 3 Jahren in Tagesbetreuung				
	- Anzahl	2.912	+18,2%	+105,4%	
	- Versorgungsquote	41,5%	+3,5%-P.	+17,5%-P.	
F12	Bildung: Schüler_innen der ersten Klasse, die 2015/2016 eine öffentliches SBBZ besuchen				
	- Anteil	5,9%	+0,8%-P.	+1,6%-P.	
F13	Bildung: Übergangsquoten Grundschule im Schuljahr 2015/2016 (aus öffentlichen und privaten Schulen), Anteil (Zeitvergleich mit Schuljahr 2012/13)				
	- Wechsel auf Haupt-/Werkrealschule	6,2%	-2,0%-P.	-	S. 99
	- Wechsel auf Realschule	19,9%	+0,2%-P.	-	
	- Wechsel auf Gymnasium	55,3%	-3,8%-P.	-	
	- Wechsel auf Gemeinschaftsschule	6,1%	+6,1%-P.	-	
	- Sonstiges (Wiederholung, nicht versetzt, andere Schulart, ohne Grundschulempfehlung)	12,5%	-0,5%-P.	-	

Kenn- zahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Stand 31.12.2016	Entwicklung		Tabelle / Diagramm
			2013-2016	2005-2016	
F14	Bildung: Übergangsquoten Deutsche aus Grundschule im Schuljahr 2015/2016 (aus öffentlichen und privaten Schulen), Anteil (Zeitvergleich mit Schuljahr 2012/13) <i>Deutsche Kinder:</i> :				S. 100
	- Wechsel auf Haupt-/Werkrealschule	5,3%	-1,6%-P.	-	
	- Wechsel auf Realschule	20,3%	+0,9%-P.	-	
	- Wechsel auf Gymnasium	58,6%	-3,0%-P.	-	
	- Wechsel auf Gemeinschaftsschule	5,9%	+5,9%-P.	-	
	- Sonstiges (Wiederholung, nicht versetzt, andere Schulart, ohne Grundschulempfehlung)	9,9%	-2,2%-P.	-	S. 100
	<i>Ausländische Kinder:</i>				
	- Wechsel auf Haupt-/Werkrealschule	13,2%	-5,0%-P.	-	
	- Wechsel auf Realschule	17,1%	-4,8%-P.	-	
	- Wechsel auf Gymnasium	30,2%	-9,9%-P.	-	
	- Wechsel auf Gemeinschaftsschule	7,3%	+7,3%-P.	-	
	- Sonstiges (Wiederholung, nicht versetzt, andere Schulart, ohne Grundschulempfehlung)	32,2%	+12,4%-P.	-	
F15	Bildung: Schulabgänger_innen von allen Schularten ohne Hauptschulabschluss im Schuljahr 2014/2015				S. 100
	- Anzahl	140			
	- Anteil an allen Schulabbgängen	5,7%	+0,2%-P.	-2,9%-P.	
F16	Bildung: Schulabgänger_innen von allen Schularten ohne Hauptschulabschluss im Schuljahr 2014/2015 nach Geschlecht u. Nationalität				S. 101
	- weiblich	4,1%	-0,6%-P.	-1,6%-P.	
	- männlich	7,1%	+0,8%-P.	-6,2%-P.	
	- Deutsche	4,5%	+1,5%-P.	-2,4%-P.	
	- Ausländer_innen	13,7%	-0,4%-P.	-22,7%-P.	
F17	Hilfe zur Erziehung, Anzahl				S. 102
	- Insgesamt	1.554	+6,7%	+46,7%	
	- außerhalb d. Familie (Heim, Pflegefamilie)	387	-10,2%	-13,4%	
	- in d. Familie (amulante Hilfen)	828	+11,6%	+62,4%	
	- Sozialpädagogische Familienhilfe (SPFH)	339	+19,8%	+142,4%	

Kenn- zahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Stand 31.12.2016	Entwicklung		Tabelle / Diagramm
			2013-2016	2005-2016	
F18	Hilfe zur Erziehung nach Geschlecht (ohne SPFH)				
	- Anzahl insgesamt	1.215			
	* Anteil männlich	60,9%			
	* Anteil weiblich	39,1%			
	- Anzahl außerhalb der Familie	387			
	* Anteil männlich	55,6%			
	* Anteil weiblich	44,4%			
	- Anzahl in der Familie	828			
	* Anteil männlich	63,4%			
	* Anteil weiblich	36,6%			
F19	Hilfe zur Erziehung , Quote				
	- Insgesamt	26,8‰			
	- außerhalb der Familie (Heim,Pflegefamilie)	8,5‰			
	- in der Familie (ambulante Hilfen)	18.3‰			
F20	Strafverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende				S.104
	- Anzahl	1.524	3,9%	2,1%	
F21	Strafverfahren , Beteiligte Jugendliche /Heranwachsende in Verfahren				
	- Anzahl Beteiligte	1.136	+12,4%	+10,1%	
	* davon weiblich	23%			
	* davon männlich	77%			
	* davon Deutsche	62%			
	* davon Ausländer_innen	38%			
F22	Strafverfahren , Beteiligte Jugendliche/Heranwachsende in Verfahren				
	- Quote	6,7‰	+0,3%-P.	-0,5%-P.	

Stadtbezirke

F23	Anteil Haushalte mit Kindern			S. 105
	- höchster Wert	Rieselfeld	33,9%	
	- niedrigster Wert	Altstadt-Mitte	5,7%	
F24	Anteil Haushalte Alleinerziehende			S. 107
	- höchster Wert	Brühl-Beurbarung	39,2%	
	- niedrigster Wert	Waltershofen	15,1%	

 1) %-P = Prozentpunkte

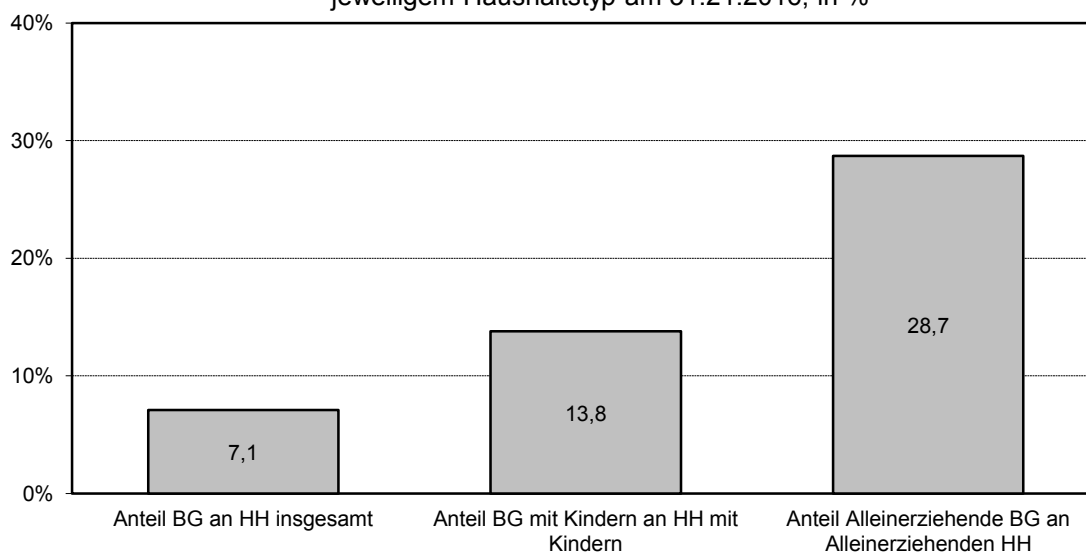
4. Tabellen & Diagramme

F7 Anzahl der Bedarfsgemeinschaften (SGB II) mit Kindern und Anzahl der Alleinerziehendenbedarfsgemeinschaften

Jahr	Anzahl BG mit Kindern	Veränderung BG mit Kind in % (2005=100%)	Anzahl BG Alleinerziehende	Veränderung BG Alleinerz. in % (2005=100%)
2005	3.000	100,0	1.654	100,0
2006	3.151	105,0	1.708	103,3
2007	3.175	105,8	1.723	104,2
2008	3.104	103,5	1.706	103,1
2009	3.121	104,0	1.694	102,4
2010	3.040	101,3	1.668	100,8
2011	2.901	96,7	1.590	96,1
2012	2.819	94,0	1.598	96,6
2013	2.829	94,3	1.563	94,5
2014	2.867	95,6	1.593	96,3
2015	2.996	99,9	1.638	99,0
2016	2.926	97,5	1.532	92,6

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

F8: Anteil der Bedarfsgemeinschaften (SGB II) an allen Haushalten nach jeweiligem Haushaltstyp am 31.12.2016, in %



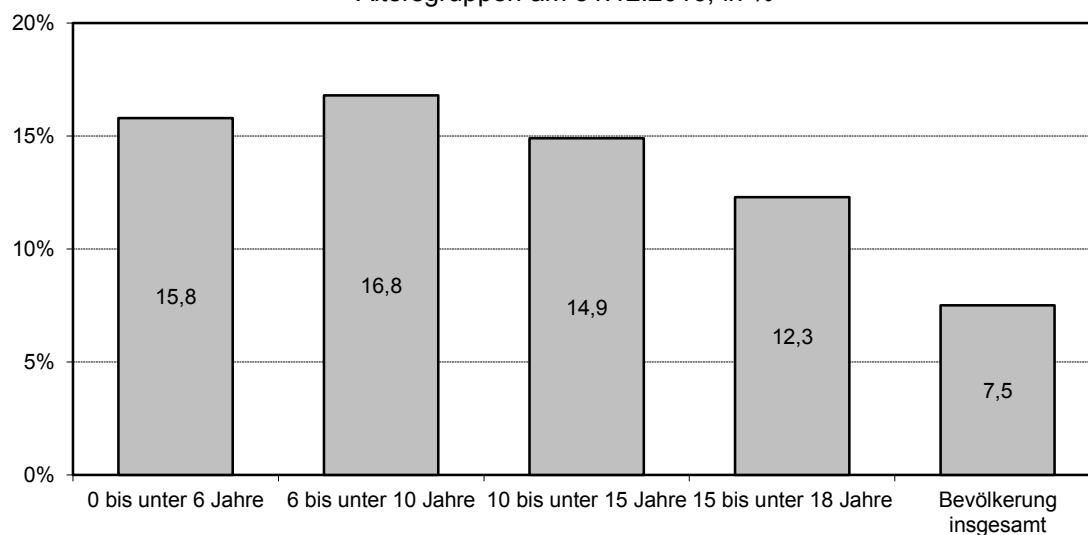
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung Freiburg

F9 Zahl der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren, die von Grundsicherung (SGB II) leben

Jahr	Anzahl	Veränderung in % (2005=100%)	Anteil an Wohnbevölkerung, Quote in %
2005	5.289	100,0	16,2
2006	5.440	102,9	16,7
2007	5.552	105,0	17,0
2008	5.441	102,9	16,7
2009	5.541	104,8	16,9
2010	5.405	102,2	16,3
2011	5.240	99,1	15,6
2012	5.066	95,8	14,9
2013	5.093	96,3	14,8
2014	5.127	96,9	14,8
2015	5.500	104,0	15,3
2016	5.496	103,9	15,2

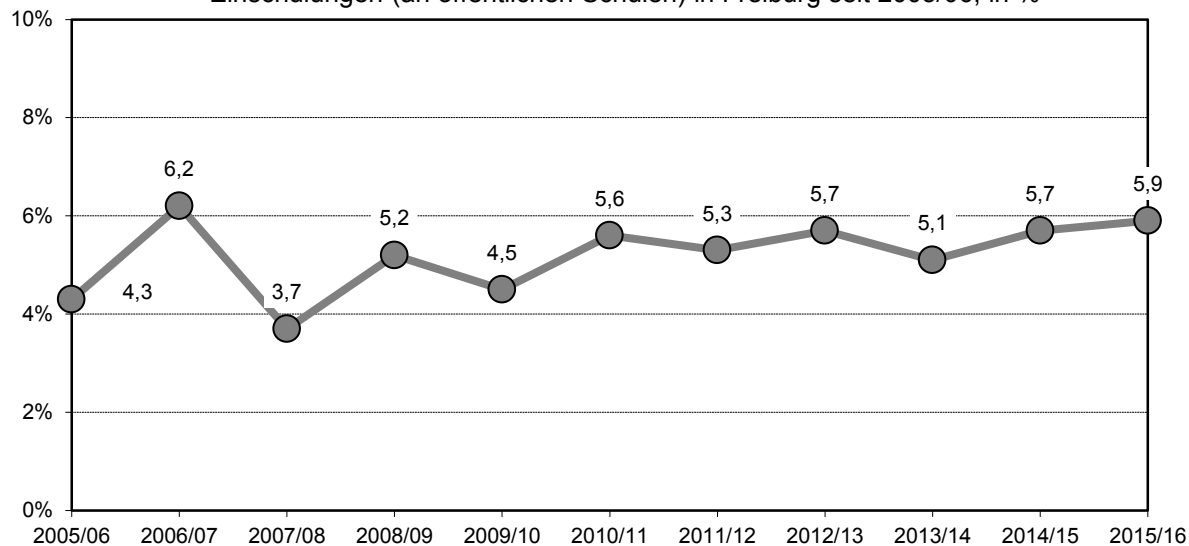
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Einwohnermelderegister

F10: Anteil der Kinder- und Jugendlichen unter 18 Jahren in
Bedarfsgemeinschaften an der Wohnbevölkerung unter 18 Jahren nach
Altersgruppen am 31.12.2016, in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung Freiburg

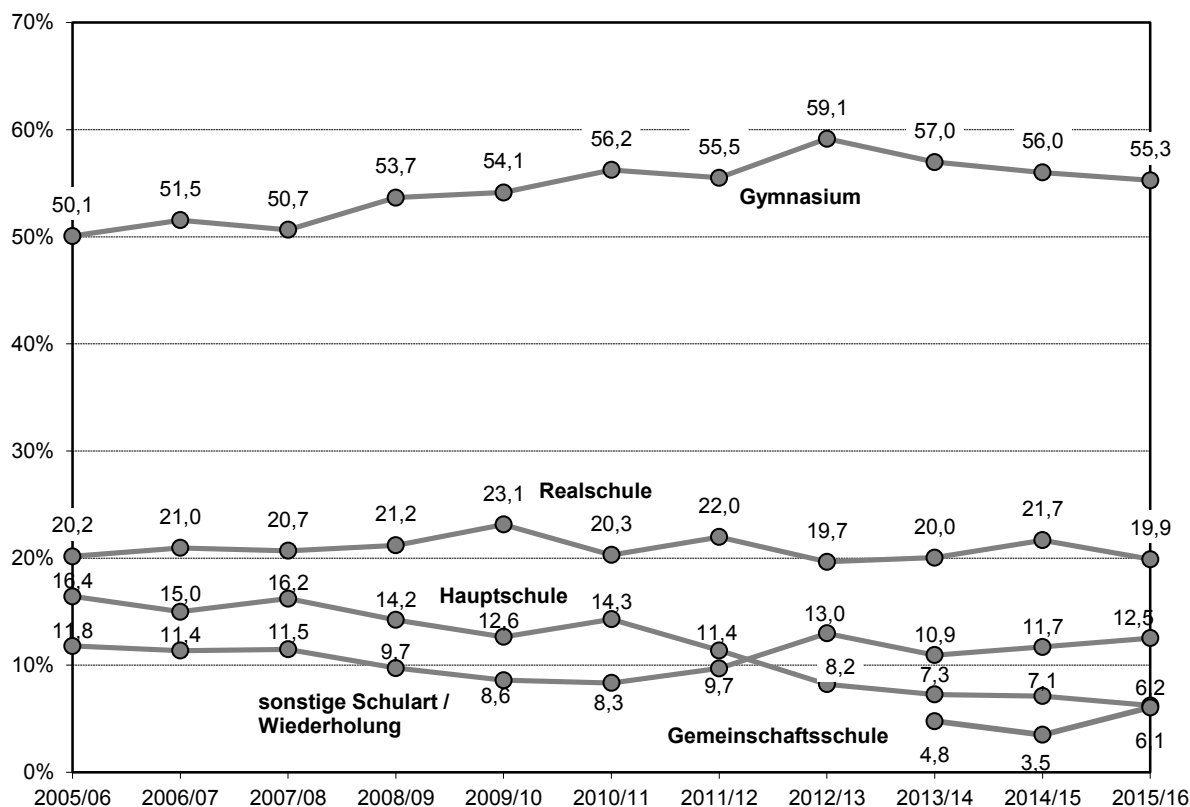
F12: Anteil der Einschulungen in öffentlichen Sonderschulen/SBBZ an allen Einschulungen (an öffentlichen Schulen) in Freiburg seit 2005/06, in %



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

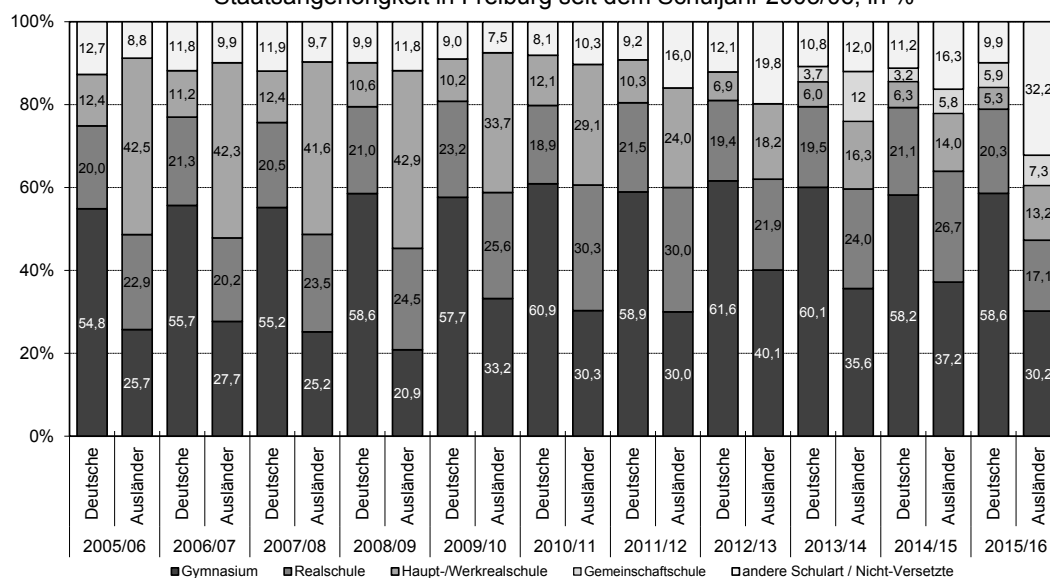
F13: Übergangsquoten von Grundschulen auf weiterführende Schulen in Freiburg seit dem Schuljahr 2005/06, in %



Quelle: bis 2012 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
ab 2012 Amt für Schule und Bildung, Freiburg

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

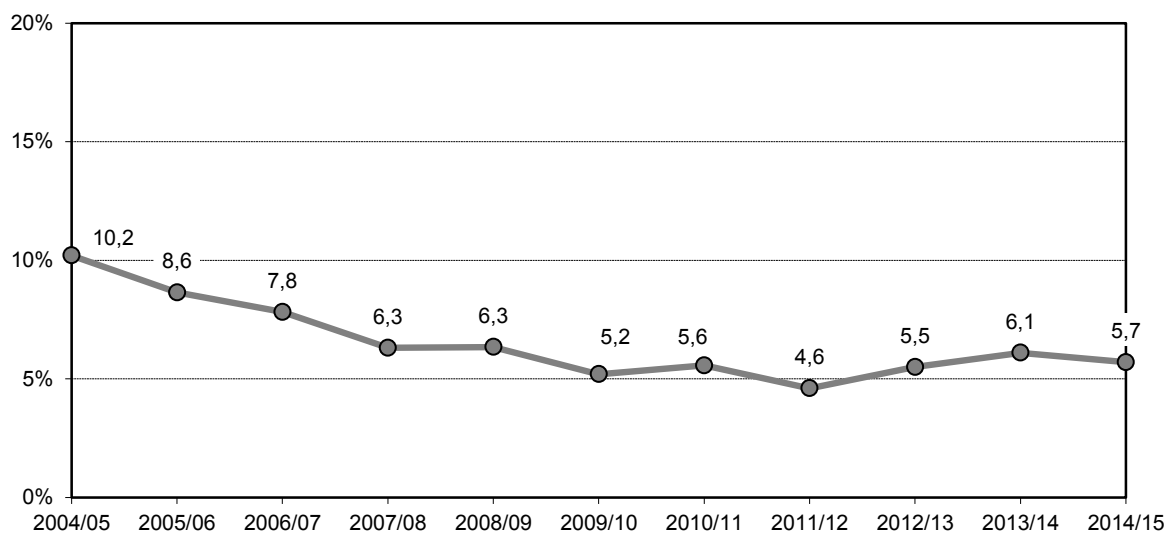
F14: Übergangsquoten von Grundschulen auf weiterführende Schulen nach Staatsangehörigkeit in Freiburg seit dem Schuljahr 2005/06, in %



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

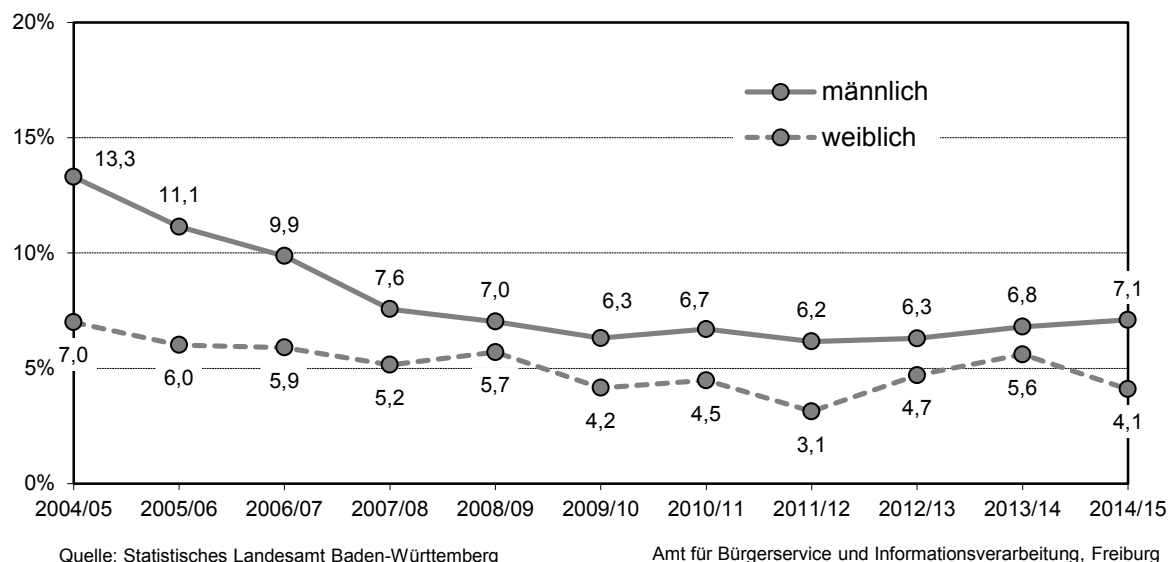
F15: Schulabgänger_innen ohne Hauptschulabschluss an allgemeinbildenden Schulen in Freiburg seit dem Schuljahr 2004/05, in %



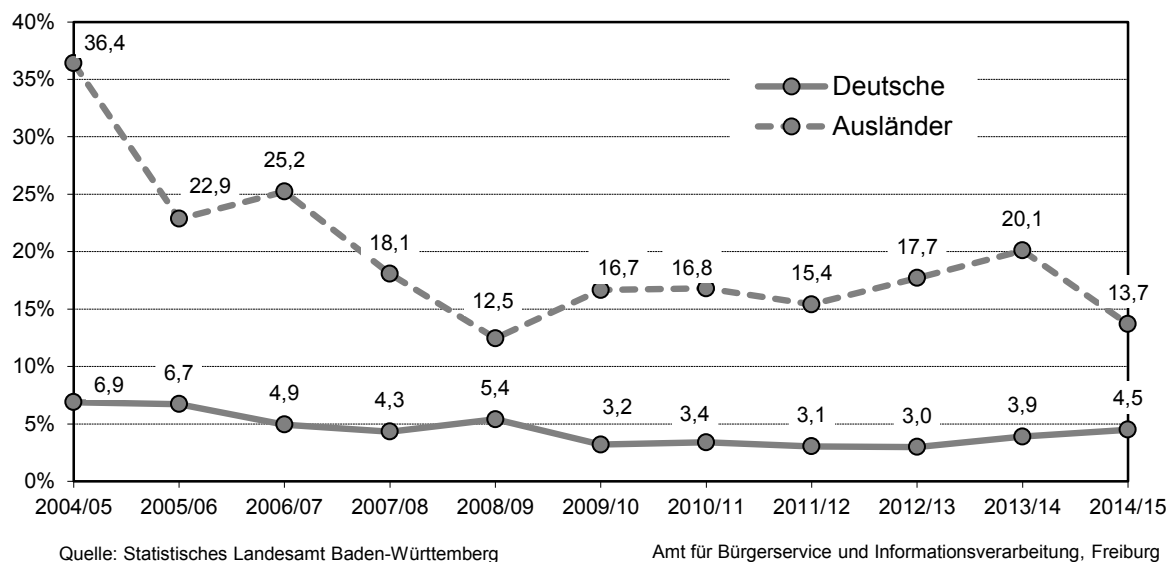
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

F16.1: Schulabgänger_innen ohne Hauptschulabschluss an allgemeinbildenden Schulen nach Geschlecht in Freiburg seit dem Schuljahr 2004/05, in %



F16.2: Schulabgänger_innen ohne Hauptschulabschluss an allgemeinbildenden Schulen nach Staatsangehörigkeit in Freiburg seit dem Schuljahr 2004/05, in %



F17.1 Zahl der Hilfen zur Erziehung insgesamt (SGB VIII § 27 ff.) und außerhalb der Familie

Jahr 31.12.	Anzahl	Veränderung in % (2005=100 %)	Davon außerhalb der Familie	Außerhalb d. Familie Veränderung in % (2005=100 %)
2005	1.059	100,0	447	100,0
2006	980	92,5	437	97,8
2007	1.064	100,5	465	104,0
2008	1.035	97,7	434	97,1
2009	1.146	108,2	445	99,6
2010	1.247	117,8	461	103,1
2011	1.279	120,8	400	89,5
2012	1.358	128,2	407	91,1
2013	1.456	137,5	431	96,4
2014	1.578	149,0	441	98,7
2015	1.458	137,7	363	81,2
2016	1.554	146,7	387	86,6

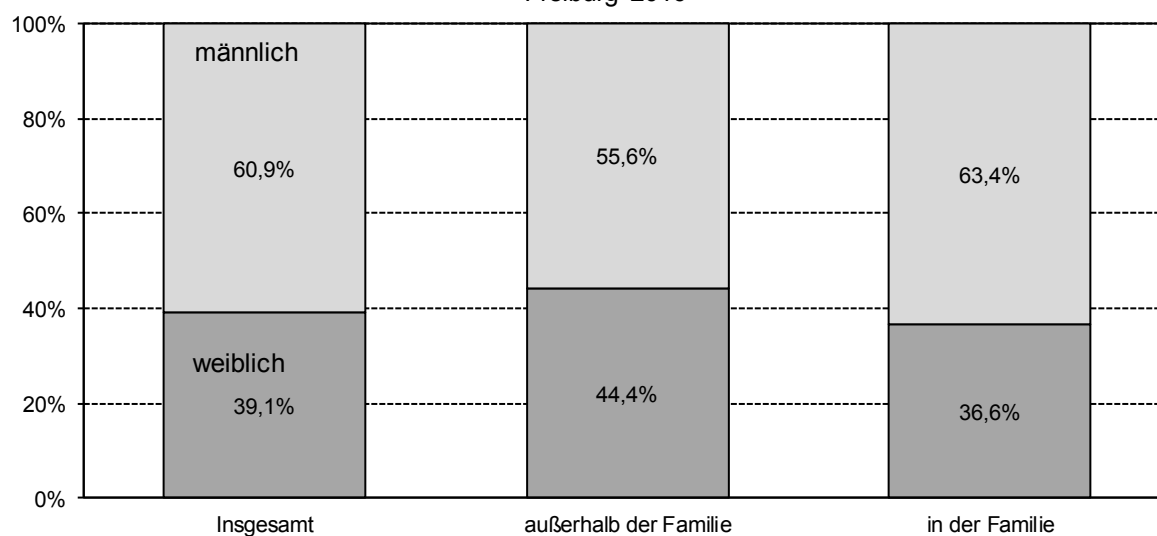
Quelle: Amt für Kinder, Jugend und Familie, Freiburg

F17.2 Zahl der Hilfen zur Erziehung insgesamt (SGB VIII § 27 ff.) und innerhalb der Familie sowie Sozialpädagogische Familienhilfe nach § 31

Jahr 31.12.	Anzahl insgesamt	davon innerhalb der Familie	innerhalb der Familie, Ver- änderung in % (2005=100 %)	davon Sozialpädagog. Familienhilfe nach §31	Sozialpädagog. Familienhilfe, Veränderung in % (2005=100 %)
2005	1.059	510	100,0	99	100,0
2006	980	445	87,3	98	99,0
2007	1.064	475	93,1	124	125,3
2008	1.035	461	90,4	140	141,4
2009	1.146	569	111,6	132	133,3
2010	1.247	628	123,1	158	159,6
2011	1.279	639	125,3	240	242,4
2012	1.358	665	130,4	286	288,9
2013	1.456	742	145,5	283	285,9
2014	1.578	804	157,6	371	374,7
2015	1.458	774	151,8	321	324,2
2016	1554	828	162,4	339	342,4

Quelle: Amt für Kinder, Jugend und Familie, Freiburg

F29: Hilfen zur Erziehung (KJHG § 27ff.) nach Art der Hilfe und Geschlecht in Freiburg 2016*



Quelle: Amt für Kinder, Jugend und Familie, Freiburg
 * ohne Sozialpädagogische Familienhilfe nach § 31

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Stadt Freiburg

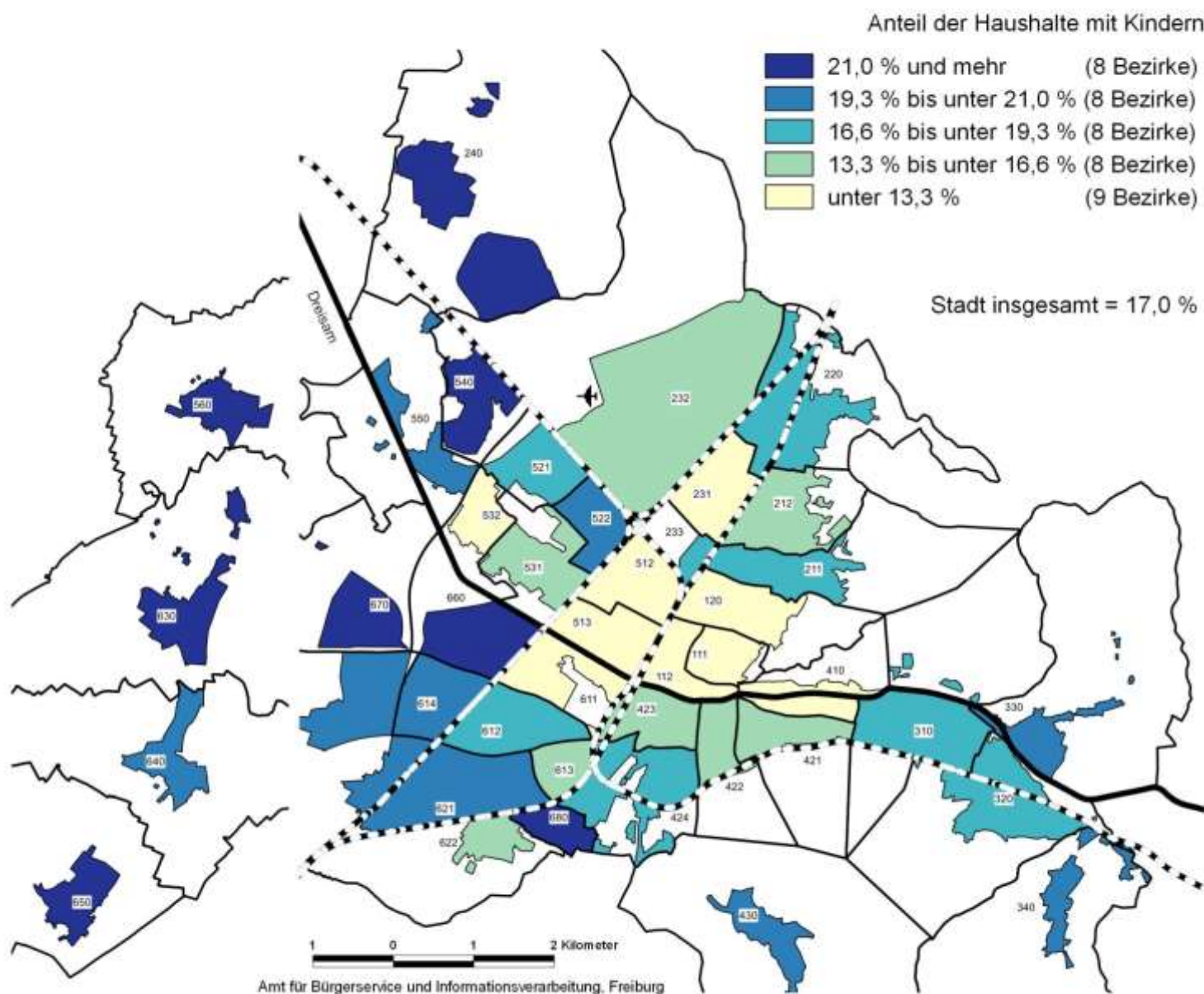
F20 Strafverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende

Jahr 31.12.	Anzahl Strafverfahren	Veränderung in % (2005=100 %)
2005	1.492	100,0
2006	1.343	90,0
2007	1.357	91,0
2008	1.372	92,0
2009	1.292	86,6
2011 ¹	1.300	87,1
2012	1.398	93,7
2013	1.466	98,3
2014	1.551	104,0
2015	1.845	123,7
2016	1.524	102,1

Quelle: Amt für Kinder, Jugend und Familie, Freiburg

¹ Aufgrund von Änderungen der statistischen Verfahrensweisen liegen für das Jahr 2010 keine vergleichbaren Zahlen vor.

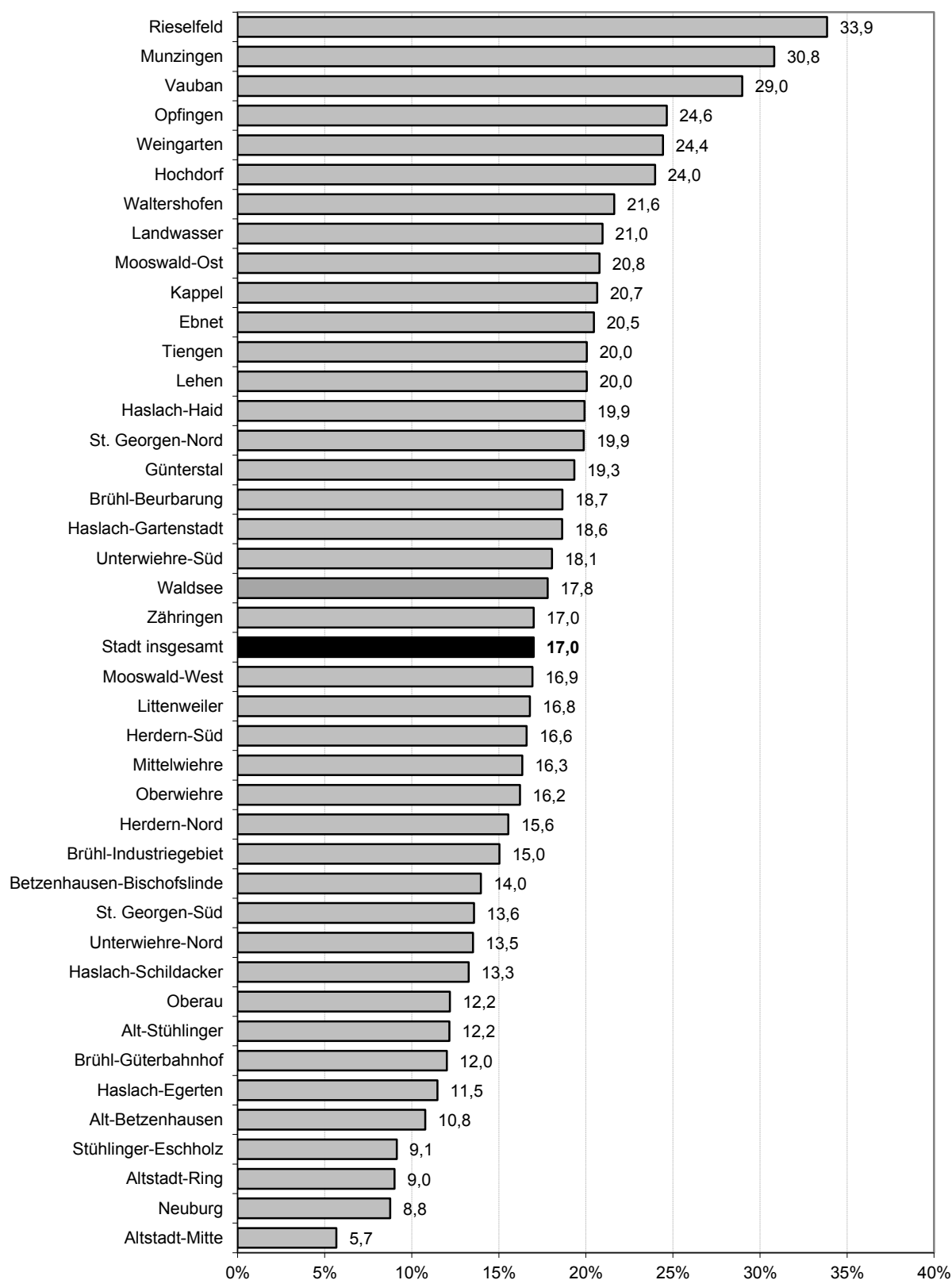
Anteil der Haushalte mit Kindern an allen Haushalten am 31.12.2016 in den Stadtbezirken von Freiburg



Namen der Stadtbezirke:

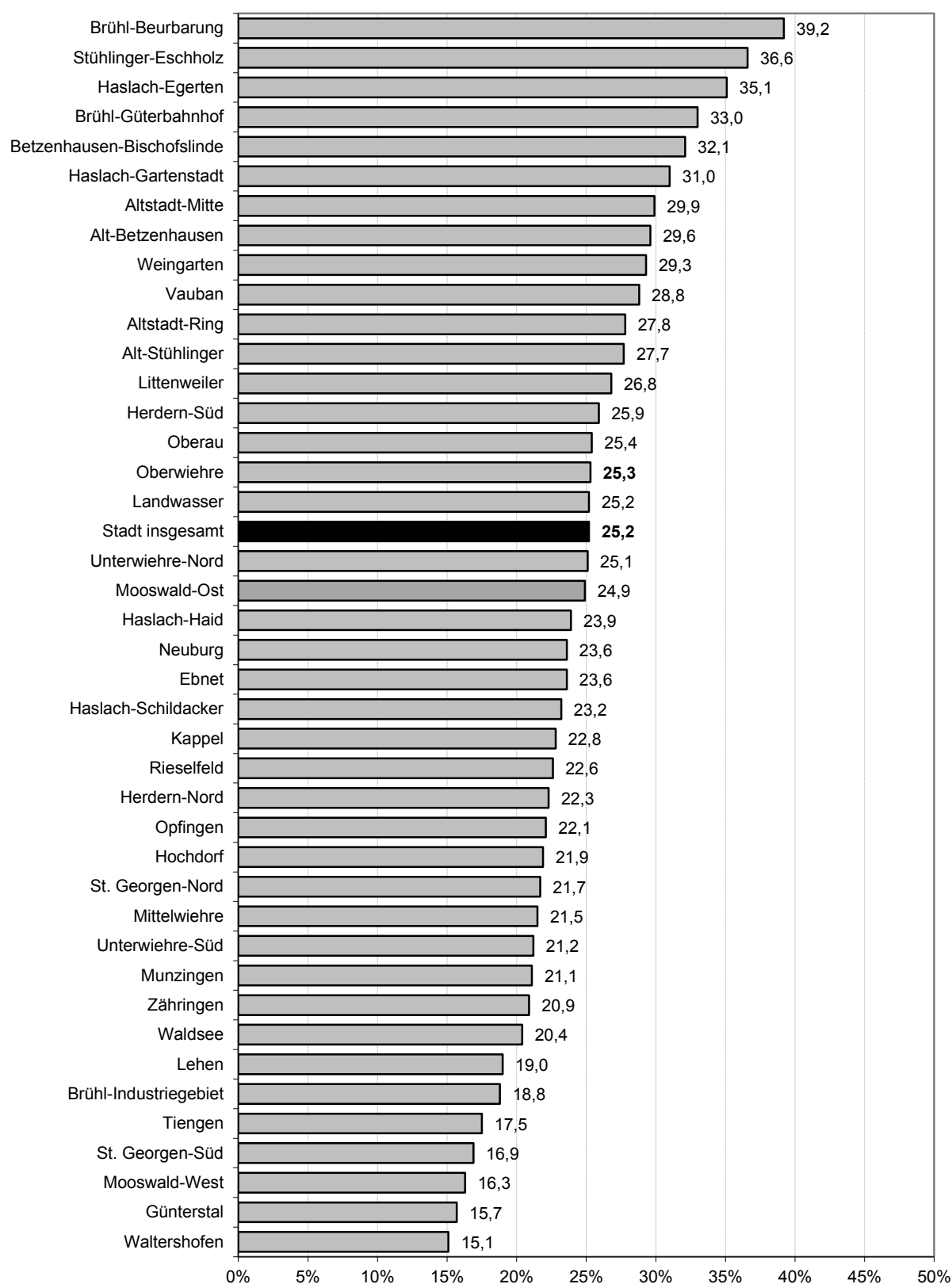
111 Altstadt-Mitte	410 Oberau	560 Waltershofen
112 Altstadt-Ring	421 Oberwiehre	611 Haslach-Egerten
120 Neuburg	422 Mittelwiehre	612 Haslach-Gartenstadt
211 Herdern-Süd	423 Unterwiehre-Nord	613 Haslach-Schildacker
212 Herdern-Nord	424 Unterwiehre-Süd	614 Haslach-Haid
220 Zähringen	430 Günterstal	621 St. Georgen-Nord
231 Brühl-Güterbahnhof	512 Stühlinger-Eschholz	622 St. Georgen-Süd
232 Brühl-Industriegebiet	513 Alt-Stühlinger	630 Opfingen
233 Brühl-Beurbarung	521 Mooswald-West	640 Tiengen
240 Hochdorf	522 Mooswald-Ost	650 Munzingen
310 Waldsee	531 Betzenhausen-Bischofslinde	660 Weingarten
320 Littenweiler	532 Alt-Betzenhausen	670 Rieselfeld
330 Ebnet	540 Landwasser	680 Vauban
340 Kappel	550 Lehen	

F23.1 Anteil Haushalte mit Kindern an allen Haushalten am 31.12.2016 in den Stadtbezirken von Freiburg, in %



Quelle: Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

F24: Anteil Haushalte von Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern am 31.12.2016 in den Stadtbezirken von Freiburg, in %



Quelle: Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

VI.

Interkommunaler Vergleich

1. Methodischer Hinweis	110
2. Freiburg im Städtevergleich	111
3. Kennzahlen im Überblick	113
4. Diagramme	114

1. Methodischer Hinweis

Dargestellt werden **21 Kennzahlen**, die sich auf die Themenbereiche des Reports wie folgt aufteilen:

- Bevölkerung/Haushalt = 6
- Erwerbstätigkeit/Arbeitslosigkeit = 6
- Soziale Sicherung/Armutsgefährdung = 4
- Familie, Kinder u. Jugendliche = 5

Der Vergleich umfasst die 9 Stadtkreise in Baden-Württemberg, ergänzt durch die Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen, sowie dem Land Baden-Württemberg.

Alle für den Vergleich aus überregionalen Quellen übernommen Daten und Kennzahlen mit Nachweis von Quoten und Anteilen an der Bevölkerung basieren auf den Bevölkerungszahlen, die beim Statistischen Landesamt für die Kreise geführt werden. Grundlage der Berechnung bei allen nicht aus dem Städtevergleich stammenden Kennzahlen (Ziff. 1-4 des Reports) ist der ausgewiesene Bevölkerungsstand, wie er sich aus dem Melderegister ergibt. Die bekannten und auf einen statistischen Artefakt beruhenden Abweichungen zwischen den Landeszahlen und den Zahlen aus dem Freiburger Melderegister können hier bei gleichen Kennzahlen zu teilweise unterschiedlichen Werten führen, die aber die Aussagekraft des Städtevergleichs nicht berühren. Punktuelle Unterschiede in den Kennzahlenwerten sind ggf. auch darauf zurückzuführen, dass bei der Darstellung unterschiedliche Stichtage zugrunde gelegt wurden.

Besondere Beachtung erfordert der für die Kennzahlen jeweils dargestellte aktuelle Berichtsstand, der sich im Hinblick auf die Verfügbarkeit der Daten teilweise sehr unterschiedlich darstellt. Dieser unterschiedliche Berichtsstand macht es erforderlich, den Städtevergleich immer vor dem Hintergrund der erzielten „Aktualität“ zu lesen und einzuordnen.

Die Darstellung der Kennzahlen erfolgt nachfolgend nach den im Report unterschiedenen Themenbereichen. Zur Einordnung in den Städtevergleich lässt sich für Freiburg für jede Kennzahl ein Rang auf einer Skala von 1 bis 9 zuordnen (entspricht den 9 Stadtkreisen), der sich aus dem für die Stadt erreichten Kennzahlenwert ergibt. Ein vergleichsweise geringer Wert führt zu einem Rang im unteren Bereich der Skala (1=kleinster Wert), während ein hoher Wert zu einem Rang im oberen Bereich der Skala führt (9=höchster Wert).

2. Freiburg im Städtevergleich

Zentrale Ergebnisse des Städtevergleichs sind (siehe Tabelle Städtevergleich):

Bereich Bevölkerung / Haushalte

Freiburg ist eine vergleichsweise junge Stadt in dem besonderen Sinne, dass in keinem anderen Stadtkreis in Baden-Württemberg der Anteil der Menschen über 65 Jahre an der Bevölkerung so gering ist wie in Freiburg. Bezüglich des Anteils der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren an der Bevölkerung liegt Freiburg mit 15,9 % im Mittelfeld.

Auf 100 Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren kommen in Freiburg 41,5 Personen, die entweder jünger als 15 oder älter als 65 Jahre sind. Dieses das Verhältnis von Jungen und Alten zu den mittleren Altersgruppen kennzeichnende „Abhängigkeitsquote“ liegt in Freiburg im unteren Wertebereich, sodass den Jungen und Alten in der Stadt noch eine vergleichsweise starke Bevölkerungsgruppe im mittleren Alter gegenübersteht.

Der Anteil der Ausländer_innen ist in Freiburg vergleichsweise gering. Von allen Stadtkreisen Baden-Württembergs hat Freiburg den geringsten Ausländer_innenanteil. Die umliegenden Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen weisen dagegen wesentlich geringere Anteile auf. Der Anteil der deutsch-ausländischen Eheschließungen in Freiburg liegt wiederum im Mittelfeld. Anzumerken ist hier, dass sich diese Kennzahl auf alle Eheschließungen bezieht, die im jeweiligen Kreis vollzogen worden sind und nicht allein die der Ortsansässigen umfasst.

Der Anteil der Wohnungen, die fünf und mehr Räume haben, liegt in Freiburg bei 24,6 % und ist damit relativ gering gegenüber den anderen Stadtkreisen. In den angrenzenden Landkreisen Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen hingegen liegt der Anteil bei rund 45 %, ähnlich wie der Durchschnitt in Baden-Württemberg.

Bereich Erwerbstätigkeit / Arbeitslosigkeit

Die Städte Heidelberg, Stuttgart, Freiburg und Karlsruhe verfügen in Baden-Württemberg über die größten Anteile hochqualifizierter Beschäftigter (über 30 %). In den Landkreisen sowie in Heilbronn und Pforzheim liegen diese Anteile unter 15 %, während der baden-württembergische Durchschnitt bei 16,7 % liegt.

Bezüglich der Teilzeitbeschäftigten hat Freiburg den höchsten Anteil unter den Stadtkreisen in Baden-Württemberg gefolgt von Heidelberg. Teilzeitbeschäftigung, geringfügige Beschäftigung und Leiharbeit sind die Formen der Erwerbstätigkeit, die zusammengefasst als „atypische Beschäftigung“ bezeichnet werden. In diesem Bereich der Beschäftigungsverhältnisse hat Freiburg mittlere Zuwachsraten zu verzeichnen, ähnlich wie die meisten Stadtkreise. Einzig Heilbronn sticht mit einer großen Abnahme hervor. Ebenfalls auffällig ist der relativ große Zuwachs des Kreises Breisgau-Hochschwarzwald. Hier sind jedoch Änderungseffekte zu vermuten, die in der Revision der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit begründet liegen.

Die Arbeitslosenquote war im Jahr 2016 in Pforzheim mit 7,2 % am höchsten. Mit Ausnahme von Heidelberg und Ulm hatten alle anderen Städte in Baden-Württemberg eine Arbeitslosenquote zwischen 5 und 6 %. Die Arbeitslosenquote in Freiburg lag 2016 bei 5,9 %. Die beiden Nachbarlandkreise von Freiburg weisen niedrige Quoten von unter 4 % auf und liegen somit auch unterhalb des Durchschnitts in Baden-Württemberg (3,8 %). Beim Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen weist Freiburg einen mittleren Wert auf (34,5 %). Heilbronn, Karlsruhe, Pforzheim und Ulm haben niedrigere Werte. Auffällig ist die niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Freiburg (2,3 %), die zusammen mit Ulm die niedrigste aller Stadtkreise ist und sogar unterhalb des baden-württembergischen Durchschnitts liegt.

Bereich der Grundsicherung (SGB II)

Zwischen 2013 und 2016 ist die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften in Freiburg leicht angestiegen (+3,6 %). Eine Abnahme zu verzeichnen haben Heidelberg und Karlsruhe. Die Entwicklung der Anzahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften ist ähnlich wie die Zahl der Bedarfsgemeinschaften. Freiburg weist hier den drittniedrigsten Wert auf mit 4,5 % und liegt damit deutlich unterhalb des Landesdurchschnitts. Der Anteil der SGB II-Empfänger_innen unter 15 Jahren liegt in Freiburg bei 15,6 %. Auch Freiburg liegt hier weit oberhalb des Durchschnitts in Baden-Württemberg (8,0 %). Beim verfügbaren Einkommen liegt Freiburg am unteren Ende der Skala mit 20 233 Euro verfügbarem Einkommen pro Haushalt, nur in Mannheim haben die Haushalte weniger Geldmittel zu Konsumzwecken zur Verfügung.

Bereich Familie, Kinder und Jugendliche

Wie schon zum letzten Sozialbericht 2014 liegt Freiburg (42,0 %) nach wie vor beim Ausbau der Betreuungsangebote für unter 3-Jährige hinter Heidelberg (47,9 %) auf dem zweithöchsten Rang. Allerdings ist der Anteil der in Kindertagespflege betreuten Kinder mit mehr als 35 Stunden vereinbarter Betreuungszeit pro Woche in Freiburg relativ niedrig mit 7,9 % und somit auch unterhalb des baden-württembergischen Durchschnitts mit 9,1 %. Stuttgart, Baden-Baden, Mannheim und Heidelberg haben hier Werte mit teils weit über 20 %, während Heilbronn Pforzheim und Karlsruhe noch geringere Werte als Freiburg aufweisen.

Einen mittleren Wert hat Freiburg bezüglich der Übergangsquote auf das Gymnasium. Mehr als die Hälfte der Schüler_innen (52,6 %) wechseln nach der Grundschule auf das Gymnasium. Heidelberg erreicht hier den höchsten Wert (65,7 %) und Heilbronn den niedrigsten (42,6 %).

Der Anteil der Schulabgänger_innen mit Hauptschulabschluss liegt in Freiburg bei 11,6 % und ist damit relativ gering. Beim Anteil der Schulabgänger_innen ohne Hauptschulabschluss, der in Freiburg bei 5,7 % liegt, befindet sich Freiburg im Mittelfeld und unter dem Landesdurchschnitt (6,5 %).

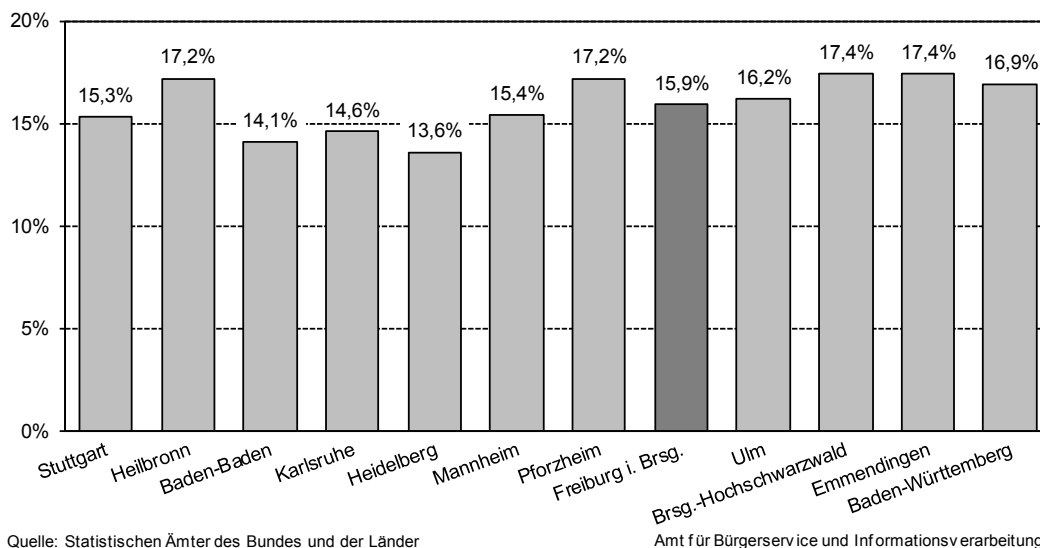
3. Kennzahlen im Überblick

Kenn- zahl	Beschreibung Kennzahl / Indikator	Rang Stadt Freiburg ¹
Bevölkerung / Haushalte		
B1	Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung	6
B2	Anteil der 65-Jährigen und älter an der Bevölkerung	1
B3	Abhängigkeitsquotient - Verhältnis der Bevölkerung unter 15 Jahren und 65 Jahre und älter zur Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren	2
B4	Anteil Ausländer_innen an der Gesamtbevölkerung	1
B5	Anteil der deutsch-ausländischen Eheschließungen	4
B6	Anteil der Wohnungen mit 5 und mehr Räumen	3
Erwerbstätigkeit / Arbeitslosigkeit		
A1	Anteil der hochqualifizierten Beschäftigten an allen Beschäftigten	7
A2	Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Beschäftigten	9
A3	Zunahme „atypische“ Beschäftigung 2013 bis 2016	4
A4	Arbeitslosenquote	8
A5	Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen	5
A6	Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen)	1
Grundsicherung SGB II		
G1	Zu-/Abnahme der Bedarfsgemeinschaften nach SGB II von 2013 bis 2016	3
G2	Zu-/Abnahme der Personen in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II von 2013 bis 2016	3
G3	Anteil der Leistungsberechtigten nach SGB II unter 15 Jahre an der Bevölkerung unter 15 Jahre	7
G4	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner	2
Familie, Kinder, Jugendliche		
F1	Kindertagesbetreuung: Betreuungsquote der unter 3-Jährigen	8
F2	Kindertagesbetreuung: In Kindertagespflege betreute Kinder mit mehr als 35 Stunden vereinbarte Betreuungszeit pro Woche	4
F3	Übergangsquote von Grundschule auf Gymnasium im Schuljahr	5
F4	Anteil der Schulabgänger_innen mit Hauptschulabschluss an allen Schulabgänger_innen	3
F5	Anteil der Schulabgänger_innen ohne Hauptschulabschluss an allen Schulabgänger_innen	4

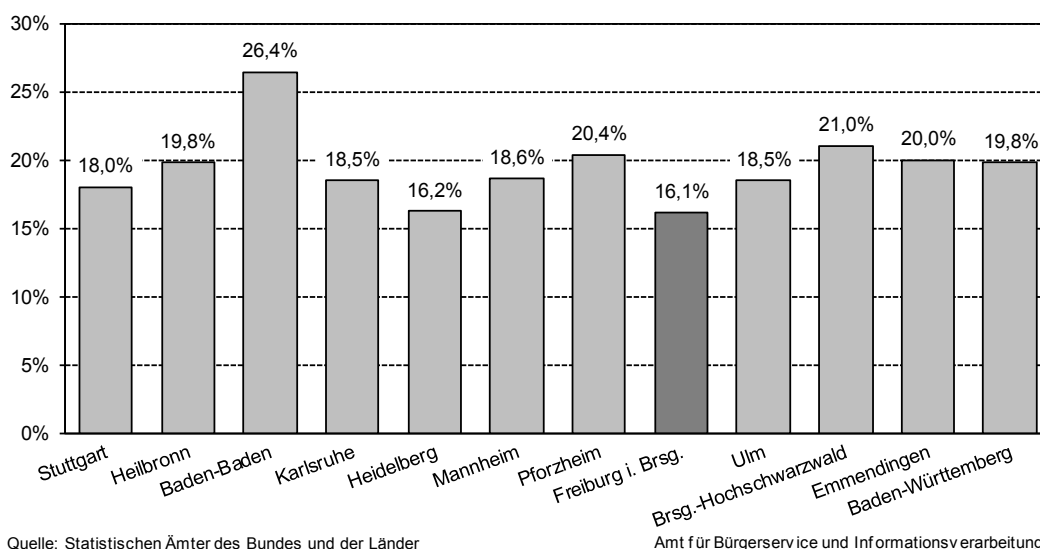
¹ Der Vergleich bezieht sich auf 9 Stadtkreise (= 9 Ränge). Ein vergleichsweise geringer Wert führt zu einem Rang im unteren Bereich der Skala (1=kleinster Wert), während ein hoher Wert zu einem Rang im oberen Bereich der Skala führt (9=höchster Wert).

4. Diagramme

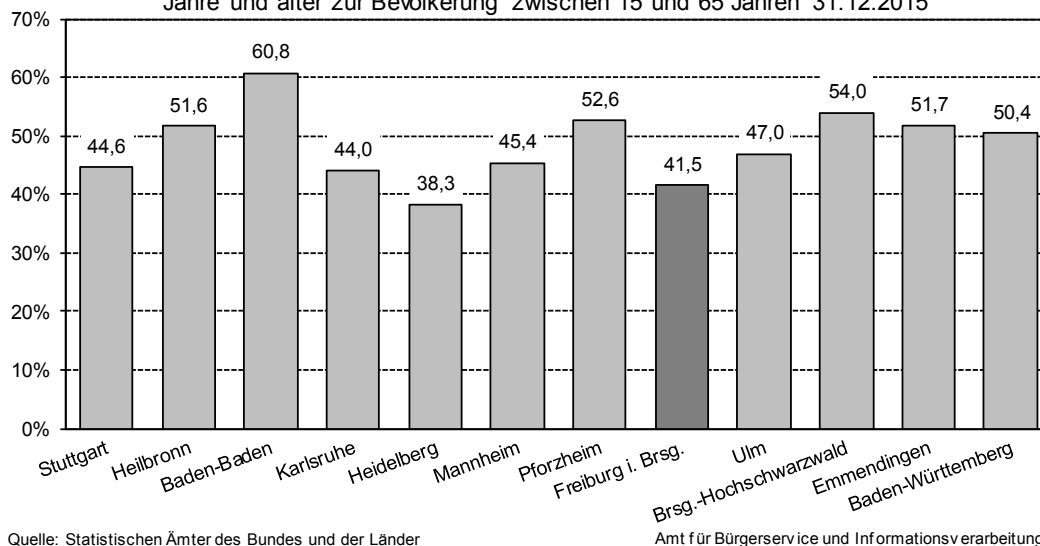
B1: Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung 31.12.2015, in %



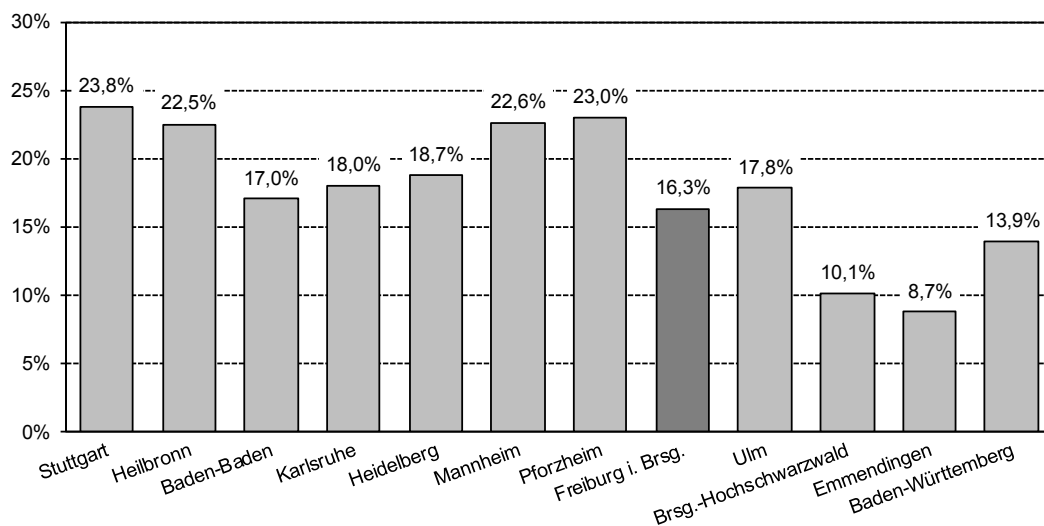
B2: Anteil der 65-Jährigen und älter an der Bevölkerung 31.12.2015, in %



B3: Abhängigkeitsquotient - Verhältnis der Bevölkerung unter 15 Jahren und 65 Jahre und älter zur Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren 31.12.2015



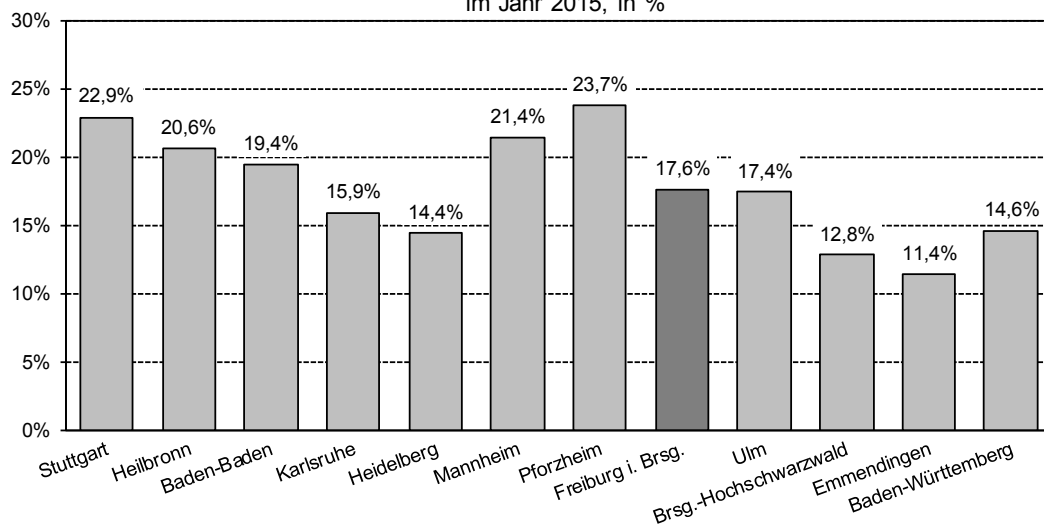
B4: Anteil Ausländer_innen an der Gesamtbevölkerung 31.12.2015, in %



Quelle: Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

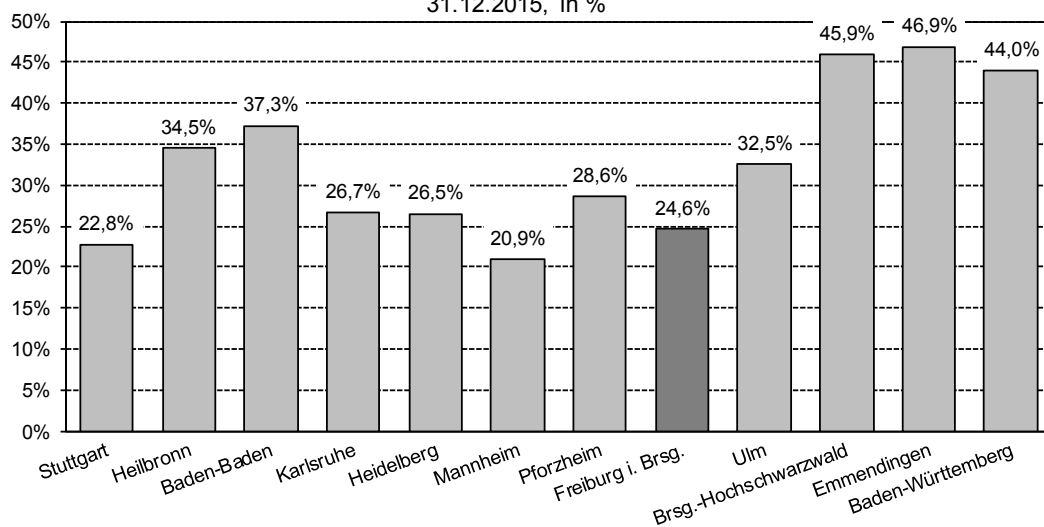
B5: Anteil der deutsch-ausländischen Eheschließungen an allen Eheschließungen im Jahr 2015, in %



Quelle: Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

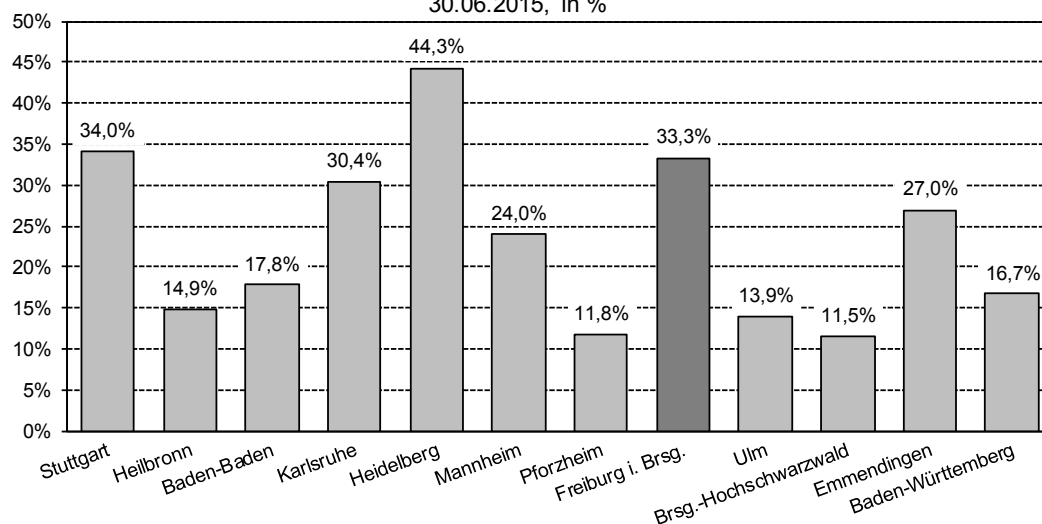
B6: Anteil der Wohnungen mit 5 und mehr Räumen an allen Wohnungen 31.12.2015, in %



Quelle: Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

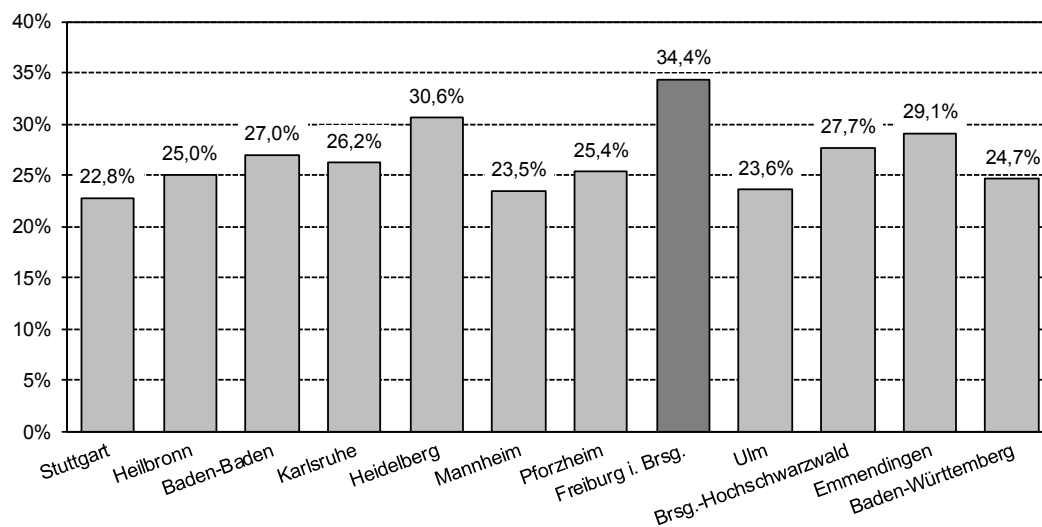
A1: Anteil der hochqualifizierten Beschäftigten an allen Beschäftigten am 30.06.2015, in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

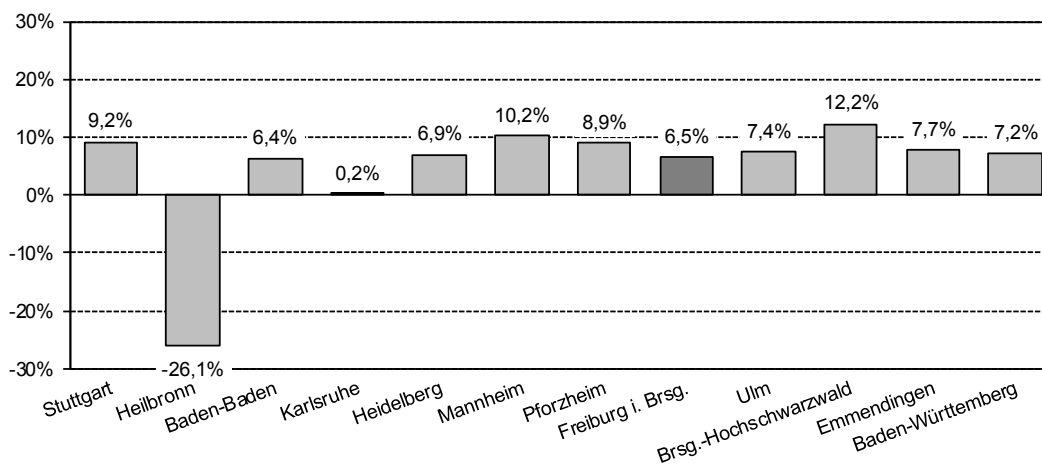
A2: Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Beschäftigten 30.06.2015, in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

A3: Entwicklung atypische Beschäftigung* 2013 bis 2016 (30.06.) in %

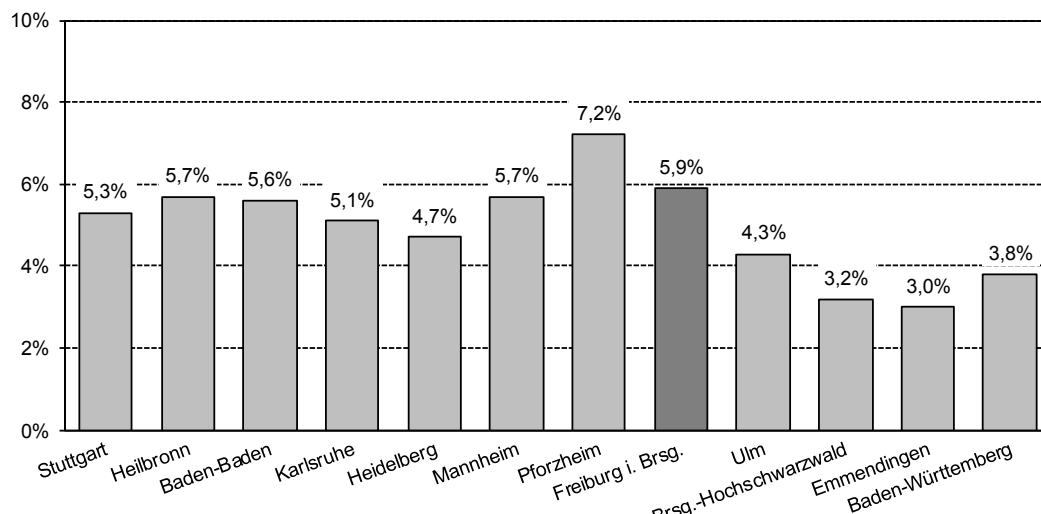


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

* Atypische Beschäftigung umfasst Teilzeitbeschäftigung, geringfügige Beschäftigung und Leiharbeit

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

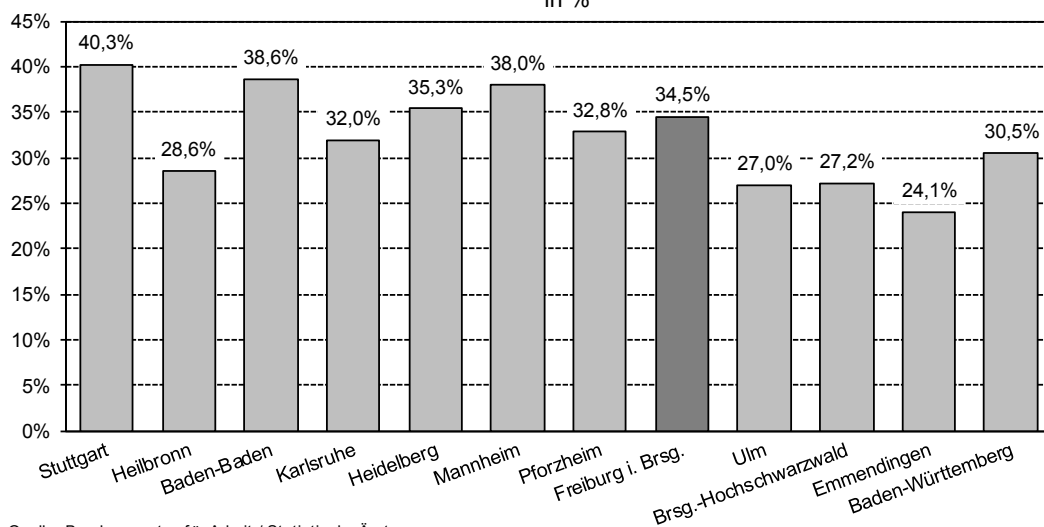
A4: Arbeitslosenquote Jahresdurchschnitt 2016, in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit / Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

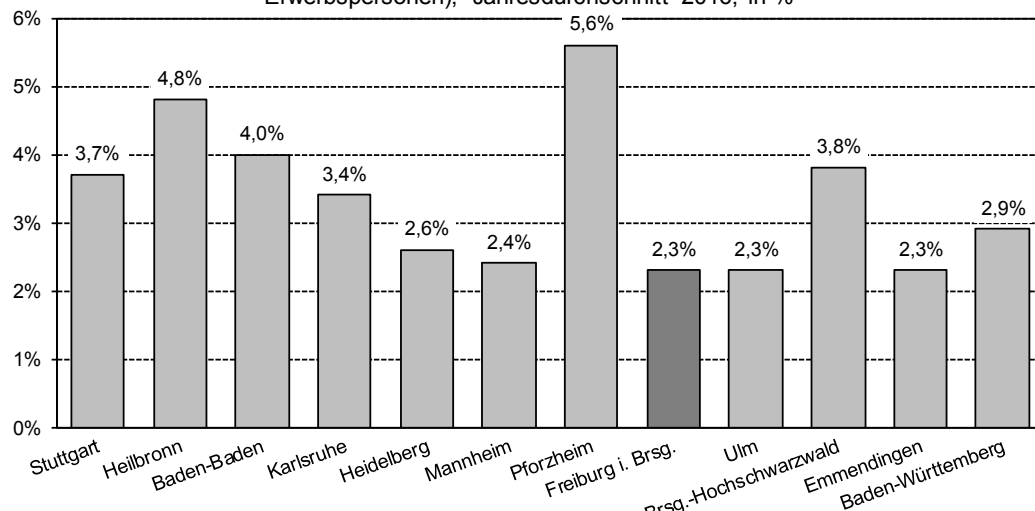
A5: Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen Jahresdurchschnitt 2016, in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit / Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

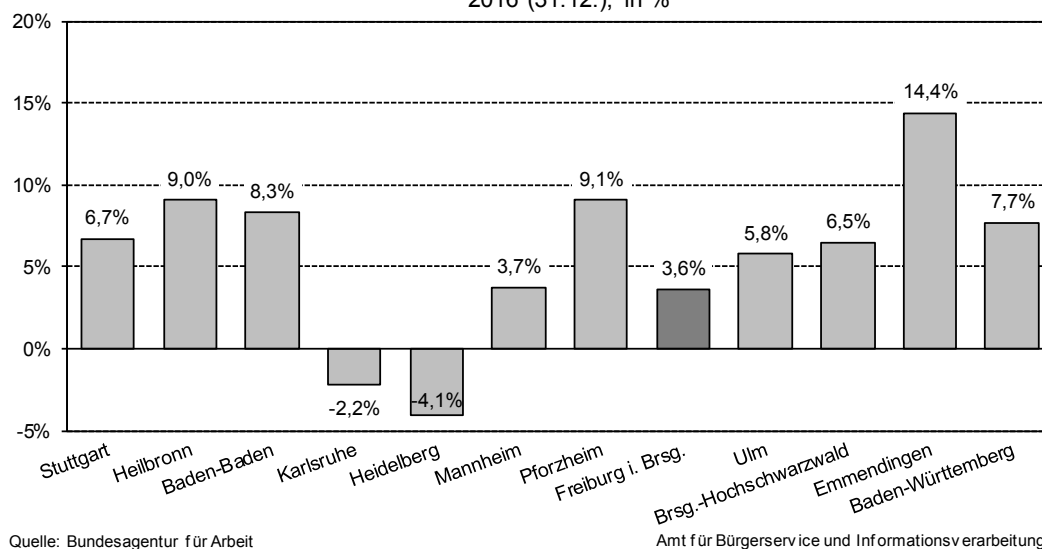
A6: Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen), Jahresdurchschnitt 2016, in %



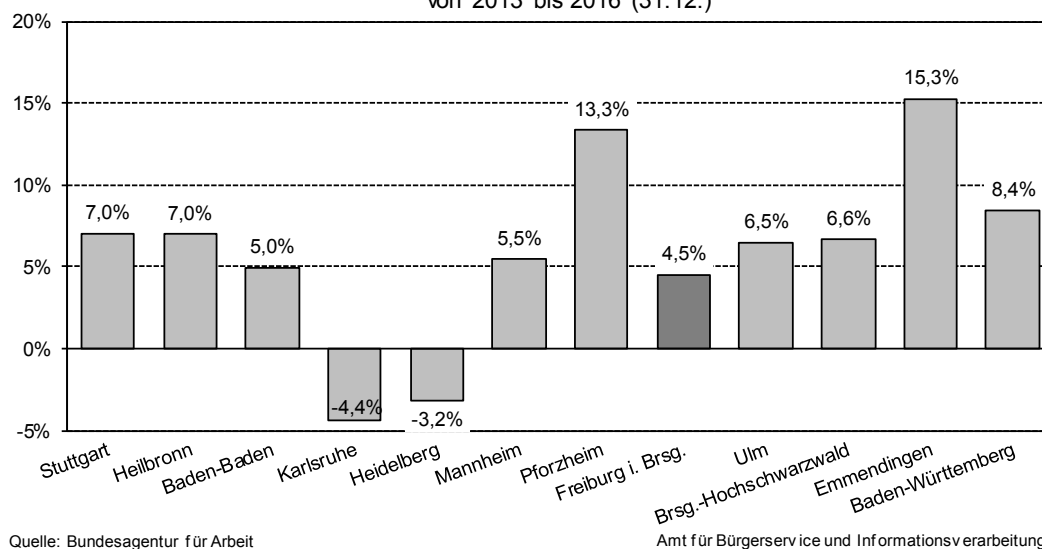
Quelle: Bundesagentur für Arbeit / Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

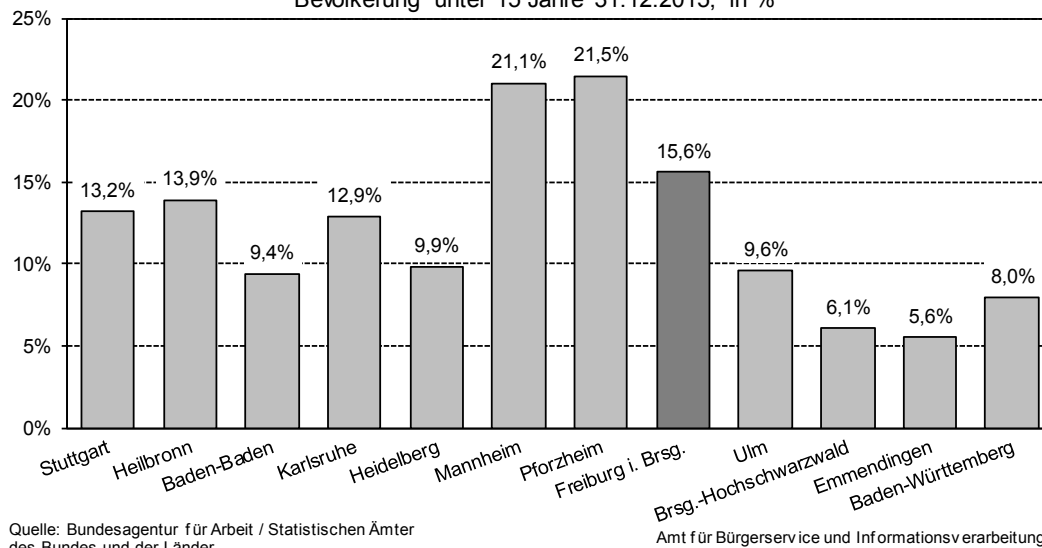
G1: Entwicklung der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften nach SGB II von 2013 bis 2016 (31.12.), in %



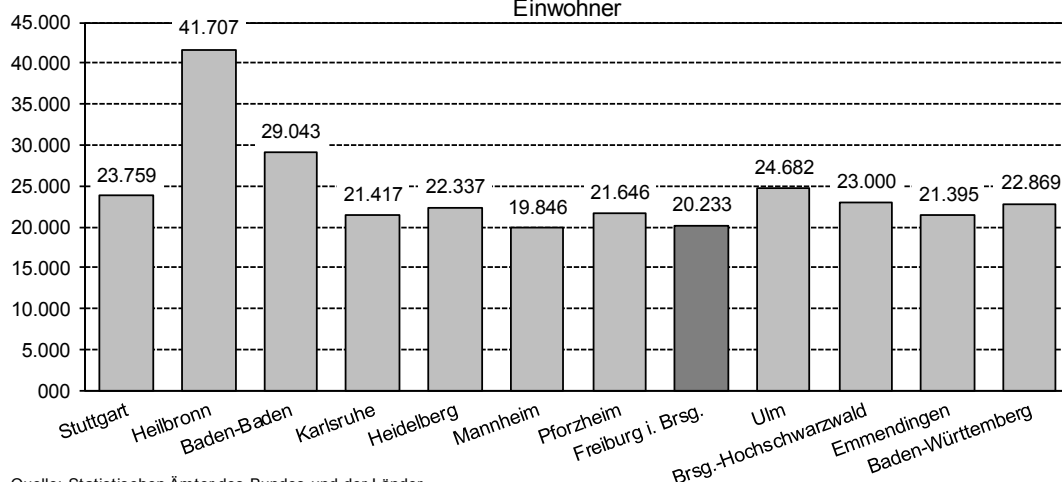
G2: Entwicklung der Anzahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II von 2013 bis 2016 (31.12.)



G3: Anteil der Leistungsberechtigten nach SGB II unter 15 Jahre an der Bevölkerung unter 15 Jahre 31.12.2015, in %



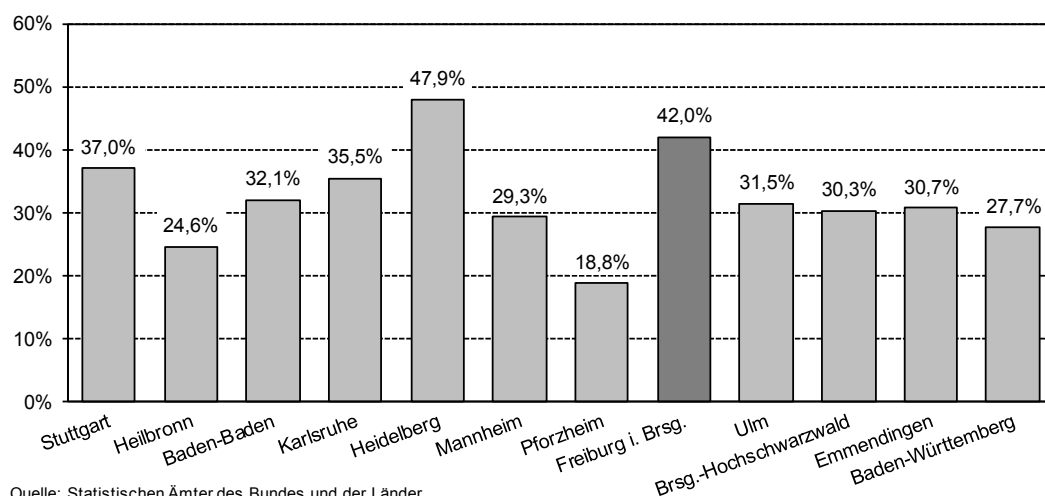
G4: Verfügbares Einkommen* der privaten Haushalte im Jahr 2014, Euro je Einwohner



Quelle: Statistischen Ämter des Bundes und der Länder
 * Gibt an, wie viel Geldmittel der Bevölkerung zu Konsumzwecken frei zur Verfügung stehen: Erwerbs- und Übertragungseinkommen abzüglich direkter Steuern und Sozial-abgaben, der zur Vermögensbildung verwendeten Mittel sowie der Wohnungskosten.

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

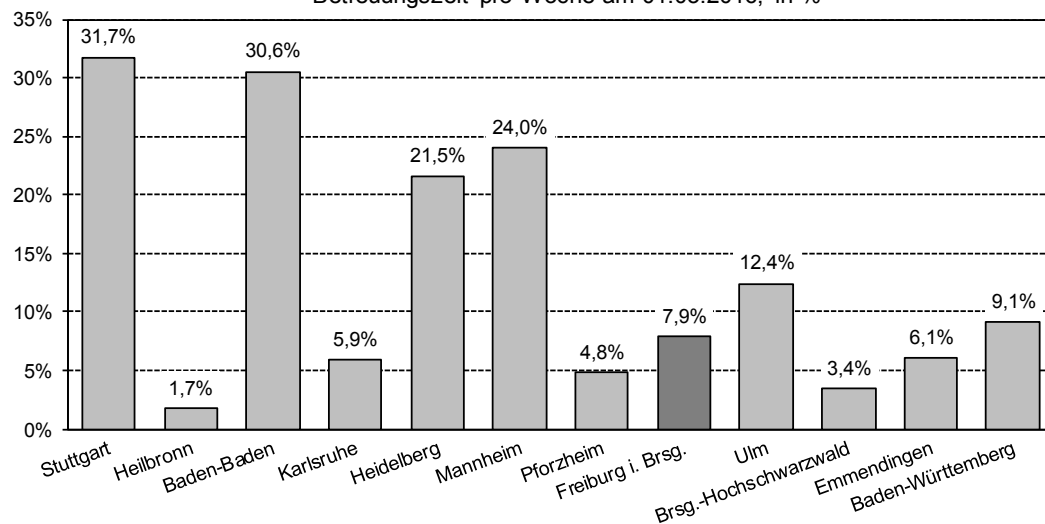
F1: Betreuungsquote der unter 3-Jährigen am 01.03.2016, in % *



Quelle: Statistischen Ämter des Bundes und der Länder
 * Die Quote des Statistischen Landesamtes wird anhand der amtlichen Einwohnerzahl berechnet, die bekanntlich von der Einwohnerzahl aus dem Einwohnermelderegister nach oben hin abweicht.

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

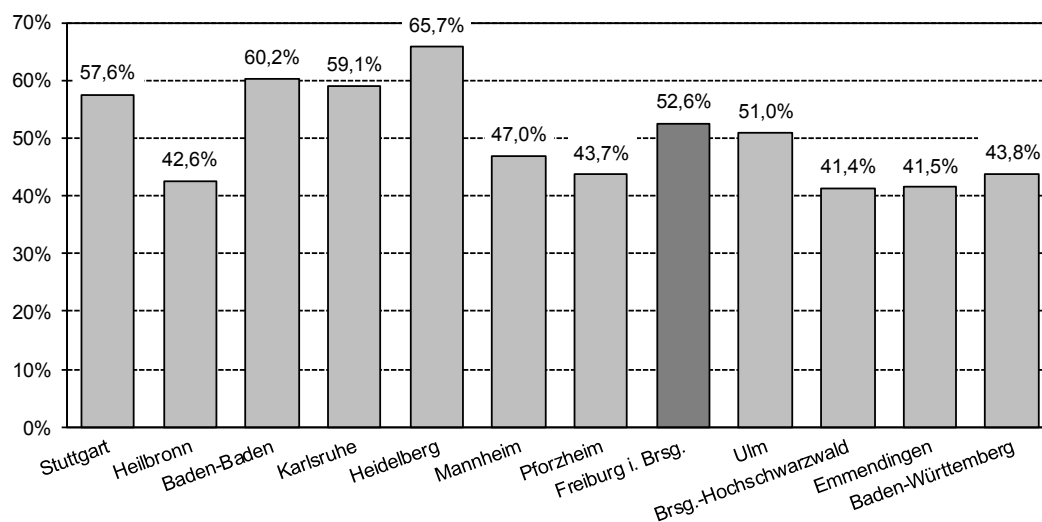
F2: In Kindertagespflege betreute Kinder mit mehr als 35 Stunden vereinbarter Betreuungszeit pro Woche am 01.03.2016, in %



Quelle: Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

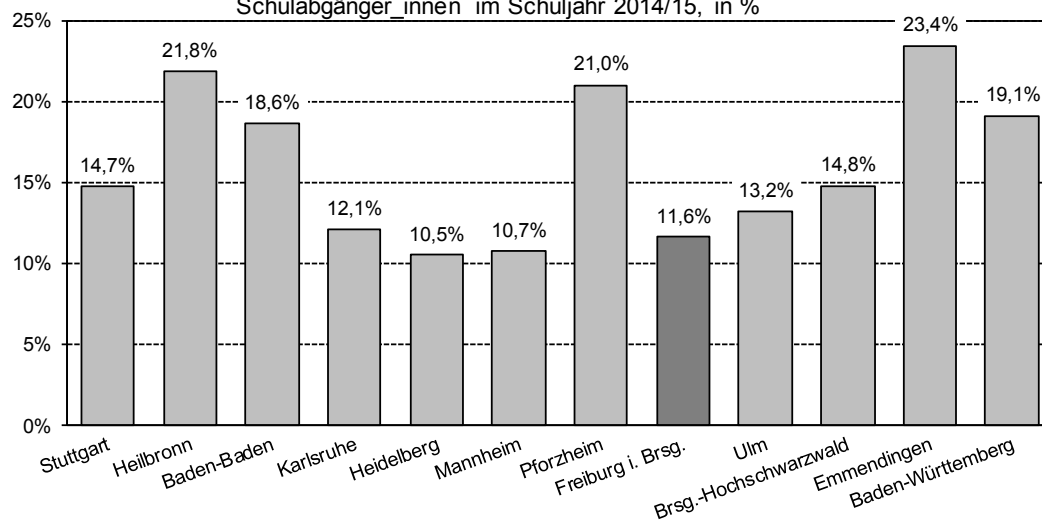
F3: Übergangsquote von Grundschule auf Gymnasium im Schuljahr 2016/17, in %



Quelle: Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

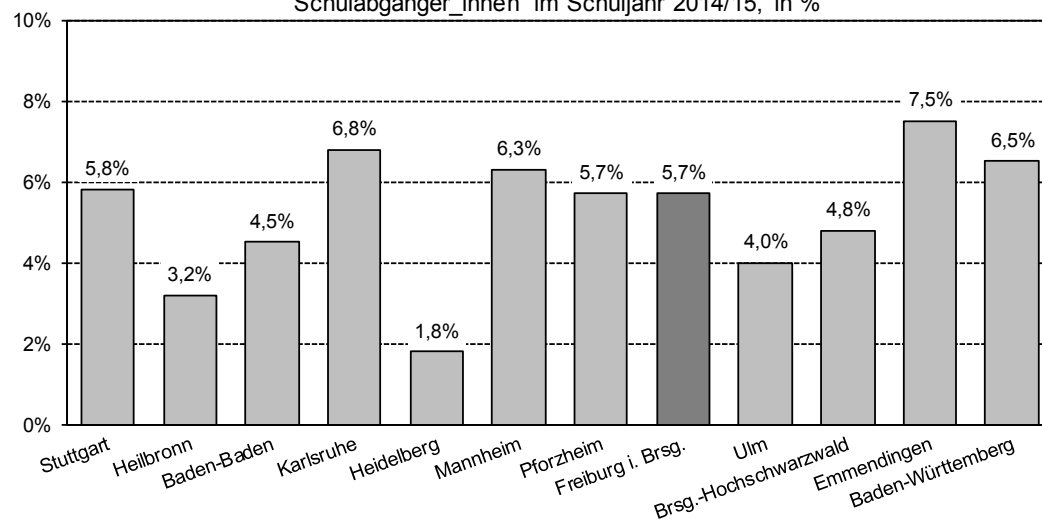
F4: Anteil der Schulabgänger_innen mit Hauptschulabschluss an allen Schulabgänger_innen im Schuljahr 2014/15, in %



Quelle: Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

F5: Anteil der Schulabgänger_innen ohne Schulabschluss an allen Schulabgänger_innen im Schuljahr 2014/15, in %



Quelle: Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

VII.

Fokus Migration und Geflüchtete

1. Einführung	122
2. Geflüchtete in öffentlich-rechtlicher Unterbringung	122
3. Integrationsmaßnahmen für Geflüchtete	124
4. Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) – Leistungsbeziehende	125
5. Tabellen und Abbildungen zur Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten	126

1. Einführung

In Freiburg leben rund 65.000 Menschen mit Migrationshintergrund. Das entspricht etwa 29 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die größten communities kommen aus Italien, Rumänien, der Türkei und Frankreich. An fünfter Stelle folgt Syrien. Von den Menschen mit Migrationshintergrund hatten Ende des Jahres 2017 rund 39.000 einen ausländischen Pass. Darunter waren zum Stichtag 31.10.2017 differenziert 16.558 EU-Bürger_innen (inkl. Liechtenstein, Island und Norwegen), 2971 Anerkannte und Kontingentflüchtlinge, Personen mit subsidiärem Schutz und Asylberechtigte nach der Genfer Menschenrechtskonvention, 873 Geduldete und 1255 Asylbewerber_innen.

In den Jahren 2015 und 2016 hat die Stadt Freiburg im Vergleich zu den Vorjahren viele geflüchtete Menschen aufgenommen, die um Schutz und Sicherheit ersucht haben. Weltweit waren in diesen Jahren zwischen 50 und 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Nach Deutschland kamen in dieser Zeit rund 1,3 Millionen Menschen. In Freiburg stieg die Zahl der Geflüchteten in öffentlich-rechtlicher Unterbringung von rund 950 Menschen (Ende 2013) auf rund 3340 Menschen (Ende 2016) und sank anschließend auf rund 3000 (Ende 2017). Unter den Geflüchteten sind 204 jesidische Frauen und Kinder aus dem Nordirak, die die Stadt Freiburg im Rahmen einer Sonderkontingentsregelung aufgenommen hat. Von den Geflüchteten, die in dieser Zeit öffentlich-rechtlich untergebracht waren, sind rund 500 Menschen in Privatwohnraum in Freiburg gezogen. Zahlreiche Menschen sind zudem weggezogen.

Im Rahmen des Familiennachzugs kamen im Jahr 2017 durchschnittlich 8 Personen pro Monat nach Freiburg. Allerdings ist die Höhe des weiteren Familiennachzugs insbesondere mit Blick auf die Kriegssituation in den Heimatländern der Geflüchteten sowie der derzeit diskutierten möglichen Anpassung der Bundesgesetzgebung schwer absehbar.

Nachfolgende Darstellung zeigt einen Ausschnitt der städtischen Maßnahmen für Geflüchtete.

2. Geflüchtete in öffentlich-rechtlicher Unterbringung

Als Stadtkreis ist Freiburg untere Aufnahmebehörde und hat die öffentlich-rechtliche Unterbringung von Geflüchteten, die durch das Land zugewiesen werden, zu gewährleisten. Als Stadtkreis ist Freiburg zuständig für die vorläufige und Anschlussunterbringung.

In Freiburg betreibt das Land eine bedarfsorientierte Erstaufnahmeeinrichtung (EA) für Geflüchtete in eigener Zuständigkeit. Am bestehenden Standort der EA auf dem Gelände der ehemaligen Polizeiakademie in der Lörracher Straße wird das Land im Jahr 2018 eine Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) in Betrieb nehmen. Neben Freiburg sind Karlsruhe, Ellwangen und Sigmaringen als Standorte für eine LEA vorgesehen. Als LEA-Standort ist Freiburg ab dem 01.01.2018 von neuen Zuweisungen von geflüchteten Personen in die kommunale Unterbringung befreit.

Nachfolgende kursorische Auflistung stellt dar, wie sich die Zahl der Untergebrachten in den letzten Jahren entwickelt hat. Vergleiche dazu auch Ziffer 5 „Tabellen und Grafiken zur Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten“:

- Ende 2013 waren insgesamt 947 Geflüchtete öffentlich-rechtlich untergebracht, im Dezember 2017 waren es 2.968 Personen.
- Im März 2016 waren 3.735 Personen öffentlich-rechtlich untergebracht. Die Zahl der Wohnversorgten markiert hier einen Höhepunkt. Von Januar 2015 bis zu diesem Zeitpunkt hat sich die Zahl mehr als vervierfacht. Gleichzeitig markiert der März auch einen Wendepunkt, da die Zahlen seit dieser Zeit leicht rückläufig sind.
- Drei Viertel aller Untergebrachten kommen aus einem engen Kreis von Herkunftsländern. Die meisten stammen aus Syrien (26%), dem Irak (21%), Ex-Jugoslawien ohne Kosovo (11%), dem Kosovo (10%) und Afghanistan (10%). Alle anderen kommen aus sonstigen Ländern mit einem Anteil von 5% oder geringer. (Stand: 31.10.2017)
- 78% der Wohnversorgten leben in einem Wohnheim, 22% in Wohnungen. (Stand: 31.10.2017)
- 42% der Wohnversorgten sind Kinder- und Jugendliche. 20% sind im Vorschulalter. (Stand: 31.10.2017)
- Das Verhältnis von Männern und Frauen beträgt in den Unterkünften 56% zu 44%. (Stand: 31.10.2017)
- Die Stadt unterhält über die ganze Stadt verteilt insgesamt 16 Wohnheime. Des Weiteren gibt es noch kleinere Gemeinschaftsunterkünfte, die bestimmten Gruppen - wie z.B. den Jesidinnen - vorbehalten sind. (Stand: 31.1.2018)
- Der starke und dann wieder abnehmende Zuzug von Geflüchteten hat bei der Stadt vor allem im Bereich der Wohnversorgung große Flexibilität und ein schnelles Reagieren auf die sich ändernde Situation erforderlich gemacht:
 - Durch die hohen Zuzugszahlen bis in das Jahr 2016 hinein war es erforderlich, bis zur Fertigstellung von regulären Wohnheimen provisorische Notunterkünfte bereit zu stellen, um Obdachlosigkeit zu vermeiden. Dies waren eine Turnhalle in Opfingen, das ehemalige ADAC Gebäude in der Haslacher Straße, die Stadthalle in der Schwarzwaldstraße, die Lörracher Straße 45 (EG), die Waltershofer Straße und ein Zeltstandort in der Mundenhofer Straße. Nach Bezug der regulären Wohnheime konnten die Standorte sukzessive bis Ende 2016 wieder aufgegeben werden.
 - In der Folge rückläufiger Zuzugszahlen wurden zudem zwischenzeitlich verschiedene kurzfristig zur Verfügung gestellte Unterkünfte wieder geschlossen: im Hartkirchweg, im Hagelstauden, in der Schützenallee und der Kartäuserstraße.
 - Einige der Wohnheime konnten in der Folge für die Unterbringung von Wohnungslosen genutzt werden: die Stadthalle in der Schwarzwaldstraße, die Waltershofer Straße, das ehemalige ADAC Gebäude in der Haslacher Straße (mittlerweile geschlossen) und die Bötzingen Straße 50a.

- Beispielhaft wurden neue Modelle des Wohnens umgesetzt. Im Wohnheim Längenloh wurde seit Oktober 2016 gemeinsames Wohnen von Studierenden und Geflüchteten angeboten. Bis August 2017 wohnten hier 150 Studierende mit Geflüchteten zusammen. Grundlage war eine Kooperation zwischen der Stadt und dem Studierendenwerk Freiburg. In der Unterkunft in der Hammerschmiedstraße (nach der Umbenennung der Straße: Bergäckerstraße), die grundsaniert und erweitert wird, soll auf Grundlage der positiven Erfahrungen in Längenloh anschließend studentisches Wohnen ergänzend zur Unterbringung der Geflüchteten realisiert werden.

3. Integrationsmaßnahmen für Geflüchtete

Im globalen Vergleich der Fluchtbewegungen waren die Zuzugszahlen in Freiburg verhältnismäßig gering, aus kommunaler Sicht waren sie eine Herausforderung. Um die Versorgung der Geflüchteten wirksam zu leisten, hat die Verwaltung ihre Organisationsstrukturen angepasst und bereits zu Beginn 2015 eine Projektgruppe für die Flüchtlingsversorgung eingesetzt. Diese wurde im Herbst 2015 erweitert und mit weiteren Kompetenzen ausgestattet. Die Verwaltung wurde vom Gemeinderat bei der Wahrnehmung der notwendigen Aufgaben sehr stark unterstützt. Zugleich hat die enorme zivilgesellschaftliche Anteilnahme und Hilfe wesentlich dazu beigetragen, dass die Geflüchteten in Freiburg gut „ankommen“ konnten.

Neben der Unterbringung von Geflüchteten ist die Integration der Menschen in die Stadtgesellschaft die zweite, wesentliche Aufgabe. Der Fokus der Stadtpolitik richtet sich nach erfolgreicher Unterbringung der neu Zugewanderten nun sehr stark auf diese Aufgabe. Dabei verfolgt die Stadt folgende Ziele: Geflüchtete sollen in ihrer neuen Heimat eigenverantwortlich leben und die Chancen, die die Gesellschaft bietet, nutzen können. Damit dies gelingen kann, braucht es die Integration in den Arbeits- und Wohnungsmarkt, Bildungsangebote, insbesondere Sprachvermittlung, Teilhabe an Kultur sowie die Förderung der Rechts- und Werteakzeptanz.

Integration ist eine gesellschaftliche Daueraufgabe. Um diese wirksam zu begleiten, hat die Stadtverwaltung zum 1. Juni 2016 ein eigenes Amt für Migration und Integration gegründet, die Aufgaben und Expertenwissen gebündelt mit dem Ziel, das Themenfeld Integration strukturell stärker in der Verwaltung zu verankern. Im Frühjahr 2018 arbeiten rund 170 Mitarbeitende im Amt für Migration und Integration. Das Amt bietet nicht nur Leistungen für neu Zugewanderte, sondern auch für Menschen mit Migrationsgeschichte, die schon länger in Freiburg leben.

Zur Förderung der Integration von Geflüchteten wurden in den letzten Jahren viele weitere Maßnahmen und Konzepte initiiert und umgesetzt. Beispielhaft zu nennen sind:

- Schaffung eines aufsuchenden Fallmanagements („Pakt für Integration in den Kommunen“) mit Integrationsmanager_innen zur Ergänzung des Sozialdienstes für Geflüchtete in den Unterkünften;
- Einrichtung eines gemeinsamen Kompetenz-Centers für Geflüchtete von Jobcenter

Freiburg, Agentur für Arbeit Freiburg, Projektverbund Baden sowie Amt für Migration und Integration zur besseren Vermittlung von Geflüchteten in Ausbildung und Arbeit;

- Schaffung eines umfassenden Sprachförderangebots für alle in Freiburg lebenden, erwachsenen Geflüchteten mit Mitteln des Bundes, des Landes und der Stadt;
- Einrichtung eines zentralen Dolmetschendenpools im Amt für Migration und Integration, der sozialen Initiativen und Institutionen zur Verfügung steht;
- Integration von Kindern und Jugendlichen in Familien mit Fluchterfahrungen durch Schaffung von Angeboten im Bereich Frühen Hilfen und Kindertageseinrichtungen.
- Aufbau von örtlichen Strukturen im Bereich Wertevermittlung sowie Förderung der Antidiskriminierungsarbeit, hier im Kontext des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ und des Nachfolgeprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“, Initiierung eines Netzwerks für Gleichbehandlung.

4. Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) – Leistungsbeziehende (siehe Tabelle 4 und Abbildung 4)

Die Fluchtbewegungen spiegeln sich auch in der Zahl derjenigen Personen wider, die Asylanträge stellen und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen. Leistungsberechtigt sind Ausländer_innen mit bestimmten ausländerrechtlichen Voraussetzungen, zum Beispiel Personen

- die eine Aufenthaltsgestattung nach dem Asylgesetz oder eine Aufenthaltserlaubnis wegen des Krieges in ihrem Heimatland nach § 23 Absatz 1 oder § 24 des Aufenthaltsgesetzes besitzen oder Personen,
- die nach § 25 Absatz 4 Satz 1 sowie nach bestimmten Voraussetzungen des Aufenthaltsgesetzes nach § 25 Absatz 5 besitzen,
- die eine Duldung nach § 60a des Aufenthaltsgesetzes besitzen,
- die einen Folgeantrag nach § 71 des Asylgesetzes oder einen Zweitantrag nach § 71a des Asylgesetzes stellen.

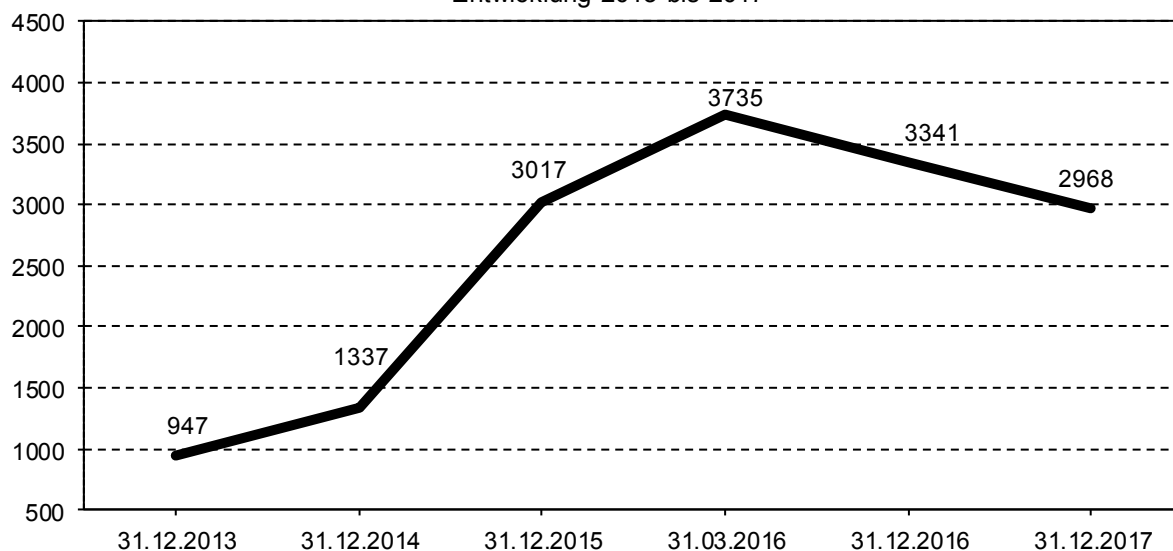
Die Leistungsberechtigung endet in der Regel mit der Ausreise, dem Entfallen der Leistungsvoraussetzung oder der Anerkennung der Person als asylberechtigt.

Von Mitte der 90er Jahre bis Ende der 2000er Jahre entwickelten sich die Zahlen bei den Asylanträgen und bei den Empfänger_innen von Leistungen nach dem AsylbLG nahezu durchgängig rückläufig. Ein Wendepunkt markiert das Jahr 2009 mit wieder steigenden Fallzahlen bis 2015, sowohl bei den Asylanträgen als auch bei den Leistungsempfänger_innen. Der Zuwachs im Jahr 2015 hebt sich hier besonders hervor. Ende 2016 standen 2.609 Personen im Leistungsbezug. Das sind rund 260 Personen weniger als noch 2015.

5. Tabellen und Abbildungen zur Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten

Abb. 1:

Zahl der Geflüchteten in öffentlich-rechtlicher Unterbringung in Freiburg
- Entwicklung 2013 bis 2017 -

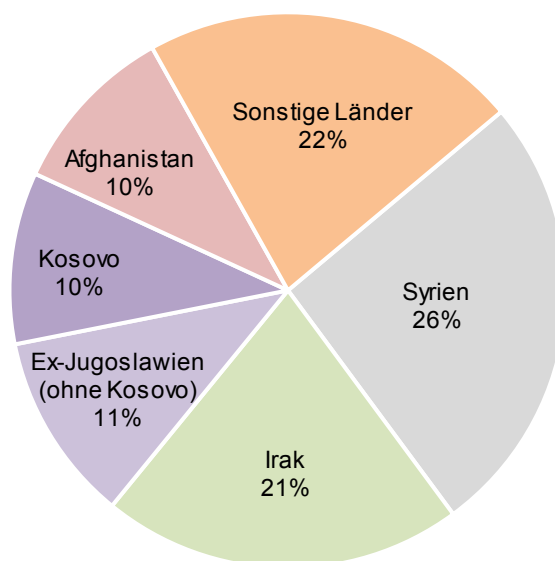


Quelle: Amt für Migration und Integration

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

Abb. 2:

Zahl der Geflüchteten in öffentlich-rechtlicher Unterbringung am 31.10.2017 in Freiburg
- Herkunftsland der Geflüchteten -



Quelle: Amt für Migration und Integration

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

Tab. 1: Geflüchtete in öffentlich-rechtlicher Unterbringung / 31.10.2017
- Art der Unterbringung -

Art	Anzahl	Anteil
Wohnheim	2 354	78 %
Wohnung	667	22 %
Gesamt	3 021	100 %

Quelle: Amt für Migration und Integration

Tab. 2: Geflüchtete in öffentlich-rechtlicher Unterbringung / 31.10.2017
- Alter -

Alter	Anteil
0-7 Jahre	20 %
8-13 Jahre	14 %
14-17 Jahre	8 %
18 Jahre u. älter	58 %
Gesamt	100 %

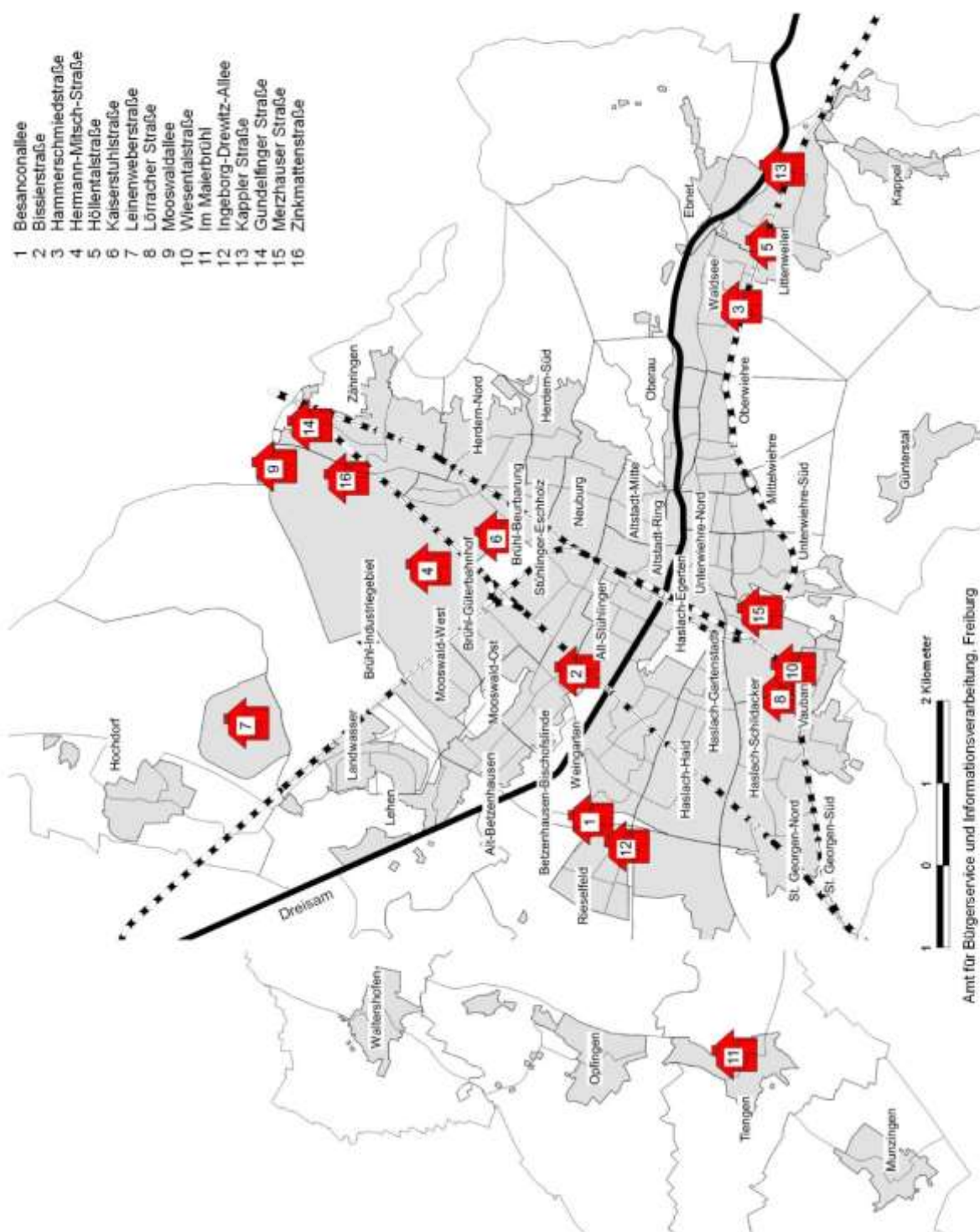
Quelle: Amt für Migration und Integration

Tab. 3: Geflüchtete in öffentlich-rechtlicher Unterbringung / 31.10.2017
- Geschlecht -

Gesamt	Männlich	Weiblich
3021	1692	1329
100 %	56 %	44 %

Quelle: Amt für Migration und Integration

Abb. 3: Übersicht über Standorte für Geflüchtete* / 31.12.2017



Quelle: AMI

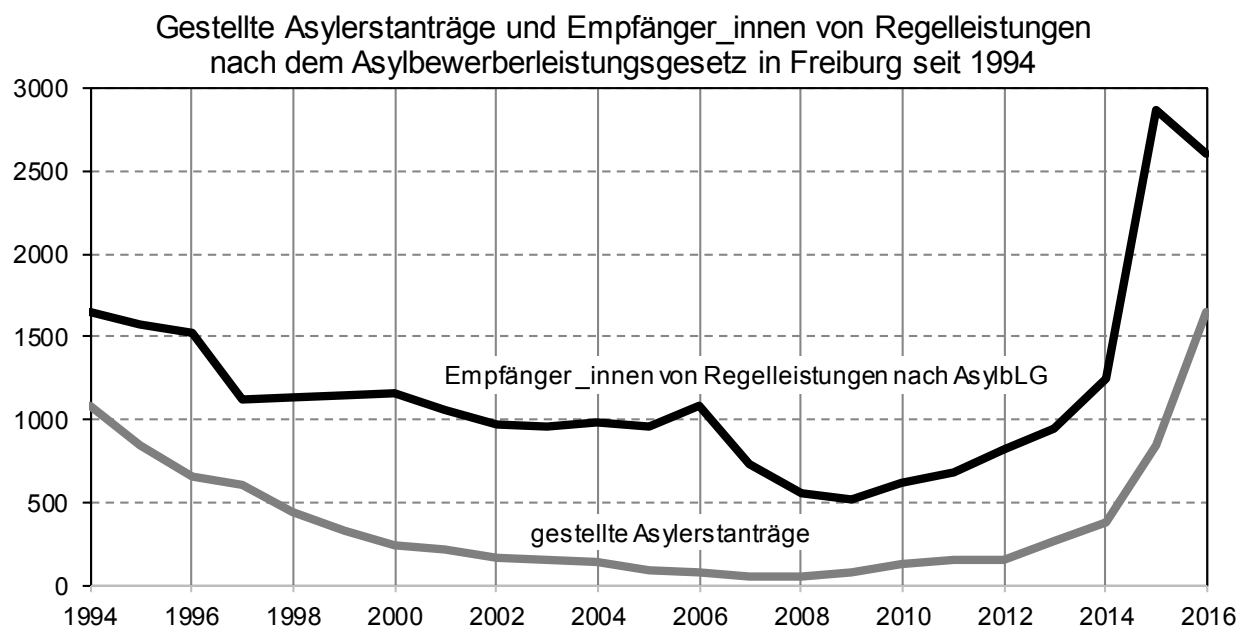
*EA / künftige LEA sowie weitere städtische kleinere Unterkünfte, die u.a. für Jesidinnen genutzt werden, sind nicht aufgeführt.

Tab. 4: Empfänger_innen von Regelleistungen nach dem AsylbLG

Nachweisung	Jahr (31.12.)								Änderung zum Vorjahr
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	
Insgesamt	521	614	680	812	940	1250	2873	2609	-264
Geschlecht									
männlich		372	408	448	520	676	1618	1483	-135
weiblich		242	272	364	420	574	1255	1126	-129
Alter									
unter 7 Jahre		76	93	137	178	232	530	486	-44
7 bis unter 18 Jahre		160	171	211	224	295	593	552	-41
18 bis unter 25 Jahre		87	103	105	129	179	527	506	-21
25 bis unter 50 Jahre		233	248	291	338	470	1095	954	-141
50 bis unter 65 Jahre		32	38	38	44	48	107	90	-17
65 Jahre und mehr		26	27	30	27	26	21	21	
Anzahl Haushalte	264	306	341	362	419	550	1423	1378	-45

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Abb. 4:


 Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge /
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung,

VIII.

Fokus Sozialraum: kleinräumiges Sozialmonitoring

1. Einführung	132
2. Methodik.....	132
3. Ergebnisse auf Stadtbezirksebene.....	135

1. Einführung

Nachdem in den vorangegangenen Kapiteln die gesamte Bandbreite der Sozialberichterstattung ausführlich dargestellt wurde, soll nun zusätzlich noch ein Verfahren zur schnellen Identifikation von sozialen Problemlagen auf kleinräumiger Basis vorgestellt werden. Ziel dieses Verfahrens ist es, komplexe Zusammenhänge auf wenige Indikatoren zu reduzieren, um so einen schnellen Überblick über die sozialräumliche Verteilung innerhalb der Stadt zu bekommen. Die Verteilung bestimmter sozialer Gruppen im städtischen Raum kann Hinweise auf Armuts- und Ausgrenzungsprozesse liefern und somit Gebiete identifizieren, in denen vermehrt Handlungsbedarf besteht. Da bei einem solchen komplexitätsreduzierenden Vorgehen immer die Gefahr der Verkürzung sozialer Sachverhalte gegeben ist, kann dieses Verfahren immer nur als erster Einstieg für eine tiefergehende Analyse dienen. Eine besondere Stärke kann diesen Verfahren in Zukunft ausspielen, wenn Zeitreihen über einen längeren Zeitraum betrachtet werden können.

2. Methodik

Die Entwicklung erfolgte in Anlehnung an bereits seit vielen Jahren bestehenden Monitoringssystemen in anderen Städten¹. Festgelegt wurde, welche Kennziffern sich aus inhaltlicher Sicht am besten eignen und ob eine entsprechende Datenverfügbarkeit gegeben ist. Die übergeordneten Themen ergaben sich dabei aus der Sozialberichterstattung: soziale Ungleichheit, Chancengleichheit, Arbeitslosigkeit, Herkunft (mit sämtlichen Implikationen wie Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt etc.), Haushaltstrukturen (Familien, Alleinerziehende), Bildungschancen und politische Partizipationsfähigkeit. 13 Kennziffern wurden in die Analyse einbezogen.

Kennziffer 1 (**K1**): Anteil der Leistungsempfänger_innen nach SGB II

- a. **Fokus/Aussagekraft:** Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen
- b. **Berechnung:**

$$\frac{\text{Anzahl der erwerbsfähigen Leistungsempfänger nach SGB II (15 bis 64-Jährige)}}{\text{Anzahl Einwohner_innen zwischen 15 und 64 Jahren (erwerbsfähige Bevölkerung)}}$$

Kennziffer 2 (**K2**): Anteil der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (nEf) in Bedarfsgemeinschaften

- a. **Fokus/Aussagekraft:** Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen, Kinderarmut, Bildungschancen
- b. **Berechnung:**

$$\frac{\text{Anzahl der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in Bedarfsgemeinschaften}}{\text{Anzahl Einwohner_innen unter 15 Jahren}}$$

¹ zu nennen sind in erster Linie die Städte Hamburg und Berlin, siehe <https://www.hamburg.de/sozialmonitoring> und http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung_monitoring/ (12.03.2018)

Kennziffer 3 (**K3**): Anteil der Leistungsempfänger_innen von Grundsicherung nach SGB XII

- a. **Fokus/Aussagekraft:** Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen, Altersarmut
- b. **Berechnung:**

$$\frac{\text{Anzahl der Leistungsempfänger_innen von Grundsicherung (SGB XII)}}{\text{Anzahl Einwohner_innen 65 Jahre und älter}}$$

Kennziffer 4 (**K4**): Anteil der Personen mit Migrationshintergrund

- a. **Fokus/Aussagekraft:** Chancengleichheit, Integrationsbedarf
- b. **Berechnung:**

$$\frac{\text{Anzahl der Einwohner_innen mit Migrationshintergrund}}{\text{Anzahl Einwohner_innen}}$$

Kennziffer 5 (**K5**): Anteil der Personen mit Migrationshintergrund unter 18 Jahren

- a. **Fokus/Aussagekraft:** Chancengleichheit, Bildungschancen, Integrationsbedarf
- b. **Berechnung:**

$$\frac{\text{Anzahl der Einwohner_innen mit Migrationshintergrund unter 18 Jahren}}{\text{Anzahl Einwohner_innen unter 18 Jahren}}$$

Kennziffer 6 (**K6**): Anteil der Haushalte mit Kindern

- c. **Fokus/Aussagekraft:** Familien
- d. **Berechnung:**

$$\frac{\text{Anzahl Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren}}{\text{Anzahl Haushalte insgesamt}}$$

Kennziffer 7 (**K7**): Anteil der alleinerziehenden Haushalte

- a. **Fokus/Aussagekraft:** Armutsgefährdung
- b. **Berechnung:**

$$\frac{\text{Anzahl alleinerziehende Haushalte}}{\text{Anzahl Haushalte insgesamt}}$$

Kennziffer 8 (**K8**): Jugendquotient

- a. **Fokus/Aussagekraft:** Familienprägung. Kann Hinweise auf den Umfang der Versorgungskosten für die jüngere Generation geben.
- b. **Berechnung:**

$$\frac{\text{Anzahl Einwohner_innen unter 15 Jahren}}{\text{Anzahl Einwohner_innen zwischen 15-und unter 65 Jahren}}$$

Kennziffer 9 (**K9**): Altenquotient

- a. **Fokus/Aussagekraft:** demographischer Wandel (Alterung). Kann Hinweise auf den Umfang der Versorgungskosten für die ältere Generation geben.
 b. **Berechnung:**

$$\frac{\text{Anzahl Einwohner_innen 65 Jahre und älter}}{\text{Anzahl Einwohner_innen zwischen 15-und unter 65 Jahren}}$$

Kennziffer 10 (**K10**): Anteil der Nichtwähler_innen

- a. **Fokus/Aussagekraft:** politische Partizipationsfähigkeit
 b. **Berechnung:**

$$\frac{\text{Anzahl Wähler_innen}}{\text{Anzahl Wahlberechtigte insgesamt}}$$

Kennziffer 11 (**K11**): Anteil der geförderten Wohnungen

- a. **Fokus/Aussagekraft:** gefördertes Wohnen
 b. **Berechnung:**

$$\frac{\text{Anzahl der geförderten und gebundenen Wohnungen}}{\text{Anzahl Wohnungen insgesamt}}$$

Kennziffer 12 (**K12**): Anteil der Personen ohne Abitur/Fachhochschulreife

- a. **Fokus/Aussagekraft:** Bildungsniveau
 b. **Berechnung:**

$$\frac{\text{Anzahl der Befragten ohne Abitur/Fachhochschulreife}}{\text{Anzahl der Befragten insgesamt}}$$

Kennziffer 13 (**K13**): Soziales Misstrauen

- c. **Fokus/Aussagekraft:** Soziale Desintegration, Anonymität
 d. **Berechnung:** siehe Berechnung Kommunalbarometer Bürgerumfrage²

Die weiteren Berechnungen wurden nach dem Vorbild der Hamburger Sozialmonitorings vorgenommen³. Im Mittelpunkt steht dabei neben dem Mittelwert vor allem die Standardabweichung. Diese gibt die durchschnittliche Streuung um den Mittelwert innerhalb einer Stichprobe oder der Grundgesamtheit an. Sie eignet sich deshalb sehr gut zum direkten Vergleich von Daten.

Die Anteilswerte wurden im ersten Schritt standardisiert. Bei der Standardisierung (auch z-Transformation genannt) werden die Werte einer Verteilung mithilfe des Mittelwerts und der

² die Bürgerumfrage ist abrufbar unter https://fritz.freiburg.de/Bibliothek/statistik_veroeffentlichungen_buergerumfrage_2016-NIEDRIG.pdf die Befragungsergebnisse zum Indikator „Soziales Misstrauen“ finden sich auf den Seiten 45ff.

³ für eine ausführliche Beschreibung der Methodik siehe Hansestadt Hamburg, Sozialmonitoring Integrierte Stadtteilentwicklung, Bericht 2014, S. 73ff, abrufbar unter: <http://www.hamburg.de/contentblob/4596628/3146eccd0cc179a290ad5f17bb721d2d/data/sozialmonitoring-bericht-2014.pdf> (13.03.2018).

Standardabweichung dahingehend transformiert, dass die resultierende Verteilung den Mittelwert 0 und die Standardabweichung 1 hat. Dieses Verfahren bietet mehrere Vorteile. Erstens wird die Einordnung der einzelnen Gebietseinheiten sehr einfach. Da der Mittelwert 0 ist, lässt sich sehr schnell erkennen, ob es sich um unter- oder überdurchschnittliches entwickeltes Gebiet handelt. Durch die auf 1 transformierte Standardabweichung erkennt man sofort, wie stark die Abweichung vom gesamtstädtischen Mittelwert ist. Dadurch, dass alle Variablen der gleichen Transformation unterzogen werden (das heißt, auf dasselbe Niveau gebracht werden), können außerdem unterschiedlich dimensionierte Variablen direkt miteinander verglichen werden. Wichtiger ist jedoch, dass dementsprechend alle Variablen mit dem gleichen Gewicht in den im nächsten Absatz beschriebenen Gesamtindikator einfließen. Gleichzeitig erfolgt keine „Stauchung“ der Werte, das heißt die Größenverhältnisse bei Abweichungen vom Mittelwert bleiben erhalten. Damit werden z.B. Ausreißer weiterhin als solche berücksichtigt.

Im letzten Schritt wurden die Einzelkennziffern zu einem Gesamtindikator („Sozialindikator“) zusammengeführt. Dieser soll eine schnelle Einschätzung über die soziale Lage in den einzelnen Stadtbezirken⁴ ermöglichen. Durch die Aufsummierung der Einzelwerte sollen vor allem Gebiete mit extrem kumulierten Abweichungen identifiziert werden. In den Sozialindikator gehen alle Kennziffern gleich gewichtet ein (Mittelwert aller standardisierten Werte). Für einen noch schnelleren Überblick wurden die einzelnen Bezirke außerdem vier Kategorien zugeordnet: sehr hoch, hoch, mittel und niedrig. Die Abgrenzung erfolgte mittels der Standardabweichung (0,59) und zwar wie folgt:

Grenzen der Kategorien des Gesamtindikators

Kategorie	Wertebereich Standardabweichung	Wertebereich (z-Wert)
Niedrig	Standardabweichung mehr als -1	mehr als -0,59
Mittel	Standardabweichung zwischen -1 und +1	-0,59 bis +0,59
Hoch	Standardabweichung zwischen +1 und +1,5	mehr als +0,59 bis 0,88
Sehr hoch	Standardabweichung mehr als +1,5	mehr als 0,88

3. Ergebnisse auf Stadtbezirksebene

Zu den Werten aus Tabelle 1 ist zusammenfassend festzustellen:

- Die Werte bekräftigen das bekannte Ost-West Gefälle in der Stadt. Für die Stadtbezirke im östlichen Bereich der Fernbahnlinie weist der Gesamtindikator in der Regel einen höheren Wert aus als für diejenigen im westlichen Bereich.
- * Zu den Stadtbezirken mit sehr hohen Werten gehören: Weingarten, Brühl-Industriegebiet, Brühl-Beurbarung, Haslach-Schildacker und Landwasser.
- * Stadtbezirke mit niedrigen Werten sind: Neuburg, Herdern-Nord, Oberau, Unterwiehre-Nord und Ober-und Mittelwiehre.
- * Drei Viertel aller Stadtbezirke (30 Bezirke) bewegen sich – rein statistisch gesehen - in einem mittleren Wertebereich ohne besondere Auffälligkeiten.

⁴ der Sozialplanung liegen die Daten auch für eine tiefere Ebene vor.

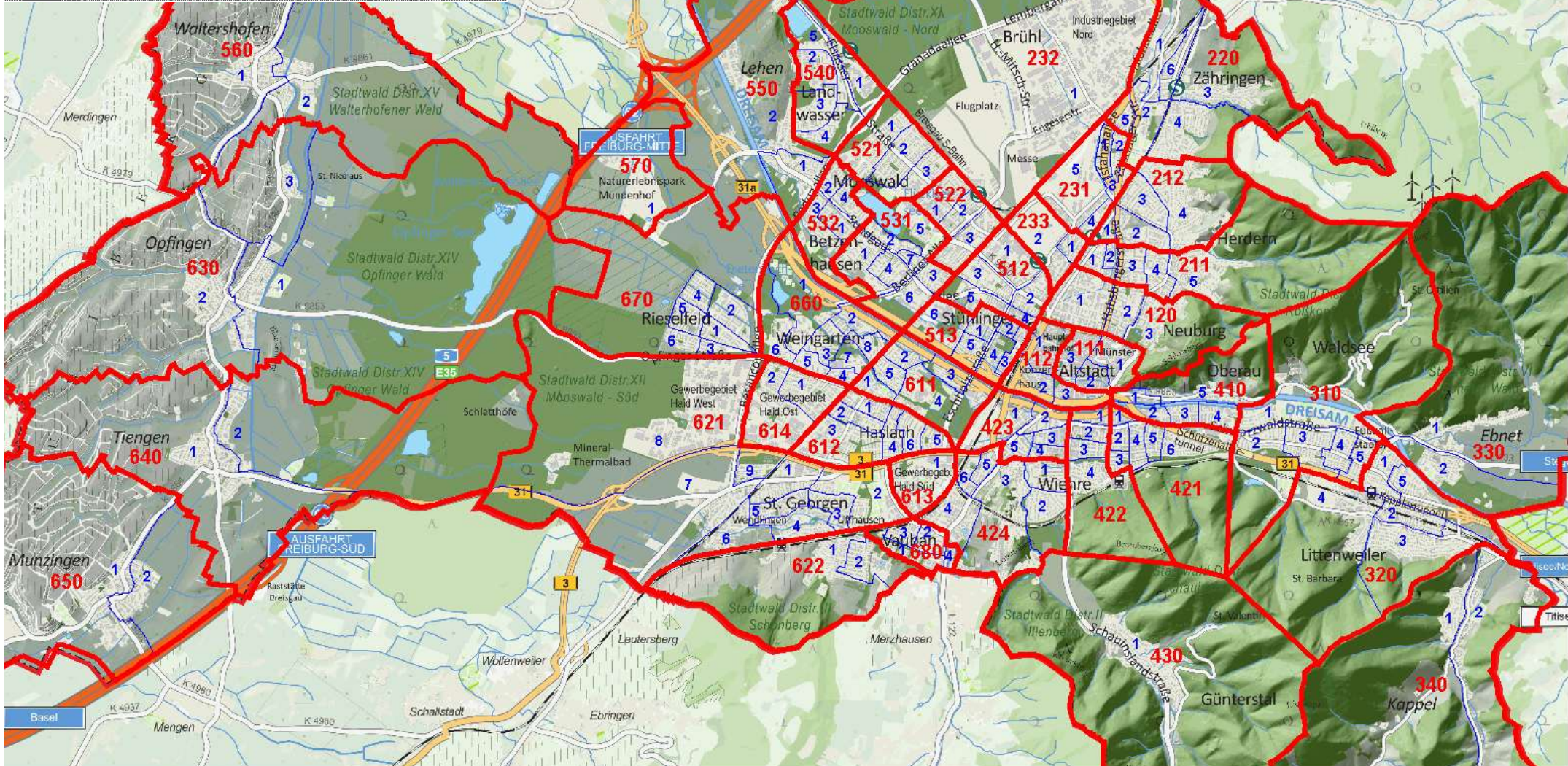
- Der Indikatorwert ist mit Blick auf die soziale Situation im Stadtbezirk lediglich ein „Anzeiger“, der auf Bedarfe und Anforderungen im Bereich der sozialen Infrastruktur und der sozialen Arbeit verweist. Diesen ist bei der Quartiersentwicklung und der sozial-räumlichen Ausrichtung sozialer Arbeit eine besondere Beachtung beizumessen. Hier stehen insbesondere die Stadtbezirken im Blickfeld, die einen vergleichsweise hohen Werte haben.
- Die Stadtbezirke unterscheiden sich sehr deutlich in ihrer Größe. Gemessen an der Einwohnerzahl reicht die Spannweite von rd. 1.100 Personen (Haslach-Schildacker) bis zu mehr als 11.000 Personen (Weingarten). Dem Indikatorwert kommt gerade bei großen Stadtbezirken hier auch deshalb lediglich eine Anzeigefunktion zu, weil sich die Situation in einem solchen Stadtbezirk oft noch einmal sehr heterogen und gemischt zeigt, wenn man die Analyse noch kleinräumiger ansetzt und noch stärker auf bestimmte Teilbereich des Bezirks fokussiert. Damit sind der statistischen Analyse nicht zuletzt aufgrund der Verfügbarkeit von Daten schnell Grenzen gesetzt, so dass es für eine qualifizierte Sozialraumanalyse und für die Fachplanungen immer auch wichtig ist, einen „zweiten Blick“ auf den Stadtbezirk mit einzubeziehen und das Wissen und die Erfahrungen derjenigen zu nutzen, die im Bezirk leben oder dort Einrichtungen und Angebote betreiben.

Übersichtstabelle

Tabelle 1: Gesamtindikator auf der Ebene der **Stadtbezirke**

Kleinräumige Gliederung 3-stellig	Kategorie Gesamtindikator	Anzahl Einwohner_innen gesamt	Gesamtindikator-wert
Weingarten	sehr hoch	11.166	1,50
Brühl-Industriegebiet	sehr hoch	1.441	1,38
Haslach-Schildacker	sehr hoch	1.119	1,35
Landwasser	sehr hoch	7.139	1,12
Brühl-Beurbarung	sehr hoch	2.750	0,93
Haslach-Gartenstadt	hoch	8.064	0,66
Mooswald-Ost	mittel	5.095	0,54
Betzenhausen-Bischofslinde	mittel	9.434	0,44
Munzingen	mittel	2.924	0,42
Haslach-Haid	mittel	3.859	0,34
Rieselfeld	mittel	10.135	0,27
Hochdorf	mittel	5.429	0,26
Brühl-Güterbahnhof	mittel	7.203	0,13
Haslach-Egerten	mittel	6.815	0,11
Tiengen	mittel	3.446	0,11
Opfingen	mittel	4.448	-0,01
Alt-Stühlinger	mittel	9.290	-0,07
Zähringen	mittel	9.258	-0,10
Unterwiesre-Süd	mittel	8.157	-0,10
Vauban	mittel	5.661	-0,11
Littenweiler	mittel	8.336	-0,19
Günterstal	mittel	2.031	-0,20
Alt-Betzenhausen	mittel	5.240	-0,23
Kappel	mittel	2.717	-0,28
Mooswald-West	mittel	4.032	-0,30
Waldsee	mittel	6.001	-0,34
St. Georgen-Nord	mittel	9.904	-0,35
St. Georgen-Süd	mittel	2.405	-0,35
Altstadt-Mitte	mittel	3.963	-0,42
Ebnet	mittel	2.642	-0,44
Waltershofen	mittel	2.203	-0,44
Herdern-Süd	mittel	6.125	-0,50
Stühlinger-Escholz	mittel	6.710	-0,50
Lehen	mittel	2.545	-0,50
Altstadt-Ring	mittel	3.721	-0,56
Neuburg	niedrig	4.774	-0,59
Herdern-Nord	niedrig	6.292	-0,60
Oberau	niedrig	7.035	-0,60
Unterwiesre-Nord	niedrig	5.246	-0,65
Oberwiesre	niedrig	7.021	-0,66
Mittelwiesre	niedrig	4.783	-0,66

Gliederung des Stadtgebiets						Stand 1.1.2015
Stadtteil	Stadtteil	Stadtteil	Stadtteil	Stadtteil	Stadtteil	Stadtteil
1 Mitte	11 Altstadt	111 Altstadt-Mitte	112 Altstadt-Ring	51 Stühlinger	512 Stühlinger-Eschholz	513 Stühlinger
	12 Neuburg	120 Neuburg		52 Mooswald	521 Mooswald-West	522 Mooswald-Ost
	21 Herdern	211 Herdern-Süd	212 Herdern-Nord	53 Betzenhausen	531 Betzenh.-Bischofsriede	532 Alt-Betzenhausen
2 Nord	22 Zähringen	220 Zähringen		54 Landwasser	540 Landwasser	
	23 Brühl	231 Brühl-Güterbahnhof	232 Brühl-Industriegebiet	55 Lehen	550 Lehen	
	24 Hochdorf	240 Hochdorf		56 Waltershofen	560 Waltershofen	
	31 Waldsee	310 Waldsee		57 Mundenhof	570 Mundenhof	
3 Ost	32 Littenweiler	320 Littenweiler		61 Haslach	611 Haslach-Egerten	612 Haslach-Gartenstadt
	33 Ebnet	330 Ebnet			613 Haslach-Schildacker	614 Haslach-Haid
	34 Kappel	340 Kappel		62 St. Georgen	621 St. Georgen-Nord	622 St. Georgen-Süd
	41 Oberau	410 Oberau		63 Opfingen	630 Opfingen	
4 Süd	42 Wiehre	421 Oberviehre	422 Mittelviehre	64 Tiengen	640 Tiengen	
	43 Günterstal	430 Günterstal		65 Munzingen	650 Munzingen	
				66 Weingarten	660 Weingarten	
				67 Rieselfeld	670 Rieselfeld	
				68 Vauban	680 Vauban	



Für statistische Zwecke bearbeitet und herausgegeben:
Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung

Kartengrundlage: Vermessungsamt

Grenzen der Stadtbezirke
der Statist. Bezirke



Stand: 1.1.2015